

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 2.76 M. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 M., für 1 Monat 2.20 M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postkontonr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12603.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Beilage 1.26 M. — Die 7spaltige Beilage mit Vorkauf 1.50 M. — Die 7spaltige Beilage Familienanzeigen 1.10 M. — Die 7spaltige Beilage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein finnischer Liebnecht!

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) Einem Telegramm unseres Stocholmer Parteiblattes Politiken aus Helsinki zufolge, macht die finnische Regierung die Mitteilung, daß der kürzlich verhaftete sozialdemokratische Führer E. R. Auninen bei einem Fluchtversuch erfaßt worden sei. Das Telegramm nennt Auninen einen finnischen Liebnecht, an dessen Fluchtversuch man nicht glauben werde.

Auninen war einer der hervorragendsten Führer der finnischen Arbeiterbewegung. Er war Mitbegründer der finnischen kommunistischen Partei und der dritten Internationale. — Die Methoden der Gegenrevolution sind überall gleich unmenslich.

Kommunistenverfolgung.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) In Hannover wurden sämtliche Teilnehmer einer Reichskonferenz der Kommunisten allgemeinen Arbeiterunion, insgesamt 67, verhaftet. Nachdem die Personalien der Teilnehmer festgestellt worden waren, wurden die meisten wieder entlassen, zwei jedoch in Haft gehalten.

Wie die Hamburger kommunistische Arbeiterzeitung meldet, sind zwei der „Räufelhörer“, Kühle und Dreyer, in Ketten abgeführt worden!

Auch Reventlow hegt zum Richterstreik.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) In der Deutschen Tageszeitung sucht Graf Reventlow die deutschen Richter gegen die Beurteilung der Kriegsschuldigen zu einem Streik aufzufordern, weil sie die Entente „unser höchster Zustimmung der Regierung als unzuverlässig, als moralisch minderwertig unter ausländischer Kuratel“ stellen wolle.

Graf Reventlow kommt diesmal mit seiner Rede hinter seinen alldeutschen Preschloggen von der Kreuzzeitung und dem Reichsboten, die wir weiter unten zitieren — er hat am Mittwoch keinen Raum dafür gehabt wegen der Berichte und Artikel über den Tag des Bundes der Landwirte.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Frankfurt a. M., 19. Februar. (Zit.) Wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung erfährt, wird der Oberrechtsanwalt Welgeris heute aus Leipzig in Berlin eintreffen, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer über das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren wegen der Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen sich auszusprechen und die Dinge klarzustellen, die zur Klärung notwendig sein dürften.

Zum Todeslag Eisners.

München, 19. Februar. (Zit.) In Kreisen der Münchner Betriebsräte wird dafür Stimmung gemacht, den 21. Februar, den Todestag Eisners, durch Kräfte zu feiern. Das Arbeitergebetbuch erklärt hierzu, daß jetzt keine Zeit zu berartigen Feiern sei, sondern daß jetzt alle Kräfte angewendet werden müssen, um durch erhöhte Produktion das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Feiern werden einen Vorschub zu bewährigen.

Aus der Haft entlassen.

Nordmeppenhausen, 18. Febr. Die im Hochverratsprozeß Noern zu je fünf Jahren Festung verurteilten Spartakisten Weiland und Schneider sind aus der Festung Wilhelmshaven entlassen.

Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Zit. Moskau, 19. Februar. Die beiden aus London kommenden Vertreter der russischen Korporativ-Gesellschaft, Boudnoff und Berkenheim, hatten in Kopenhagen eine erste Konferenz mit Litwinski. Die Verhandlungen gingen ohne Schwierigkeiten vor sich und betrafen die Organisation des russischen Einfuhrs von Eisenbahnmateriale und landwirtschaftlichen Maschinen, die sofort nach Rußland eingeführt werden sollen. Litwinski erklärte, daß Rußland beschloffen habe, diese Waren zu kaufen, ohne die vollständige Ausarbeitung des Handelsabkommens mit England abzuwarten, und die Waren durch Holzhandeln zu bezahlen. Daß die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des russischen Handels in Kopenhagen vor sich gehen sollen, ist für Dänemark nicht ohne Bedeutung. Wie bekannt, befinden sich in Kopenhagener Freihäfen für mehrere hundert Millionen Kronen Waren, besonders Manufakturwaren. Es ergibt sich hierdurch für Dänemark eine bedeutende Chance zur Verbesserung seiner ökonomischen Situation.

Die Türken in Kleinasien.

Sog., 18. Febr. Nieuwe Courant zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach die türkischen Streitkräfte Kemals in der Gegend von Zeitum die Armenier angegriffen haben und jetzt gegen Bagdad vordringen. Bis jetzt seien 7000 tote und Verwundete zu verzeichnen.

Abtretung Thrakiens an Griechenland.

Zit. Athen, 19. Febr. Die Genua Blätter melden, daß die Abtretung Thrakiens an Griechenland abzuwickeln unter der Bedingung, daß Smyrna bei der Türkei verbleibt. Benizelos soll im Prinzip mit diesem Vorschlag einverstanden sein.

Unter dem Fallbeil.

Nach einer Pause von viereinhalb Wochen kann die Leipziger Volkszeitung endlich wieder erscheinen. Aber der Ausnahmezustand besteht fort und das Fallbeil des Verbots hängt ständig über der Presse der unabhängigen Sozialdemokratie.

Daß die gegenwärtigen Machthaber nicht abgeneigt sind, dieses Fallbeil des öfteren und in schneller Wiederholung gegen dasselbe Blatt anzuwenden, das zeigt die Rede, die der sächsische Ministerpräsident gestern in der Volkstammer gehalten hat, zeigen vor allem aber auch die in den letzten Tagen wieder ausgesprochenen Zeitungsverbote sowohl in Sachen wie in dem weiteren Machtbereich des Generals Maerder und darüber hinaus. Mehrere Blätter sind bereits, nachdem sie nach längerer Unterdrückung einige Tage wieder herausgelassen waren, aufs neue und für lange Frist verboten worden, so die Reichliche Tribüne in Gera bis Ende Februar und die Erfurter Tribüne, die gleich wegen ihres ersten Artikels zu dem eben überstandenen Verbot auf vier Wochen unterbrückt wurde. Daneben gehen Verbote bislang verschonter Blätter her, wie des Anhalters Organs unster Partei, kurz, das Fallbeil ist in ständiger Tätigkeit. Es ist schwer, einen Überblick über die verschiedenen Verbote zu bewahren. Die Liste ist ständiger Veränderungen unterworfen. Die Begründung ist in allen Fällen ungefähr dieselbe: Kritik an der Regierungspolitik in einer Form, die die Verhältnisse der Bevölkerung aufleitet und die Gefahr von Gewalttätigkeiten herbeiführen könnte.

Den Wortlaut des Verbots, das über die Leipziger Volkszeitung ausgesprochen wurde, haben wir noch am Tage unserer Einstellung den Lesern mitteilen können. Damals war uns ein Kommentar zu den Gründen verwehrt. Heute wollen wir bemerken, daß der Artikel in Nr. 283 vom 18. Dezember 1919 „Aufreizung zum Klassenhaß“, auf den sich das Verbot als Beispiel dafür beruft, daß die Leipziger Volkszeitung seit geraumer Zeit „unter bewusster Entstellung der Wahrheit Veröffentlichungen gebracht“ hat, die nach Form und Inhalt geeignet und bestimmt waren, verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufzureizen, die Achtung vor den Gelehen und Anordnungen des Staats zu untergraben und zum Ungehorsam hiergegen aufzufordern, eine Besprechung des Schredensurteils ist, das die Strafkammer in Halle über den Genossen Kilian fällte. Er kritisiert das Verfahren vor dem halleischen Gericht in scharfer Weise unter Hervorhebung der gravierenden Tatsachen. Das Beispiel dünkt uns schlecht gewählt für das, was Herr Maerder beweisen will. Aber unsere Meinung ist eben kein Argument gegen das Befinden desjenigen, der die Gewalt hat.

General Maerder hat sie. Er hat die Leipziger Volkszeitung auf mehr als Monatsfrist am Erscheinen verhindert. Das müssen wir hinnehmen, wie die Dinge heute liegen. Aber deswegen brauchen wir uns nicht stillschweigend die schimpfliche Beschuldigung gefallen zu lassen, die in dem Verbot gegen uns erhoben wird durch die Behauptung, daß wir „unter bewusster Entstellung der Wahrheit“ Veröffentlichungen gebracht hätten. Jedenfalls Beweis für diese schwere Verdrächtigung tritt der Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV nicht an und kann er auch niemals erbringen. Wir stellen das lebhaft fest, um übermüllenden Gegnern, deren wir uns eine Menge erzeuen, die Möglichkeit zu der bequemeren Verdrächtigung zu nehmen, daß wir durch Stillschweigen diese Beschuldigung als richtig anerkannt hätten. Sonst hätten wir vor der Öffentlichkeit, die uns kennt, kein Bedürfnis, uns gegen eine solche hattiöse Beschuldigung zu rechtfertigen.

Die Sätze der Begründung, die von der Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegeneinander usw. handeln, haben uns an Zeiten erinnert, da das wilhelmische System noch fest auf seinen tönernen Füßen stand. Damals pasterte es nicht selten, daß ein sozialdemokratischer Redakteur wegen Vergehens gegen den Rautschulparagrafen 130 des Strafgesetzbuchs, der von der Aufreizung zum Klassenhaß handelt, vor den Richter gebracht wurde — ein Verbrechen, das oft mit der Verhängung längerer Gefängnisstrafe endete, das aber der jetzigen Preßbehandlung doch immerhin deswegen vorzuziehen war, weil es wenigstens einig, wenn auch nicht gerade überwältigende Rechtsgarantien enthielt. Damals war die gesamte Sozialdemokratie vom äußersten linken Flügel bis zum letzten, „rechtsten“ Revisionisten einzig in der entschledenen Belämpfung dieses Rautschulparagrafen, der eifrigen Staatsanwälten und ordnungstreuen Richtern das Mittel lieferte, jeder unbehaglichen Kritik an Staatseinrichtungen und Regierungshandlungen den Strick zu drehen. Und heute ist dieser § 130 zum Nothelfer für die Preßverbote einer Regierung avanciert, in der zu zwei Dritteln Rechtssozialisten sitzen, ehemalige Kämpfer für die Ausmerzung des § 130! Ob Herr Dr. Gradnauer, der eine Zeitslang sich gerade mit der Reform des Strafprozesses und des Strafrechts befaßte, nicht etwas seltsam erschienen ist, als er das Jewel der politisch-

reaktionären Preßsprechung vergangener Zeit in der Begründung aufblitzen sah, die Juristen des Wehrkreiskommandos IV für das Verbot der Leipziger Volkszeitung zurechtjucht gemacht hatten?

Die Frage kann freilich vermessener erscheinen angesichts der Rede, in der Herr Gradnauer gestern in der Sächsischen Volkstammer die wohltätige Wirkung der Zeitungsverbote konstatiert hat und seine und der Regierung besondere Zufriedenheit mit den Leistungen des Generals Maerder ausgesprochen hat. Diese interessante Verhandlung wird an anderer Stelle unserer Nummer eingehender gewürdigt. Hier wollen wir nur eines anmerken. Es ist bezeichnend für die Unmöglichkeit, Unterdrückungsmaßregeln, wie den Belagerungszustand und besonders die Preßverbote, mit nur halbwegs stichhaltigen Gründen zu verteidigen, daß auch die Herren Rechtssozialisten, die einst nicht genug über Selbstlosigkeit und Blindheit der Puttkamerer höhnen konnten, nichts andres vermögen, als Puttkamerische Gedankengänge nachzuwandeln, wenn sie vor diese Aufgabe gestellt sind. Herr Dr. Gradnauer hat sich freilich krampfhaft bemüht, einen besonderen Grund für die Ausnahmebehandlung der unabhängigen Sozialdemokratie zu finden und klammert sich an unsere Forderung der Diktatur des Proletariats. Wie er sich dabei mit seinem angeblichen Meister Karl Marx abfinden will, der ja an einigen Stellen seiner Werke diese fürchterliche Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangszustand zur sozialistischen Gesellschaft bezeichnet hat, müssen wir ihm überlassen.

Aber selbst wenn die Diktatur des Proletariats etwas so Verabscheuungswürdiges ist, wie sie es nach der Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten angeblich sein sollte, wozu in aller Welt käme deshalb die Berechtigung einer logen. demokratischen Regierung, die Partei, die sich dazu bekennet, unter Ausnahmezustand zu stellen? Diese Begründung der Gradnauerschen Rede zeigt deutlich, daß es sich um den Kampf gegen eine politische Meinung handelt. Denn daß die Forderung nach der Diktatur des Proletariats das Ein schlagen einer Taktik des Vuttsches und der Gewalt bedingte, so daß sich die Unterdrückung unserer Partei nicht gegen die gesetzliche Vertretung ihrer Anschauung, sondern gegen eine angebliche Gewaltpolitik richtete, ist denn doch eine zu kindliche Deduktion, als daß sie vor urteilsfähigen Menschen auch nur einen Augenblick standhalten könnte.

Herrn Gradnauers Rede zeigt denn auch in seiner starken Betonung des angeblichen Sündenfalles, den unsere Partei durch die Proklamierung der Diktatur des Proletariats begangen habe, daß die Unterdrückungspraxis der angeblich demokratischen Regierung von denselben Gedanken diktiert ist, wie seinerzeit die Puttkamerische Polizeipraxis zur Zeit des Sozialistengesetzes: eine unbequeme, gefährliche Opposition, die Vertretung unbequemer politischer Meinungen und Forderungen wird mit polizeilichen Mitteln zu hindern gesucht.

So ist denn auch all den Zeitungsverboten, die auf die Unabhängige Sozialdemokratie in diesen Wochen herabgegrast sind, nirgendwo eine Gewalttat, nirgends ein Puttscherversuch vorausgegangen. Ueber den vergeblichen Versuch, die Schießerei vor dem Reichstag zu dem Unternehmen einer Sprengung des Parlaments und des Sturzes der Regierung zu verzerrn, brauchen wir hier nicht weiter mehr zu reden. Aber selbst wenn jenes Ereignis ein Puttscherversuch gewesen wäre, was es niemals war — im Reich, in Sachsen, in Leipzig war nicht die geringste Unruhe vorgekommen, die auch nur einen halbwegs plausiblen Grund für einen Belagerungszustand oder ein Preßverbot hätte abgeben können.

Viereinhalb Wochen schwere Zeit liegen hinter uns. Wir haben in den Tagen der wichtigsten politischen Ereignisse nicht zu der Partei sprechen können — unsere Leser haben mehr als einen Monat das Blatt entbehren müssen, das sie als Sprecher ihrer Sache, als Vorkämpfer ihrer Interessen, als Führer in den Wirbeln der Ereignisse schätzen. Heute können wir wieder unsere Arbeit aufnehmen. Fast hätten wir geschrieben: „Wir sind wieder frei!“ Aber das wäre eine Unwahrheit gewesen. Wir sind nicht frei. Wir können nur dafür arbeiten, daß wir es werden. Und an dieser Arbeit sollen und müssen die Proletarier des Leipziger Bezirks ihr Teil mitliefern. Zunächst, indem sie mit Kräften dahin wirken, daß die Position, die wir einen Monat lang ausgehen mußten, wieder voll besetzt werden kann, daß keiner in der Schar der Leser fehle, von denen wir am 17. Januar Abschied nehmen mußten. Stetig stärkere Verbreitung unseres Kampfblattes zu schaffen, das ist eines der Mittel, die uns die Freiheit der Preß wiederbringen werden. Jetzt sind wir, wir wiederholen es, gefesselt, unfrei. Aber wir bleiben auch unter diesen erschwerenden Umständen die alten! Wir werden auch unter dem Fallbeil des Verbots unsere Pflicht tun. Die Arbeiterschaft des Leipziger

Parteilosen! Das Ergebnis des Belagerungszustandes und des Zeitungsverbotes muß die Verdoppelung der Zahl unserer Mitglieder und der Leser unserer Zeitung sein. Für dieses Ziel auf ans Werk! Die Parteilosung.

Begritzt wird, wir sind dessen gewiß, in nicht minderm Maße die ihrige tun.

„Schuß“haft.

Seit den Ereignissen am 18. Januar ist die Anwendung der „Schuß“haft gegen Mitglieder der U. S. P. und K. P. D. besonders häufig. Auch unsere Redaktion ist davon betroffen, unser Genosse B. Böttcher ist am 19. Januar ohne Haftbefehl früh aus der Wohnung geholt, bis Mittag auf dem Hauptpostamt behalten und dann nach der Festung Königstein geschickt worden. In dem am 22. Januar ausgestellten „Schuß“haftbefehl wird als Grund angegeben, Böttcher solle die Verbindung des linken Flügels der U. S. P. mit der K. P. D. aufrecht. Er trete in den Versammlungen als Redner auf, wobei er für den gewalttätigen Sturz der Regierung mit Hilfe von politischen Massenstreiks zum Zwecke der Ausschaltung der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats einstehe. Er ist verantwortlicher Redakteur der Leipziger Volkszeitung und an dem den Klassenkampf und die Volkserhebung in hohem Maße betreibenden Tun dieser Zeitung stark beteiligt. Gegen Böttcher steht ein Verfahren wegen Hochverrats beim Oberreichsanwalt. Zugleich ist er z. B. in einer Volksversammlung am 12. 11. 1918 in Plauen i. V. und am 2. 1. 1919, in einer Versammlung der Angekl. und Arbeiterausschüsse in Leipzig aufgetreten.

Durch sein verheerendes Wirken gefährdet er die Reichssicherheit. Einem Kommentator bedarf die „Begründung“ nicht, sie ist für eben auch so verständlich.

Nach den Genossen Buchta von der Bogisländischen Kolonialzeitung hat man in „Schuß“haft genommen und auf den Königstein gebracht. Ihm wird das schwere Verbrechen zur Last gelegt, in einem allgemeinen Streik in Plauen aufgefordert zu haben, das dort die Maerckerischen Truppen einzusetzen drohten. Zu einem Streik aufzufordern, ist doch kein Verbrechen oder Vergehen, insbesondere das Koalitionsrecht nun in der Verfassung „verankert“ ist.

Außer den genannten Kollegen hat man auch zwei Genossen von der Freiheit, die Genossen Rabold und Stein, verhaftet. Den Genossen Rabold hat man nach einiger Zeit wieder freilassen müssen, weil man auch keinen Scheingrund für seine Verhaftung angeben konnte und selbst die bürgerlichen Redakteure sich heftig gegen die Regierung wegen dieser Maßnahme gewandt haben. Beim Genossen Stein hat man gehausucht. Seine Verhaftung ist unerklärlich, da er öffentlich nicht hervortritt. Die Spionagerhetik der Regierung ist in diesem Falle offenbar durch erlogene Spießberichte hervorgerufen.

Ein Sieg der Vernunft.

Die Entente hat der deutschen Regierung in der Auslieferungsfrage die folgende Note zugehen lassen:

Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde und in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 bis 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellen zunächst fest, daß Deutschland erklärt, aufzustehen zu sein, die für es aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzufüllen. Sie beharren auf dem, daß ihnen aus dem Vertrage zustehende Rechte in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, als es ihnen zweckmäßig erscheint. Zugleich nehmen die Alliierten von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung Akt, daß diese bereit ist, unverzüglich vor dem Obersten Gerichtshof in Leipzig gegen alle Deutschen, deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte zu fordern beabsichtigen, ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit den vollständigen Garantien umgeben sein und alle Urteile, Verfahren oder sonstigen Entscheidungen der deutschen Zivil- oder Militärgerichte unberücksichtigt lassen wird. (Note Nr. 88 vom 26. Januar 1920.) Die Strafverfolgung, welche die deutsche Regierung hierdurch selbst einzuleiten vorschlägt, ist mit der Ausführung des Artikels 228 des Friedensvertrages vereinbar und ausdrücklich am Ende des 1. Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Getreu dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und die Verurteilung einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortung zu überlassen. Sie beharren auf dem, daß die Hand der Tatsachen, den guten Glauben Deutschlands, die Anerkennung der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufrichtigen Wunsch, zu der Verstrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich aufzustehen erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig abzuurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossene, eine internationale gemischte Kommission zu beantragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Unterjochung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln und zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich halten die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages ausfüllen kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherungen den Anklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Verstrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in einem solchen Falle voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen.

(gez.) Lord George.

Der schwere Druck, der seit Wochen auf Deutschland lastete, ist durch die neueste Note der Entente aufgehoben worden. Das am Dienstag in Berlin überreichte Dokument ist ein zwar nicht vorbehaltlos, aber doch zunächst ausreichender Verzicht auf das Auslieferungsgesetz. Die Vertreter der alliierten Mächte haben einsehen müssen, daß das „Unmöglich“ der deutschen Regierung kein bequemer Vorwand, sondern in Wirklichkeit ein von zwingender Not diktiertes Wort war. Daß diese Regierung den Zustand, der ihr dieses Unmöglich erprete, durch eigene schwere Schuld, durch die Wiederanrufung des Militarismus selbst herbeigeführt hat, ändert ja nichts an der Tatsache, daß keine Regierung in Deutschland die

von der Entente beschuldigt auszuliefern vermag, weil Reichswehr wie Beamtenschaft die Vollziehung der Auslieferungsbefehle verweigern würden. Die Entente handelt daher in ihrem eigenen besten verstandenem Interesse, wenn sie die Gefahr beseitigt, daß Deutschland durch den Versuch, die Auslieferung zu erzwingen, in völlige innere Zerrüttung gerät, da sie von diesem Deutschland große materielle Leistungen fordert.

Die Alliierten behalten sich vor, zu prüfen, ob das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher, das vor dem Reichsgericht stattfinden wird, die ernstliche Absicht erkennen läßt, die Verbrechen der Kriegszeit, die von deutscher Seite begangen worden sind, zu sühnen. Im andern Falle erklären sie auf das formelle Recht, das ihnen der Auslieferungsparagraph des Friedensvertrages gibt, zurückgreifen zu wollen. Dieser Vorbehalt spiegelt das tiefste Mißtrauen wider, das die deutsche Rechtspflege besonders auf dem Gebiet der Verfolgung der Kriegsverbrechen und überhaupt militärischer Würdenträger genießt. Die Rechtsprechung der Kriegsgerichte in den Fällen Marsch, Siller usw., die Praxis der Untersuchungskommissionen haben der Gründe für diese Auffassung genug geliefert. Der Vorbehalt der Ententenote ist eine ernste Mahnung an das deutsche Volk, darüber zu wachen, daß das Verfahren vor dem Reichsgericht von nationalistischen Vereinstellungen freigehalten werde, daß über den ersten Willen, die Kriegsverbrechen zu sühnen, keinerlei Zweifel aufkommen kann. Daß es den in der deutschen Ehrfurcht vor dem betretenen Boden erzeugten und in bürgerlich-nationalistischen Ideen lebenden Richtern des Reichsgericht nicht leicht fallen wird, namentlich gegen militärisch hochgestellte Angehörige nichts als das Recht walten zu lassen, wissen wir. Umso wichtiger wird die politische Atmosphäre sein, die die Regierung und ihre Parteien um diese Prozesse breiten werden. Auf ihnen ruht eine schwere Verantwortung. Wenn sie es nicht verstehen, der nationalistischen Feinde gegen das Verfahren, die von den Deutschnationalen prompt eingeliefert werden wird, mit Festigkeit entgegenzutreten, so fällt das die große Schuld, wenn die Entente später mit neuen drückenden Forderungen an Deutschland herantreten würde, weil die Bestimmung des Friedensvertrages über die Verstrafung der Kriegsverbrecher von Deutschland nicht erfüllt worden sei.

Daß die Gerechtigkeit, die in Leipzig walten wird, im höheren Sinne eine Ungerechtigkeit gegen Deutschland ist, das ist uns dabei wohl bewußt. Von vollkommener Gerechtigkeit könnte erst gesprochen werden, wenn auch die Kriegsverbrecher der Ententestaaten vor den Richter gestellt würden. Aber als Besiegte, die durch ihre herrschenden Klassen in den Abgrund geführt worden sind, haben wir nicht die Macht, diesen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit zu erzwingen. Wir stehen vor der Notwendigkeit, die einseitige Verstrafung der deutschen Kriegsverbrecher herbeizuführen, wenn wir nicht den Friedensvertrag, den wir unterzeichnet haben, um Schlimmeres zu verschärfen, zerbrechen wollen.

Über diesen Erwägungen sollen wir aber vor allem nicht vergessen, daß die Verstrafung der deutschen Kriegsverbrecher eine Sache ist, die wir im deutschen Interesse, ganz unabhängig von den Forderungen der Entente, zu fordern haben. Es ist die schwere Schuld der deutschen Regierung und ihrer Parteien, daß sie diese immerwährende Angelegenheit nicht längst ernsthaft in Angriff genommen haben, daß sie das Verfahren mit dem Obium eines von der Entente erzwungenen Aktes belassen lassen. Wenn die Regierung vor dem Abschluß des Friedensvertrages die Verfolgung der Schuldigen ernstlich in die Hand genommen hätte, dann wäre uns die Schmach erspart geblieben, daß erst ein Druck von außen, der Zwang der Entente, das Verfahren erzwingen mußte, das vor allen Dingen eine innerpolitische Notwendigkeit ist. Es ist zweifellos festgestellt, daß die Entente das Auslieferungsgesetz nicht gestellt hätte, wenn nach dem Waffenstillstand Deutschland aus eigenem Willen Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt hätte. Im Interesse des deutschen Volkes ist die Sühne der Kriegsverbrechen notwendig, muß Klarheit geschaffen werden über die Schuld am Kriege und im Kriege, müssen die deutsche Regierungskunst und der Militarismus im Höchstmaß ihrer Leistungen der Öffentlichkeit gezeigt werden. Nur so kann die internationale und die nationale Atmosphäre gereinigt werden.

Die Presse zur Note.

Die Presse der Regierungsparteien nimmt mit mehr oder minder gedämpfter Befriedigung von dem Entgegenkommen der Entente Kenntnis. Ein offizielles Organ, Heilmanns Sozialistische Korrespondenz, schlägt sogar die Trommel und rühmt den Erfolg der Regierung, den nur sie habe erzielen können.

Der Vorwärts

hebt die Zweischneidigkeit des Verzichts der Entente auf die Mitwirkung am Leipziger Verfahren hervor — er erleichtere ihr eine etwaige spätere Verwerfung der Urteile.

Wer an einer Verhandlung von A bis Z teilnimmt, dem ist es unmöglich, die Ergebnisse einer Beweisaufnahme, die sich vor seinen eigenen Augen abgespielt, einfach zu ignorieren. Wahrscheinlich würde in vielen Fällen der Ententevertreter selber glatte Freisprechung beantragen müssen, wollte er sich nicht einer moralisch unmöglichen Situation aussetzen. Das würde auch keinen Eindruck machen und die Ueberzeugung wecken, daß die Anklagen gegen eine Reihe von Personen auf unbilligem Fundament ruhen. Belommt dagegen die öffentliche Meinung in Frankreich, England, Belgien usw. nur ungenaue Zeitungsberichte vorgelesen, so wird eine geschickte Regie leicht die Ansicht durchsetzen können, daß jeder Freispruch des Leipziger Gerichts nur ein Ausfluß des bösen Willens der Deutschen sei, die eben das Unrecht ungestraft ließen. Der Verzicht der Entente auf Mitwirkung wäre nur dann ein Erfolg, wenn dahingegen nicht ihr Vorbehalt stände, die deutschen Urteile nach Belieben anzunehmen oder abzulehnen.

Damit wendet sich das Blatt gegen die Deutschnationalen. Sie würden nunmehr

Nur bedenken müssen, ob es sich für sie in der Sache um das deutsche Ansehen oder darum handelt, gewisse Verbrechen, mit deren Kennzeichnung auch ihre Partei kompromittiert wäre, um jeden Preis vor Strafe zu schützen.

Diese Absicht ist in den Urteilen des Grafen Rowantlow bereits klar angebeutet. Er will bereits feststellen, daß auf den Bänken der Entente sich überhaupt kein wirklicher Kriegsverbrecher befindet, der gemeine, ehrlose Straftaten begangen hätte.

Und hier macht das Blatt das für die Rechtssozialisten bezeichnende Zugeständnis:

Von einer Anzahl Personen, die auf der Liste stehen, sind auch wir ohne weiteres davon überzeugt, daß derartige Verbrechen auf keinen Fall zur Last gelegt werden können. Eine große Zahl von Namen sind aber gänzlich unbekannt, wir wissen von ihnen nichts.

Das Berliner Tageblatt

wendet sich gegen die Deutschnationalen und sagt:

Vor einigen Tagen protestierten diese Deutschnationalen Wortführer sehr entzückt, als die sozialistische Presse ihnen vorgeworfen hatte, sie wollten auch die wirklichen Freier jeglicher Verstrafung entziehen. Wenn sie jetzt, wo das Urteil dem höchsten deutschen Gericht übertragen bleibt, fortfahren sollten, sich entzückt zu gebärden, wird man konstatieren müssen, daß das tatsächlich ihre Absicht ist. Die Auslieferung selbst des obersten Ministers haben wir mit ihnen abgelehnt. Die Verstrafung von Leuten, denen Verzeihen wird, daß sie unschuldige Wehrlose brutal mißhandelt, Gefangene hundertfach gequält, fremdes Gut gestohlen oder sonst die weltgezogenen Grenzen des Krieges übergriffen haben, erscheint uns unbillig. Die Verstrafung der Verbrecher auf der Entente Seite natürlich ganz ebenso. Wenn und die Macht fehlt, das durchzusetzen, so ist es doch nötig, daß man es immer wieder betont.

Die Volkszeitung

stellt mit Schärfe fest, daß durch rechtzeitige Verhandlung mit Frankreich durch Vorstöße, wie sie die deutsche Regierung später — zu spät — in der Einsetzung des Reichsgerichts als Spruchkammer über die Kriegsverbrecher gemacht hat, der Auslieferungsparagraph des Friedensvertrages, dessen Idee von England stamme, überhaupt zu vermeiden gewesen wäre. Diese Lösung sei an „deutscher Staatskunst“ gescheitert. Zur Note selbst sagt das Blatt:

Auch die vorliegende Lösung der Auslieferungsfrage ist bis auf weiteres noch kein geeigneter Gegenstand übermäßigen Jubels. Dieser Fall wird erst erledigt sein, wenn die Urteile des Reichsgerichts gefällt und von den Alliierten anerkannt worden sind. Die Stimmen von rechts, die schon jetzt die Lösung belächeln, die im selben Lager noch vor kurzem als höchst eritrebenswert galt, können Unheil stiften, wenn man allzu sehr auf sie hört. Aber sie dürfen nicht für die Dauer eines Augenblicks die Regierung hindern, nunmehr entschlossen den Weg zu gehen, der vor Monaten versäumt, aber doch seit Wochen als notwendig erkannt worden ist. In dem Bewußt, der jetzt vertagten Gefahr darf nicht vergessen werden, daß diese Gefahr binnen kurzem mit doppelter Schwere und unvermeidbar wiederkehren wird, wenn Deutschland es nun wieder versäumt, um seiner selbst willen das zu tun, wozu es sonst jederzeit gezwungen werden kann.

Die Berliner Volkszeitung

sagt:
So schwor sie (die Note) auch in der Form ist und so sehr man sich für den Anstich gibt, von seinem Buchstabenrecht sich nichts abhandeln lassen zu wollen, so ist sie doch schlicht in der ganzen Auslieferungssache ein Nachgeben der Entente. Die Entente verzichtet, wenn auch unter Vorbehalt auf die Auslieferung, und sie verlangt nun, gemäß unsern Vorstellungen, daß wir die von ihr Unschuldigsten vor unser Reichsgericht stellen. Sie hat bis jetzt keinerlei Abänderung ihrer Absicht vorgenommen, und es wird nötig sein, sie noch einmal zu ermahnen, ihre wahrhaftig nicht sehr sorgsam begründeten Anklagen zu überprüfen. Was sie den Staatsmännern und Generalen vorwirft, das sind doch nicht Kriegsverbrechen im eigentlichen Sinne des Wortes. Es kann ihr nichts daran liegen, Herr v. Rehmann Holweg oder den Feldmarschall Hindenburg freigesprochen zu sehen. Umgekehrt besteht ein allgemeines Interesse an der frühen Sühne für wirkliche Untaten. In allen Fällen, wo Anklagen wegen gemeiner Verbrechen erhoben werden, auch wenn es sich dabei um hochgestellte Personen handelt, muß die deutsche Politik mit strenger Unparteilichkeit ihres richterlichen Amtes walten. Wenn jetzt die Deutschnationalen zögern, daß wir damit „Schergoldenteile“ oder „Mittelarbeit“ für die Entente leisten, so ist das in der Wirklichkeit nichts anderes als eine Entlastungsmaßnahme zugunsten wirklicher Verbrecher, und die Deutschnationalen sollten wenigstens vermeiden, in diesem Zusammenhange von „Ehre“ zu reden.

Es ist bei alledem selbstverständlich, daß die deutsche Öffentlichkeit die Entente darauf aufmerksam macht, daß es auch bei ihr Kriegsverbrecher abzurufen gibt.

Die deutschnationale Presse hat schon, ehe noch die Note bekannt war, den Drehpunkt zu finden gewußt, von dem aus sie zur Verteidigung der Kriegsverbrecher und zur Aufreißung der nationalistischen Instinkte vorstoßen kann. Auf Grund der französischen Blättermeldung über den wahrscheinlichen Inhalt der Note schrieb

die Deutsche Tageszeitung:

Das Obium, seine Überführer verhaften und verraten zu haben, soll noch in viel schärferer Form Deutschland auferlegt werden, als es das Auslieferungsgesetz vorsah. Deutschland soll nicht nur ausliefern, sondern auch verurteilen und der Entente Mitteldienste leisten, und zwar nach dem Maßstabe, den die Entente selbst festsetzt hat. Deutschland ist also lediglich das ausführende Organ der Entente und steht ihr darüber hinaus noch einer besonders bedrohlichen Aufgabe gegenüber. Der Stoß gegen die Ehre Deutschlands ist also viel nachhaltiger als bei dem Auslieferungsgesetz. Das eigene Volk soll jetzt die Schergendienste tun. Der Plan der Entente, den die Reitermeldung enthält, ist von einer solchen Raffinerie, daß man Engländer als Väter vermuten kann. Geht die Regierung auf dieses Ansehen ein, so gibt sie der Entente das Recht auf Viodade unter irgendeinem Vorwand und dann auch das Recht, ein deutsches Gerichtsurteil anzugreifen.

Die Kreuzzeitung

sucht schon die Richter des Reichsgerichts zur Dienstverweigerung aufzuwachen. Sie schreibt:

Die Note ist unannehmbar und ebenso, wie die Auslieferungsnote, undurchführbar. Pflicht der Regierung ist es, jetzt zu zeigen vor aller Welt, ob sie noch ein Gefühl für die deutsche Ehre hat.

„Die glauben nicht, daß sich ein deutscher Richter findet, der auf das Geheiß der Entente oder auf das Geheiß der deutschen Regierung das Verfahren eröffnet gegen Personen, bei denen eine Schuld auch nicht im Entferntesten vorliegt. Wir glauben nicht, daß ein deutsches Gericht unter dem Damoklesschwert unserer Feinde die heilige Pflicht der Rechtspflege ausüben wird, ebenso wenig, wie die Reichswehr und die Beamtenschaft ihre Hand bieten wollten zu der Auslieferung. Die Note macht es dem deutschen Richter unmöglich, nach dem Gesetz, nach seiner Pflicht und nach seinem Gewissen zu urteilen, wenn als zweite Instanz die Entente nach ihrem Willkür die Urteile umstoßen kann, um sie ihre Rache und ihren vordringlichen Zweck tun zu machen.“

Wer in dieser Note, die nicht von einem Verfahren, sondern von der Verurteilung spricht, ein Entgegenkommen sieht,

der in ein politischer Wahnwitz, doch in dieser Stunde schreien solche Erwägungen aus. Ist die deutsche Regierung nicht stark genug, um sich diesem neuen Gewaltakt zu widersetzen, so mag sie an das deutsche Volk appellieren. Man komme nicht mit dem Vorschlag neuer Verhandlungen. Sie haben keinen Zweck und würden uns nur noch in weitere Anarchie stürzen.

Dieses Notiz schlägt der frömmste Reichsbote

Wir denken von den deutschen Mächtern zu hoch, als daß wir annehmen könnten, es würde sich auch nur einer unter ihnen finden, der sich vor einem Obergericht zum Mittel der Entente hergibt. Wir wollen ganz absehen davon, daß deutsche Offiziere und Soldaten, die in dem Kriege nichts als ihre militärische Pflicht getan und sich dabei an die Regeln des Krieges gehalten haben, nicht vor ein deutsches Strafgericht gehören. Ihnen gebührt vielmehr der Dank des Vaterlandes.

Gemäßigt ist diesmal die

Deutsche Zeitung.

Rechtzeitig fordert sie nicht den Richterstuhl wenn sie auch letzten zu dem Schluss kommt, daß auch der neuen Entente ein unentwegtes „Nein!“ aus ganz Deutschland entgegenzuschallen muß.

Außerdem fordert das Blatt, daß,

falls ein Verstoß vor dem Reichsgericht in Leipzig stattgefunden sollte, alle diejenigen Fälle der Auslieferung als *eo ipso* ausgeschieden, in denen von der Verletzung internationaler Regeln und Gebote gesprochen wird. Die deutsche Strafbehörde hätte lediglich zu prüfen, ob eine nach dem geltenden deutschen Strafrecht strafbare Handlung begangen worden ist oder nicht.

Hier spricht sich die Sorge um die Herrscher und Staatsmänner aus. Uebrigens hat die deutsche Regierung in ihrer Note schon die Verfolgung aller derer zugesichert, die „eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebote des Krieges schuldig“ benannt werden.

Das Geschenk an die Hohenzollern.

Nach monatelangen Verhandlungen hat die preussische Regierung der Landesversammlung den Vergleich vorgelegt, den sie zur Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen mit diesem geschlossen hat. Der Vergleich stützt sich in der Hauptsache auf den § 153 der Reichsverfassung, der allen deutschen Staatsbürgern das Privateigentum sichert und auf Grund dessen man dem Kaiser sein gesamtes Privateigentum überläßt. Wie es erworben wurde, hat für die Kommission keine Rolle gespielt, ebensowenig ist beachtet worden, daß der Kaiser als Deserteur im Auslande weilte und deshalb keine Rechtsansprüche auf sein Privateigentum geltend machen kann. 8 Schlösser, 83 Villen und Grundstücke, viele Haus- und Kronidellommgüter und Forsten, die Bestände Schwedts, Dels, Cadinen, Kominten und Urweiler sind Wilhelm zugesprochen worden. Auch das Privatvermögen, das etwa 175 Millionen Mark in Industrieaktien und Wertpapieren enthalten soll, will man ihm überlassen. Außer seinem Privateigentum erhält der ehemalige König von Preußen aber auch noch eine Abfindung für Renten, die er aus staatlichem Eigentum bezog, im Betrage von 100 Millionen. Die preussische Regierung entschuldigt sich damit, daß diese Summe nur als Steuerdeckung dient und nicht zur Auszahlung gelangen wird. Auch will man Wilhelm für den Fall seiner Rückkehr nach Deutschland noch einige Schritte auf Lebenszeit zur Verfügung stellen. Besonders interessant ist aber die Tatsache, daß die sogenannte Kronrente erst vom 1. April 1920 an wegfallen soll. Preußens Volk darf also seinem ehemaligen König noch 17 Monate nach der Revolution sein Millionenvermögen weiterzahlen! Schließlich werden auch noch alle Laffen für die Bezahlung von einunddreißig tausend Hofbeamten, Pensionäre und deren Witwen und Waisen auf den Staat übernommen.

Charakteristisch ist die Begründung, wie Preußens sozialistischer Finanzminister Dr. Siedelmann, der allerdings im Umgang mit Angehörigen von Fürstenhäusern bereits lange vor der Revolution eine gewisse Übung hatte, das fürstliche Abkommen rechtfertigt. Er äußerte einem Mitarbeiter der P. B. N. gegenüber:

„Auch die Mitglieder der Familie Hohenzollern sind preussische Staatsbürger und konnten das ihnen verfassungsmäßig gewährleistete Recht für sich in Anspruch nehmen. Politische bzw. moralische Erwägungen mußten dabei ausbleiben. Die Frage, ob das frühere Königshaus durch einen Schuldanteil an der Entstehung des Krieges und am Unglück des deutschen Volkes nicht eine andre Behandlung verdient, konnte von der preussischen Regierung aus diesen verfassungsmäßigen Gründen nicht erwogen werden, andernfalls hätte sie sich eines Verfassungsverstoßes schuldig gemacht. Eine Entziehung des Hohenzollernhauses könnte nur durch ein Reichsgesetz erfolgen, wie es derselbe Artikel 153 der Reichsverfassung bestimmt. Was den Kern des Vertrages selbst angeht, so ist dieser von allen, die ihn kennen und die ihn unter dem rechtlichen, d. h. dem allein möglichen Gesichtspunkte geprüft haben, als für den preussischen Staat sehr günstig anerkannt worden. Wir mußten uns praktisch nach dem einen Grundgesetz richten: „Was könnte das frühere Königshaus durch eine Klage mit ziemlicher Bestimmtheit erzwingen?“ Und so ist der vorliegende Vertragsentwurf zustande gekommen, der für den preussischen Staat vorteilhaft ist, wenn er auch, wie es bei jedem Vertrag der Fall ist, in einzelnen Punkten Konzessionen an die Gegenseite enthält.“

Diese Rechtfertigung kennzeichnet besser als die härteste Kritik den wahren Charakter der in allen Tonarten gepriesenen Verfassung der freien deutschen Republik. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit wird hier dem deutschen Volke der Wert dieser Verfassung gezeigt, die ein solches Abkommen mit den geborenen und geschworenen Feinden der Republik möglich oder gar notwendig macht.

Regierung, Junker und Landarbeiter

Das gemeingefährliche Treiben der Agrarier wurde leuchtend grell durch die folgende Meldung über brutale Massenentlassungen von Landarbeitern durch pommerische Junker beleuchtet: „In einer ganzen Reihe von Kreisen der Regierungsbezirke Stettin und Adeln ist Arbeiterfamilien und Einzelarbeitern gekündigt worden, die 10, 20, 30 und mehr Jahre auf einem und demselben Gut beschäftigt waren. Es befinden sich darunter Kriegsteilnehmer, Invaliden und Familienväter. Besonders in Pomern sind Kündigungen häufig, namentlich in den Kreisen Anklam, Regenwalde, Belgard, Schwelbin, Adeln und Bublitz beobachtet; beispielsweise wurde im Kreis Anklam 44 Familien, im Kreis Schwelbin 81 und im Kreis Belgard sogar 173 Familien die Kündigung zugestellt. Dieses Vorgehen muß auf die Arbeiter um so erbitternder wirken, als noch zahlreiche Russen

im den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind und weitere eingestellt werden.“

Die von der Entlassung Betroffenen waren meist Barlandsmittglieder, Funktionäre und tätige Mitglieder des Landarbeiterverbandes. Die pommerischen Junker gedenken mit diesen Maßregelungen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie wollen den verhassten Landarbeiterverband lähmen und gleichzeitig ihre planmäßige Sabotage der Volksernährung, die wir an anderer Stelle würdigen, wirksam unterstützen. Dieser Gewaltakt ist aber selbst der Reichsregierung, die sich sonst den Agrariern gegenüber recht entgegenkommend und nachgiebig zeigt, zu weit gegangen. Unter Ausnützung des Ausnahmezustandes hat Roske den Militärbehörden für Pomern angewiesen, die Massenentlassungen als unwirksam zu erklären. Entlassungen von Landarbeitern sollen nur zulässig sein beim Nachweis zwingender Gründe vor einem Schlichtungsausschuß. Zur Beilegung der Differenzen zwischen den Gutsherrn und den Landarbeitern wird die beschleunigte Einleitung von Verhandlungen vorgeschrieben.

Die rechtssozialistische Presse stützt die Verfügung heraus als einen Beweis der Unparteilichkeit der Regierung, die mit gleicher Strenge gegen die Friedensstörer von rechts und links vorgehe. Wir können uns an dieser Stelle ein Eingehen auf die behauptete unparteiliche Anwendung der Bestimmungen des Ausnahmezustandes sparen. Wir begnügen uns mit der Registrierung folgender Tatsache. Gelegentlich einer Besprechung, die Vertreter unserer Partei in einer anderen Angelegenheit mit dem rechtssozialistischen Zivilkommissar Schaner in Stettin hatten, bemerkte dieser, die Regierung habe die Absicht, ein Kompromiß zu schließen. Danach müssen die Grundbesitzer die Arbeiter weiterbeschäftigen; den Landarbeitern aber soll das Streiken verboten werden.

Das Resultat der ganzen Aktion würde also neue Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Landarbeiter sein. Danach läßt sich also jeder selbst einen Vorsatz machen, wie das unparteiliche Vorgehen in der Praxis aussieht.

Uebrigens handelt es sich bei dem Vorgehen gegen den Landarbeiterverband nicht um einen isolierten Vorstoß der pommerischen Junker. Aus Schleswig-Holstein liegen Nachrichten vor, nach denen dort rücksichtslos alle die Landarbeiter gekündigt werden, die in irgendwelchen Vertrauensstellungen der Landarbeiter-Organisationen tätig sind. In verschiedenen Stellen ist bereits festgestellt worden, daß die Kündigungen den Besitzern selbst unangenehm sind, daß die Grundbesitzer aber durch die agrarische Organisation gezwungen werden, ihre Leute zu kündigen. Es handelt sich also um ein ganz systematisches Vorgehen, um die Landarbeiter-Organisationen zu schädigen und die Arbeiter von neuem schutzlos der Willkür der Unternehmer auszuliefern.

Die Lage Sowjetrußlands.

Vor einigen Wochen wurde die Welt durch die Meldung überrascht, daß die Entente die Blockade Sowjetrußlands aufgehoben hat. Die Gründe, die diesen Rückzug der Alliierten diktierten, sind die folgenden:

Der Versuch, das Ententeimperium, Sowjetrußland militärisch niederzurufen, ist mißlungen. Von drei Seiten her, von Nordwesten, von Süden und Osten, waren gegenrevolutionäre Armeen gegen Sowjetrußland angeführt worden. Insbesondere, Dentsch und Koltschal streben konzentrisch nach dem einen Ziel, dem Herzen Rußlands. Alle drei sind gescheitert.

Im Nordwesten hat der Krieg überhaupt aufgehört, zwischen Rußland und den Randstaaten ist nach der permitzierten Niederlage Dentschs Waffenstillstand abgeschlossen worden.

Im Osten ist Koltschal eine ähnliche zerschmetternde Niederlage beigebracht worden. Die Regierung Koltschals in Sibirien ist völlig zusammengebrochen, er selbst von den Hefehörschwallen Truppen an die Bolschewisten ausgeliefert worden. Die revolutionäre Bewegung hat ganz Sibirien erfasst. Der Einfluß der Bolschewisten reicht bis nach Mlabowostok. Die Bestrebungen der Imperialisten aller Kontinente, Sibirien unter ihre Vormherrschaft zu bringen, sind gescheitert. Rußland für die Russen — unter dieser Doktrin gewinnt die Bewegung in Sibirien die Ententeimperialisten zum Rückzug aus dem Norden Asiens. Der Erfolg gegen Koltschal hat außerdem die Bolschewisten in den Besitz von großen Materialmengen, Lokomotiven, Waggonen, Lebensmittel gesetzt, so daß sich ihre wirtschaftliche Situation verbessert.

Im Süden ist die Front der Dentschischen Armee von den Roten Armeen durchbrochen worden, der rechte Flügel unter Dentschs Führung auf den Nordwestflankens zurückgeworfen, der linke Flügel fast völlig vernichtet worden. Die Bolschewisten haben Odessa eingenommen und sind im Vordringen nach der Halbinsel Krim.

Diese militärischen Erfolge haben Sowjetrußland gewaltiger politischer Erleichterung gebracht. Wohl versucht der Ententeimperialisismus immer noch, die westlichen Randstaaten gegen Sowjetrußland zusammenzuschweifen und voranzutreiben, aber der Eindruck der Erfolge Sowjetrußlands ist härter als der Einfluß der Entente. Die Sowjetregierung hat Polen ein Friedensangebot gemacht. Zugleich verhandelt sie mit den Randstaaten, die ihrerseits untereinander in Verhandlungen stehen, die bereits zum Abschluß eines militärisch-politischen Bündnisses geführt haben sollen.

Anschliffs dieser Festlegung der außenpolitischen Lage Sowjetrußlands hat die Sowjetregierung die innenpolitische Lage für so gelassener angesehen, daß sie schließlich die Ausschussung des Ferrors und die Abschaffung der Todesstrafe verkündet hat. Ihre Verkaufsrate verhandelt mit Retirieren der Entente über die Wiederaufnahme der Wirtschaftskreditlinien, und der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu den russischen Randstaaten zu ermöglichen.

Es scheint, als ob die schlimmste außenpolitische und militärische Krise für Sowjetrußland vorüber sei, und daß der Krieg im Osten langsam ausbricht.

Koltschal ist nach einer freilich noch unbestätigten Nachricht von einem revolutionären Gerichte zum Tode verurteilt und erschossen worden.

Deutschland.

Die Mosen.

Im Circus Busch in Berlin tagte die Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Diese Generalversammlung setzt sich nicht wie bei andern Körperschaften nur aus erwählten Vertretern zusammen, sondern jedes Mitglied hat Zutritt zu ihr, so daß diese Generalversammlungen mehr politische Demonstrationen als Beratungskörperschaften sind. Auch die heutige „Generalversammlung“ ist eine politische Demonstrationversammlung und, wie betont werden mag, eine solche großen Stils. Im Vordergrund der Reden stand die Politik; äußere, innere und Wirts-

chaftspolitik würden mit einer Schärfe und Deutlichkeit behandelt, die keine Widerspruchslücke aufkommen läßt. Die Reden wie die Beschlüsse klingen in eine scharfe Kampfanlage gegen die Regierung und die Regierungsparteien aus. Sie waren auch alle da, die alten Führer und Männer der Reaktion: Schorlemmer-Dieser, Graf Westarp, Graf Goldbeck usw. Ihre Presse feiert die Veranstaltung als eine machtvolle politische Kundgebung und hofft, daß die Reaktion in Deutschland bald wieder am Ruder sein wird. Eine eingehendere Betrachtung der Verhandlungen müssen wir Raum mangels wegen auf die nächste Nummer verschieben.

Immer neue Schiebungen mit Staatseigentum.

Die Breslauer Vermittlungsstelle des Reichsfinanzministeriums ist umfangreichen Schiebungen mit Patronenbüchsen, die aus dem Artilleriedepot in Neßen stammten, auf die Spur gekommen und zur Verhaftung von sieben Personen, darunter drei Feuerwerker, geschritten. Der Wert des verschobenen Gutes beliefert sich auf über 200 000 Mark. Weitere Schiebungen mit Feuerpatronen im Werte von 400 000 Mark konnten im letzten Augenblick verhindert werden.

Wie die Regierung der Wohnungsnot steuert

Zur Behebung der Wohnungsnot ist seitens der Regierung eine Wohnungsbau propagandiert worden und die Siedlungsgenossenschaften, die diese Frage ins Praktische umzusetzen versuchen, sollten wie Pilze aus der Erde. Die Kommunen steuerlich noch Kräfte, um diese Unternehmen zu beleben. Da infolge der fortwährend steigenden Materialpreise die Baukosten abzukommen, erklärte sich auch die Regierung bereit, eine mehrere Millionen betragende Fonds zu errichten, aus dem den Bauherren ein Zuschuß gewährt werden konnte. Schneller als vorausgesehen, ist dieser Fonds erschöpft worden, und die Regierung erklärt nun einfach, nichts mehr geben zu können.

Mit der Einstellung dieser sogenannten Hebertsteuerzuschüsse ist aber ein katastrophaler Notstand hervorgerufen worden. Ungeheuer viel dieser Leute, die sich ein Kleinhaus erbauen wollten, können nicht weiterbauen lassen, da ihr Geld infolge der Teuerung der Baustoffe bereits draufgegangen ist. Die Hebertsteuerzuschüsse, auf die sie gehofft hatten, sollen nicht mehr gezahlt werden, und nun stehen sie mit ihrem unfertigen Haus da, sind ihr Geld fast und haben doch kein Heim. Wieselsoch bestanden sich unter diesen Notleidenden auch Kriegsbeschädigte, die auf Anraten ihrer Rente-Institutisten liehen und mit diesem Kapital anfangen, sich ein Haus zu bauen. Sie sind es gerade, die mit dem Bauen nicht so schnell vorankommen konnten, da bei dem Mangel an Baustoffen diejenigen zuerst beliefert zu werden pflegen, die am zahlungsfähigsten sind und über gute Verbindungen verfügen. Das sind in der Regel die Kriegsgewinnler und Spekulanten, die ihren Hebertfluß an Geld jetzt u. a. auch in prächtigen Landhäusern anzulegen pflegen. Die kleinen Leute und die Kriegsbeschädigten bleiben vielfach unberücksichtigt und stehen mit ihrem Bau stehen. Nun bekommen sie auch die Zuschüsse des Reiches nicht mehr und sind fertig. Es wird in vielen Fällen zu Substation der Neubauten kommen, und es besteht die Gefahr, daß durch das Zusammenbrechen von Hypothekengläubigern und Grundstücksbesitzern die Leute um ihr ganzes Hab und Gut kommen. Unsere Genossen in den Parlamenten sollten daher die Regierung zu einer Neuerung zwingen, was sie zu tun haben, um den Kleinbauern weiter zu fördern und viele Existenzen vor dem drohenden Ruin zu bewahren.

Ein Reichskommunalisierungsgesetz.

Der Entwurf eines kommunalisierungsgesetzes ist bereits vor einiger Zeit im Reichsministerium des Innern fertiggestellt worden. Die bürgerliche Blätter melden, würde aber die geplante Form der Kommunalisierung der Unternehmen nach dem Wert der Unternehmen vor dem Kriege bei dem gesunkenen Geldwert „unbillige Härten“ hervorgerufen. Deshalb sind neue Verhandlungen über die Verteilung eingeleitet worden, die nun vor dem Abschluß stehen. Der Entwurf soll in nächster Zeit der Nationalversammlung vorgehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Oesterreich.

In der niederösterreichischen Landesversammlung sprach der Wiener Bürgermeister Winter über die Bekämpfung der Tuberkulose. Dabei berichtete er, daß in Wien zur Zeit 30 000 unterernährte junge Menschen unter 10 Jahren vorhanden seien. 100 000 Kinder habe die amerikanische Hilfe vor dem Hungertode bewahrt, aber noch seien 120 000 übrig, für die nicht gesorgt sei. — Staatssekretär Ebenbauer erklärte im Budgetauschuß, daß es jetzt die nächste Aufgabe Oesterreichs sei, möglichst viel gemeinwirtschaftliche Betriebe zu errichten. Auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage werde bereits das Heilmittelwesen organisiert, das ganz unter die Kontrolle des Staates kommen werde. Die gemeinwirtschaftliche Leder- und Schuhfabrik werde schon im März die ersten Ergebnisse an die angeschlossenen Konsum- und landwirtschaftlichen Organisationen abgeben. — Wegen Kohlenmangels wird der gesamte Güterverkehr auf den deutsch-österreichischen Bahnen vom 18. bis 25. Februar eingestellt. — In Oesterreich sind für Notationspapier die Preise derartig in die Höhe getrieben worden, daß mit einem Preis von 1 Krone für die Einzelnummer Wiener Tageszeitungen gerechnet werden muß.

Schweiz.

Am 18. April soll eine Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Volksbund entschieden. — In den Kantonen Basel und Zürich ist die Vorlage auf Einführung des Frauenstimmrecht in der Volksabstimmung verworfen worden. — In der Nationalversammlung ist ein Antrag auf Aufhebung des Bankrotverfalles, um die Verteuerung der zugeflossenen ausländischen Kapitalien durchzuführen, mit 104 gegen 50 Stimmen abgelehnt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Leichter in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Richard Hiller, Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft Feine.

Plantox, der Küchenfreund!

Wer ihn kennt, hält ihm die Treue. Täglich bewährt sich Plantox aufs neue durch seine vorzüglichen Eigenschaften: einen ausgezeichneten Fleischgeschmack, den Gehalt an hochwertigen Nährstoffen und seinen billigen Preis. Plantox (Extrakt, Würze und Würfel) in allen Kolonialgeschäften erhältlich. Herstellerin: Paraguay-Fleischextrakt-Gesellschaft m. b. H., Hamburg-Bremen.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Segen Katarhe



Haut-, Geschlechts-

u. Barnfeld, vuz. terr. Schwäche, bes. Dr. med. Berl. nicht approb., Mittelfeld naturwiss. Gesellschaft Leipzig, Kueprinstraße 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Reformhaus Ida Becker, Eisenbahnstr. 96, Sämtliche Artikel für Wochenkrankenpflege

Raucher dank! ges. gesch., ornögl. in einig. Tag. d. Rachen ganz od. teilw. zu unterlass. Aml. begutacht. Wirk. verblüff. Vollst. unschäd. Tügl. Anerk. Anskft. umsonst. Institut Engbrecht, Mönchstr. 16, Kapuzinerstr. 9.

Meine Anfertigung auf Postanweisungen geschrieb. wird. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 20 Pf. 20 Pf.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- und Körperpflege

Turnvereine

Freie Turnerschaft Markranstädt, E. V.
Sonntag, den 22. Februar: Drei er Kapellenabend im Saale der Stadt Leipzig. Anfang 4 Uhr. Ende 11 Uhr. Freundschaft ladet ein. Der Turnrat.

Arbeiter-Schach-Verein

Arbeiter-Schachverein Leipzig. Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr: Beginn eines Schachturniers im Schachspiel im Volkshaus, Zimmer 9. Spielabende: Dienstags, 7 Uhr, Südlich, Restaurant zur Klause. Dienstags, 7 Uhr, im Lindenau, Schloß Lindenau. Mittwochs, 7 Uhr, Reudnitz, Restaurant Harmonie, Rathausstraße. Donnerstags, 7 Uhr, im Volkshaus, Freitag, 7 Uhr, Gohlis, Mühlau. Ausklang.

Turnverein Leipzig-Kleinzschocher E.V.
Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Sonnabend, den 21. Februar 1920
darstellend ein Bauern- und Gesinde-Abend
Großes Wintervergnügen im Gasthof zum Reichsverweser.
Einlaß 5 Uhr. Programme 80 Pfg. Anfang 6 Uhr.
Freunde und Gönner der freien Turn- und Sportsache ladet freundl. ein. Der Turnrat.
Sonnabend, 28. Febr., abds. 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Rest. Terrasse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Bureau im Volkshaus, Reber Str. 11, 8. u. 9. Stock, Telephon 3407.
Zahlstelle Leipzig

Delegierte und Arbeiterausschüsse aller Betriebe. Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, **Versammlung im Volkshaus**, großer Saal. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Stellungnahme zu den Neuwahlen. 2. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse. 3. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse. 4. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse.

Bildhauer aller Branchen. Sonnabend, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, **Sektionsversammlung im Volkshaus**. Tagesordnung: 1. Branchenangaben. 2. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse.

Bereinigung Ansiedlung Ost.
Bezirks-Versammlungen:

1. Bezirk: Freitag, den 20. Februar 1920, Volkshaus, Nebenraum links
2. Bezirk: Dienstag, den 23. Februar, Goldnes Schiffchen, Volkshaus, Nebenraum links
3. Bezirk: Dienstag, den 24. Februar, Nickau-Ausschank, Gohlis
4. Bezirk: Donnerstag, den 26. Februar, Stadt Lützen, Lindenau, Lützen Straße
5. Bezirk: Dienstag, den 24. Februar, Mätzschkers Festsäle, Kleinzschocher, Gieserstraße
6. Bezirk: Freitag, den 27. Februar, Restaurant Stadt Hof, Südlich

Sämtliche Versammlungen beginnen um 7 Uhr. Der Ortsrat.

Gasthof Neureudnitz
Fernsprecher Nr. 7138. Stötteritzer Straße 7. Inb: Reinhold Krefze.
Freitag 6 Uhr **Der beliebte Ball.** Bornehmes Ballorchester.
Empfehle gleichzeitig meinen vollständig renovierten Saal werden Vereinen und Gesellschaften. — Wein-Abteil.

Gasthof Neustadt. Feiner Ball.
Morgen Freitag ab 6 Uhr
Sonnabend, den 21. Februar: Gesangverein Laute, 25jähriges Stiftungsfest

U. S. P. D. Gross-Leipzig.
Alt-Leipzig. Bez. Westen I. u. II.
Freitag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im Restaurant Ländner, Ecke West- und Frankfurter Straße, **Versammlung.** Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrags vom Genossen Plotke über: Inufer Programm. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Vertrauensmänner.

Lindenthal. Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr. **Öffentliche Versammlung im Deutschen Haus.** Tagesordnung: 1. Politische Lage und Industriefrage. Referent: Genosse Schönling. 2. Gemeindeangelegenheiten.

Möckern. Sonnabend, 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr **Mitglieder-Versammlung im Carolabad.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Weiss: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Einfluß der Inflation). 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Parteigenossen! Besucht in Massen die Versammlung, um Euch dort zu orientieren und Mitkämpfer zu beschaffen. D. V.

Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandte Berufsgenossen u. deren Hilfsarbeiter zu Leipzig.
Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung findet am Montag, den 22. Februar, abends 7 Uhr im Restaurant Gabelberger Hof, Gabelbergerstr. 8, statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Genehmigung des Jahresberichtes. 3. a) Wahl des Vorstandes. b) Ergänzungswahl des Ausschusses sowie der Ersatzmänner. Der Vorstand.

Arbeiter-Handfahrer-Verein Leipzig-Volkmarzdorf
Freitag, den 20. Februar, abends 7 Uhr
Jahres-Generalsammlung
im Vereinslokal. Zahlreiches Erscheinen erw. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Groß-Leipzig U. S. P. D.
Achtung! Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Achtung!
Montag, den 23. Februar 1920, abends 7 1/2 Uhr:

Grosse öffentliche Frauenversammlung
in der Grünen Schänke, L.-Anger.
Tagesordnung:
Erziehung und Mutterschaft im Sozialismus.
Referent: Genosse Otto Jenßen, Berlin.
Freie Aussprache.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Hauptvorstand.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig der U. S. P. D.
Montag, den 23. Februar 1920, abends 7 1/2 Uhr

Grosse öffentliche Volks-Versammlung
im Felsenkeller, L.-Plagwitz.
Tagesordnung:
Die gegenwärtige politische Lage. Referent: Volkshammerabgeordneter Genosse Rich. Lipinski. — Freie Aussprache.
Beamte, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Eure Pflicht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand des Ortsvereins.

Metallarbeiter Verband
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher nach dem Verlangen entliehen werden. Die Abgabe von Büchern muß gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Klempner Freitag, den 20. Februar, abds. 7 Uhr. **Versammlung für alle in den Betrieben der Innung Beschäftigten im Volkshaus.** Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Kündigung des Tarif. 2. Bericht über die Durchführung der Teuerungszulage. — Jeder Kollege muß in der Versammlung erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist vorzubringen. Die Branchenleitung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Geschäftsstelle Leipzig.
Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr
Außerordentliche Generalversammlung im Gesellschaftssaal des Volkshaus.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten. 3. Kartellbericht. 4. Gewerkschaftliches. Einlaß nur gegen Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

politischer Redakteur
Für das Kieler Parteiorgan der U. S. P. D. wird spätestens zum 1. April 1920 ein
politischer Redakteur
gesucht. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Offerten mit Gehaltsansprüchen und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bis zum 10. März 1920 an den Vorsitzenden der Prüfungskommission: Adolf Wolff, Kiel, Kiehlstraße 14, III., zu richten.

Einem geehrten Publikum zur gel. Kenntnisnahme, daß Untereinander infolge bedeutender Preisaufschläge aller Materialien und Löhne gezwungen sind, auch ihrerseits die Preise zu erhöhen.
Vereinigung der Wasch- und Plättgewerbetreibenden und Hausplättinnen.

Familien-Nachrichten
Berpäet wegen Zeitungsverbot.
Am 21. Januar verstarb unser Mitarbeiter, der Zeitungsmann
Artur Schubert.
Seine Tüchtigkeit und sein guter ehrlicher Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken.
Geschäftsleitung und Personal der Leipziger Buchdruckerei A. S.

Asphalteure u. Pappdecker
Sonnabend, den 21. Februar, abends 6 Uhr
Mitglieder-Versammlung im Volkshaus (Gafé).
Tagesordnung: 1. Vortrag: Das Betriebsrätegesetz. Referent: Genosse Klemm. — 2. Gewerkschaftliches. 3. Verlesens. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Der Vorstand.

Allen lieben Freunden und Bekannten die tief schmerzliche Nachricht, daß mein herzensguter langjähriger lieber Mann, unser lieber bis zum letzten Atemzug treuerorgender Papa
Artur Schubert
an einem im Felde zugezogenen Leiden nach 15tägigem Krankenlager am 21. Januar verschieden ist. — Seinen Mitarbeitern der Leipziger Volkszeitung herzlichen Dank für den erhebenden Beizang am Grabe. Auch Herrn Diarrer Berger aufrichtigen Dank für die trostreichen Worte. In unangenehmem Herleid
L. Schönefeld, Schmidt-Rühl-Straße 19, III. Kl. (Thür.), Harmannsdorf bei Burgstädt
Martha Schubert geb. Körner
Margarete, Elisabeth, Friedel Schubert
nebt allen Angehörigen.

Nach sehr schwerem Krankenlager entriß und Dienstagvormittag der unerlöschliche Tod meine innigste Tochter, unsere herzensgute einzige Schwester, Schwägerin und Tante, die Schneiderin Fräulein
Hedwig Will
in der Blüte ihres Lebens, im 84. Lebensjahre.
Leipzig, Gächlitzstraße 15, I.
Hedwig Kretschmar verw. gew. Will geb. Richter
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
Trauerfeier und Beisetzg erfolgen Sonnabend, den 21. Februar, nachmittags 1/2 2 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofs.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Leipzig.
Am 17. Februar verschied unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Alfred Zwicker.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Für die überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste unserer lieben herzensguten Enkeltochter Fräulein
Martha Georgi
bringt es uns, Allen, die ihren Satz so reich mit Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank ihren lieben Kollegen und Kolleginnen der Leipz. Spinnfabrik Varrh & Co. für die überaus herrlichen Spenden und für das ehrenvolle Geleit. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan.
Dir aber, liebe herzensgute Martha, ruhen wir ein Schate wohl in dein viel zu frühes Grab nach.
Leipzig-Kleinzschocher, Diebstaur. 81.
Die trauernde Familie
Max Georgi.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Nordbezirk. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, Funktionärsführung im Madan-Ausschaut.
Südbezirk. Freitag, abends 6 1/2 Uhr, Funktionärsführung im Stern, 25. Stg.

Thonberg-Neureuditz. Morgen Freitag, abends 6 Uhr, Flugblattverbreitung.

Nun erst recht!

Nun erst recht! Das muß das Ergebnis sein, mit dem heute die Leser der Leipziger Volkszeitung ihr Blatt wieder in die Hand nehmen. Vier Wochen und vier Tage war die Leipziger Volkszeitung verboten; fast fünf Wochen war das Band zwischen den Lesern und der Zeitung von den militärischen Machthabern zerschnitten.

Die revolutionäre Arbeiterschaft darf sich durch nichts, was es auch sei, von ihren Zielen abbringen lassen; daher muß ihre trotzigste Parole sein:

Nun erst recht!

Das revolutionäre Proletariat wird auch durch Maschinenengewehre und Handgranaten nicht von seiner Ueberzeugung abzubringen sein. Im Gegenteil! Es wird nun erst recht dem revolutionären Sozialismus treu bleiben.

Rechnen die Gewalttäter damit, daß durch das Verbot der Zeitung Leser verloren gehen, so muß die Parole sein:

Nun erst recht der Zeitung die Treue halten!

War mit der Unterdrückung der Zeitung die Absicht verbunden, die Werbearbeit für die Partei und für ihr Organ zu unterbinden, so muß sich nun noch mehr als bisher jeder Parteigenosse und jede Genossin, jeder Leser und jede Leserin der Leipziger Volkszeitung verpflichtet fühlen:

Nun erst recht mit allen Kräften für die verfolgte Partei, für ihre Organisation, für ihre Presse zu werben!

Leser und Leserinnen der Leipziger Volkszeitung! Ihr habt während des langen Verbots eures Blattes empfunden, wie eng ihr euch mit dem Blatt verbunden fühlt. Jetzt erscheint die Leipziger Volkszeitung wieder. Sie nimmt die alte Fahne des revolutionären Proletariats wieder auf, sie wird wie vor dem Verbot dem Proletariat wieder Führer und Bannerträger, Freund und Berater sein!

Die Leipziger Volkszeitung hat stets besonderen Wert darauf gelegt, daß zwischen ihr und den Lesern ein inniges Verhältnis bestand. Die Leipziger Volkszeitung gab stets ihr Bestes, sie nahm aber dafür auch das unbeschränkte Vertrauen ihrer Leser. So soll es auch in Zukunft bleiben!

Zeitung und Leser, sie gehören zusammen! Wo aber aus irgendeinem besonderen Grunde das Verhältnis eines Lesers zur Zeitung gelockert erscheint, wo ein Leser wankelmütig geworden ist, oder wo ein Abonnent den Bezug der Zeitung aufgegeben haben sollte, da gibt es für die Anhänger unsrer großen Sache, mit der Aufklärung und mit der Werbearbeit für unser Blatt einzusehen.

Partei- und Gewerkschaftsmitglied, alle aufgeklärten Arbeiter werden in den fünf Wochen des Verbots mit besonderer Deutlichkeit empfunden haben, welche wertvolle Waffe die Leipziger Volkszeitung auch im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter ist, daher muß nun an allen Arbeitsplätzen, in den Werkstätten und in den Fabriken die

Werbearbeit für die Leipziger Volkszeitung mit gesteigerter Kraft

eintreten. Jeder muß sich eifrig bemühen, wenigstens einen neuen Leser für die Leipziger Volkszeitung zu gewinnen. Trotzig und lähn sei die Parole:

Nun erst recht!

Die Leipziger Volkszeitung ist am 17. Januar verboten worden, sie erscheint am 19. Februar wieder. Von unseren Abonnenten wird für den Monat Februar kein Abonnementpreis erhoben; es soll damit ein Ausgleich für den vollbezahlten Monat Januar gewährt sein.

Das Verbot der Leipziger Volkszeitung.

Am 17. Januar wurde der Redaktion der Leipziger Volkszeitung vom militärischen Befehlshaber in Leipzig telefonisch mitgeteilt, daß die Leipziger Volkszeitung verboten sei. Gleichzeitig wurde angekündigt, über das Verbot werde noch eine schriftliche Mitteilung erfolgen. Als diese Mitteilung mit den Angaben der Gründe für das Verbot vorlag, gab der Verlag ein Flugblatt an die Leser der Leipziger Volkszeitung heraus, in dem die schriftliche Begründung des Verbots bekanntgegeben wurde. In diesem Flugblatt sah der militärische Befehlshaber eine Umgehung des Verbots der Leipziger Volkszeitung, deshalb teilte er der bürgerlichen Presse mit, daß gegen den Geschäftsführer der Leipziger Volkszeitung wegen des Flugblattes

Strafanzeige

erfolgt sei. Besonders kennzeichnend ist, daß der Geschäftsführer, Genosse **C e h a n u**, von der Strafanzeige erst durch die bürgerliche Presse Kenntnis erhielt. Ganz unabhängig von Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung gab der Bezirksvorstand ein Flugblatt „Nieder mit der Revolution“ heraus, für das der Drucker und Verleger mit Verweigerung bestraft wurden. Auch die Verbreitung des Flugblattes wurde polizeilich verfolgt, einige Genossen wurden verhaftet und eine Anzahl Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Nun mit den Lesern der Leipziger Volkszeitung in Fühlung zu bleiben, beachtliche die Geschäftsleitung eine Interatenausgabe herauszugeben, in der die amtlichen Lebensmittelbekanntmachungen, der Lebensmittelkalender und ähnliches den Lesern zur Kenntnis gebracht werden sollten. Bei einer Rücksprache mit dem bürgerlichen militärischen Befehlshaber erklärte sich dieser auch bereit, den Plan

beim General Maerder zu befürworten. General Maerder unterjagte aber auch die Herausgabe der geplanten Interatenausgabe, obwohl er z. B. dem ebenfalls verbotenen halbjährigen Volksblatt und auch einigen andern verbotenen Blättern solche Interatenausgaben gestattet hatte. Wahrscheinlich sollte der Leipziger Volkszeitung die Macht des Militärs besonders nachdrücklich gezeigt werden. Die Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung beabsichtigte nun, den Lesern der Leipziger Volkszeitung durch Plakatanschläge von ihren Bemühungen Kenntnis zu geben. Sie ließ daher folgendes Plakat drucken, in der Absicht, es an die Plakatstelen anleben zu lassen:

Leser der Leipziger Volkszeitung!

Auf Befehl von Berlin hat der Generalmajor Maerder die Leipziger Volkszeitung wegen angeblicher Herabwürdigung der Regierung auf unbestimmte Zeit verboten. Damit sind über 80 000 Familien des Organs berührt, das sie in politischer und wirtschaftlicher Beziehung unterrichtet, aber auch des Organs, durch das sie die Bekanntmachungen über die Lebensmittelverteilung auf dem Lausenden holt.

Die Geschäftsleitung der Druckerei und der Bezirksvorstand der Partei wurden bei den zuständigen Stellen in Dresden vorgeführt, um das Verbot aufzuheben. Der Ministerpräsident Gradnauer hat sie gar nicht vorgeföhrt, sondern an General Maerder verwiesen. Dieser wiederum erklärte, daß das Verbot erst aufgehoben werde, wenn die politische Lage im Reich es zulasse. Ob dies in einigen Tagen, Wochen oder Monaten der Fall sei, könne er nicht sagen. Nach den ablehnenden Äußerungen des Reichswehrministers Noske, die er den Vertretern der Berliner bürgerlichen Zeitungsverleger als Antwort auf das Verlangen erteilte, die Zeitungsverbote aufzuheben, war zweifellos, daß die Vertreter unsres Blattes sich zum Reichswehrminister begaben.

Die Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung vereinbarte mit dem Rat der Stadt Leipzig, ein Mitteilungsblatt, das lediglich die amtlichen Bekanntmachungen enthalten sollte, herauszugeben und an die Leser der Leipziger Volkszeitung zu verteilen. Der Staatsvertreter wachte sich durch Vermittlung des Leipziger Militärkommandeurs **C e n s t f** um Genehmigung dieses Blattes an General Maerder.

Dieser verweigerte die Erlaubnis zur Herausgabe eines solchen Mitteilungsblattes mit dem Bemerkten, die Leipziger Volkszeitung sei kein amtliches Publikationsorgan. Ihre Leser könnten sich auf der Straße andre Blätter kaufen, wenn sie sich über die Bekanntmachungen unterrichten wollten.

Also nicht einmal das, was die frühere Zensurbehörde dem Verlage der Zeitung gestattete, ein solches Mitteilungsblatt an die Leser herauszugeben, wird von den jetzigen Machthabern zugestanden.

Kenntnis, die wir unternommen haben, um ihnen ihr Blatt, oder Kenntnis die wir unternommen haben, um ihnen ihr Blatt, oder bis zu dessen Wiedererscheinen ein Mitteilungsblatt zu geben. Wir erwarten von ihnen mit gutem Vertrauen, daß sie ihrem Blatt, das über ein Vierteljahrhundert der Arbeiterschaft Führerin, Mitstreiterin im Kampfe war, die Treue bewahren werden. Alle Härten, alle Verfolgungen sind an dem harten Willen auszuhalten geworden, der dem einen hohen Ziele dient:

Befreiung der Arbeiterschaft vom Joch des Kapitalismus! Verwirklichung des Sozialismus!

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

General Maerder brachte es aber fertig, auch in diesem harntosen Plakat eine strafbare Tat zu sehen. Das Plakat wurde beschlagnahmt und der Genosse Lehmann wird wegen des Plakates gerichtlich verfolgt; angeblich soll auch dieses Plakat eine Umgehung des Verbots der Leipziger Volkszeitung sein.

Gleich nach dem Verbot der Zeitung versuchte die Geschäftsleitung mit einem Vertreter der Redaktion und mit einem Vertreter der Poststammvermittlung mit dem bürgerlichen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer wegen der Aufhebung des Verbots zu verhandeln. Gradnauer lehnte aber jede Verhandlung ab und wies unsre Genossen an den General Maerder, womit zum Einschub gebracht wurde, daß die Militärregierung in Sachsen abgedankt hat und völlig in der Hand des Militärs ist. Die Verhandlungen mit Maerder blieben ergebnislos.

Die Buchdrucker zum Volkszeitungsverbot.

Durch das Verbot der Leipziger Volkszeitung war das Personal des Betriebes arbeitslos und damit schwer geschädigt worden. Deshalb beschäftigten sich die Buchdrucker Leipzigs am 21. Januar in einer vom Gewerkschaftsrat der Buchdrucker einberufenen Versammlung mit den Folgen, die das Verbot der Leipziger Volkszeitung für die Buchdrucker hatte. Diese Versammlung wählte eine Kommission, die in Dresden beim General Maerder und in Berlin bei der Reichsregierung gegen das Verbot protestieren und seine Aufhebung verlangen sollte. Der Versammlungsbeschluss lautete für den Fall, daß das Verbot nicht aufgehoben werde, scharfes Eingreifen der gesamten Leipziger Buchdrucker an. Die Kommission vermochte weder in Dresden noch in Berlin die Aufhebung des Verbots zu erreichen. Dadurch war die Möglichkeit eines Streiks in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben in unmittelbarer Nähe gerückt. Die Befürworter des Streiks wollten damit einen Druck auf die bürgerlichen Zeitungsverleger und im besonderen auf die Regierung ausüben, um durch die Stilllegung der bürgerlichen Zeitungen die Aufhebung des Verbots der Volkszeitung zu erreichen. Bei der Abstimmung der in Frage kommenden Buchdrucker wurde aber das Eintreten in den Streik abgelehnt. Damit waren die bürgerlichen Zeitungsverleger zunächst wenigstens von einer schweren Sorge befreit.

Am 8. Februar beschloß eine Versammlung der Arbeiter- und Angestelltenvereine, die Organisation der Buchdrucker aufzufordern zur Erreichung der Pressefreiheit und um das Wiedererschienen der Leipziger Volkszeitung durchzusetzen, auch die bürgerlichen Zeitungsbetriebe stillzuliegen. Die organisierte Arbeiterschaft Leipzigs wurde aufgefordert durch finanzielle Unterstützung die streikenden Buchdrucker vor wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen. Dieser Beschluß wurde gegen eine Stimme gefaßt. Am 10. Februar haben sich die Buchdruckergehilfen in einer Versammlung mit diesem Beschluß beschäftigt.

Die Aussprache verlief sehr erregt. Von verschiedenen Rednern wurde beantragt, daß es überhaupt erst einer Aufforderung durch die bürgerlichen Arbeiter bedürfe, um die Buchdruckergehilfen zur Verwirklichung des Streiks der Arbeiterschaft auf ihre Presse zu veranlassen. Es handelte sich darüber hinaus aber auch um die Abwendung größter wirtschaftlicher Schäden. Durch eine aus der Versammlung eingegangene Entschließung, die die Unzulänglichkeit der Behörden auf scharfe verurteilte, wurde schließlich aufgefordert, dem Antrag der Betriebskommission entsprechend sofort und solange alle bürgerlichen Zeitungsbetriebe stillzuliegen, bis das Verbot für Leipzig aufgehoben ist. Der als Vertreter des Gewerkschaftsartikels zugewandene Genosse Schilling erklärte hierzu, daß die Leipziger Buchdruckergehilfen bei einem etwaigen Kampf die gesamte Leipziger Arbeiterschaft hinter sich haben würden. Von gemäßigter Seite wurde dem entgegengehalten, daß sowohl der vorläufige Generalfreik als auch der Austausch in der deutschen Metallindustrie, die bisher größte Streikbewegung in Deutschland, letzten Endes hätten die Waffen strecken müssen und daß die Durchführung des Streikes nur geringe Aussicht auf Erfolg habe. Ein Antrag, die Entschließung zur Unterzeichnung zu bringen, wurde durch Sammelsprache abgelehnt. Die Abstimmung über die Entschließung selbst ergab indes eine große Mehrheit für den Streik.

Die Entschließung lautet:

„Die am 10. Februar im Volkshaus zu Leipzig tagende Gewerkschafterversammlung der Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen

nimmt Kenntnis von dem Verhalten der in der Gewerkschafterversammlung vom 21. Januar gewählten Kommission, die systematischen Zeitungsverbote zur Aufhebung zu bringen. Sie gibt ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die maßgebenden Behörden sich völlig unzugänglich zeigten, und trotz aller Bestrebungen weiterhin unzugänglich und langweilige Zeitungsverbote erteilten.

Die Versammelten beschließen, die gesamten Leipziger Zeitungsbetriebe sofort und solange stillzuliegen, bis die für Leipzig ausgesprochenen Zeitungsverbote aufgehoben sind.

Nach dieser Versammlung hat das Personal der Leipziger Tageszeitungen zu dem Streikbeschluss Stellung genommen. Wie die „Freie“ Presse berichtete, hat das Personal 205 Stimmen gegen und 88 Stimmen für den Streik abgegeben; nur das Personal der Leipziger Zeitung stimmte mit Mehrheit für den Streik.

Die militärische Besetzung der Leipziger Volkszeitung.

Ein richtiggehender militärischer Sieg muß nach den überkommenen militärischen Ansichten auch nach außen kenntlich gemacht werden, daher braucht sich niemand zu wundern, daß die Leipziger Volkszeitung auch militärisch besetzt wurde. Die Redaktionsräume räumten am Vormittag des 20. Januar mit allen möglichen Geräten, darunter natürlich auch die unvermeidlichen Maschinenengewehre und die — Feldläche, ein. Der militärische Befehlshaber Leipzigs beauftragte die Besetzung der Leipziger Volkszeitung damit, daß ein strafbares Plakat gedruckt werden sei (dessen Wortlaut wir oben wiedergegeben haben). Um die Wiederholung solcher Druckereien zu vermeiden, sei die militärische Besetzung angeordnet worden. Die Posten hatten den Auftrag, alle „aufreizenden“ Schriften, Flugblätter usw. anzuhalten. Das war aber nicht der einzige Zweck der Besetzung, denn jeden Abend wurde das Gebäude der Leipziger Volkszeitung von den Militärs in Verteidigungszustand gesetzt. Im Treppenhause des Vordergebäudes wurde ein großes Maschinenengewehr aufgestellt, einige Tage wurde auch das Hintergebäude noch besonders „militärisch gesichert“. Offenbar bereiteten sich die Noskeruppen darauf vor, einer Erfüllung der Leipziger Volkszeitung vorzutreten. Die Militärs hatten die strenge Anweisung, einzuschreiten, wenn „aufreizende Schriften“ aus der Volkszeitung herausgebracht werden sollten. Dieser Auftrag wurde so gefaßt, daß selbst die Wächspatrolle des Betriebspersonals untersucht wurden. Einer Konterlikten wurde sogar einmal der Schoß noch „aufreizenden“ Schriften durchsucht.

Die Zeitungen zu den Zeitungsverboten.

Die Verbote der unabhängigen Zeitungen haben fast in der gesamten bürgerlichen Presse Widerspruch gefunden. Selbst so reaktionäre Zeitungen wie die Leipziger Neuesten Nachrichten haben sich dagegen ausgesprochen. Das Leipziger Tagesblatt schrieb am 20. Januar: „Es werden nicht bloß die Doppelblätter erschaffen, wie die Freiheit in Berlin oder die Leipziger Volkszeitung, sondern auch eine ganze Reihe kleinerer Organe im Lande, so daß man sich nicht wundern könnte, wenn in der Leserschaft dieser Presse das Gefühl aufkäme, die Partei setze mundtot gemacht werden. Die Folgen solcher Auffassung, die natürlich von der Agitation verbreitet werden wird, können nur sehr unglücklich sein. Vor unbefristeten Zeitungsverboten in größerer Zahl, die also nicht nur durch das Unterdrücken einzelner Nummern des Blattes irgendeine Verletzung des Gesetzes abnden wollen, ist stets zu warnen.“

Während die bürgerliche Presse die Gewalttätigkeit gegen die unabhängigen Zeitungen verurteilte, wachte die rechtssozialistische Presse nichts anderes zu tun, als die Verbote mit den verlogenen Argumenten zu rechtfertigen. Besonders tat sich darin die sogenannte Leipziger „Freie“ Presse hervor, die am 19. Januar schrieb: „Diese Verbote der Freiheit und der Mienen (Jahne) hätte sich die unabhängige Presse zur Warnung dienen lassen sollen. Die Leipziger Volkszeitung hat indes seit dem Verbote der beiden Berliner Blätter in einer Weise gewirkt, als wenn sie das Gift, das die beiden verbotenen Blätter verspritzt haben, nun in konzentrierter Form verspritzt hätte. Am Sonnabend hat deshalb der Befehlshaber für den 4. Militärbezirk auch die Leipziger Volkszeitung im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf unbestimmte Zeit verboten.“

In Wirklichkeit hatte die Leipziger Volkszeitung nur die Wahrheit über das bekannte Vorgehen der Regierung am 19. Januar berichtet, das aber sollte durch die Verbote der bürgerlichen unabhängigen Blätter verhindert werden. Dabei wirkte selbst die „Freie“ Presse aus, daß die Verwirklichung des Verbots der Leipziger Volkszeitung „etwas drittel“ war.

Mag auch bei den Einwendungen der bürgerlichen Presse gegen die Verbote die Furcht mitspielt haben, daß es ihnen einmal selbst so ergehen könnte, so bleibt doch für die rechtssozialistische Presse die tiefe Schmach, daß sie die Unterdrückung von Arbeiterzeitungen zu rechtfertigen versuchte, während sich die bürgerliche Presse dagegen auflehnte.

Die gefrige Sitzung der Stadtverordneten.

Das Kollegium nahm zuerst Kenntnis von einer Anzahl Anträge und Eingänge, die Stadtverordnetenvorsteher **S e g e r** mitteilte. Erledigt ist nach immer nicht die Frage der Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete und unbesoldete Ratsmitglieder. Der Rat will sie erst vom 1. Januar an bewilligen, während sie nach dem Antrag der Stadtverordneten bereits vom 1. Oktober 1919 gestakt werden soll. Die Frage wird erst am 1. März durch die Ausschüsse besprochen. Ein Eingabe des Ortsvereins **M o d a u** der U. S. V. wünscht bessere Strafenverbhältnisse im **M o d a u**. Ihre nahm sich Genosse **H e r r e** an. Die Erwerbslosen fordern in einer Eingabe Schaffung von Arbeit. Diese Eingabe machte Genosse **R i k k e r** zur Kenntnis. Einige Eingaben über das Schulwesen, die noch in derselben Sitzung zur Erledigung kamen, nahm sich Genosse **P a b s t** an.

Eingabe der Schwimmvereine.

Zur Beratung lag eine Eingabe vor wegen 1. kostenloser Freizeit des Stadtbades für Schwimmvereine zu Nutzungszwecken, 2. Gewährung eines Aufschusses an die Schwimmvereine, die in Privatbädern über miffen, 3. Errichtung eines Stadions.

Die Ausschüsse beantragten: Punkt 1 der Eingabe, soweit er die Freizeite an sich betrifft, dem Rat zur Erwägung zu überweisen, im übrigen auf sich beruhen zu lassen; dem Rat zur Erwägung zu geben, den Schwimmvereinen bei ihren Nutzungszwecken die Bädervereine zu ermäßigen; die Punkte 2 und 3 auf sich beruhen zu lassen; die übrigen in der Eingabe enthaltenen Anregungen dem Rat zur Erwägung zu überweisen.

Die Anträge der Ausschüsse wurden nach einem Referat des Genossen **S c h e i b** einstimmig angenommen.

Nein elektrisches Kabel nach **M o d a u**.

Der Hausbesitzerverein von **L. M o d a u** wünschte in einer Eingabe die Legung eines elektrischen Kabels nach **M o d a u**. Der Betriebsausschuss beantragte, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen Genosse **T e i c h e n** rührte als Mitglied teilte mit, es liege ein Vertrag mit der Thüringer Gasgesellschaft vor, der bis 1920 laufe und der die Legung des Kabels verhindere. Der Ausschussantrag gelangte darauf zur Annahme.

Erhöhung der Kriegsunterstützung.

Eine Eingabe erbat die Erhöhung der Unterstützung für Kriegserkrankten, deren Zahl sich nach am 3000 beläuft. Die Ausschüsse beantragten, die Eingabe dem Rat mit dem Ersuchen zur Verwirklichung zu überweisen, daß den Kriegserkrankten Unterstützung in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung für Männer gewährt wird. Genosse **S c h u n i n g** beantragte, die Unterstützung in der

gesamten Summe um 50 Prozent zu erhöhen. Es würde ein ge-
drosselter Ausweis sein. Nach seinem Antrag soll die Umkehrung
betragen:

Eine Frau ohne Kind erhält	90	+	45	—	Mk.	=	135	—	Mk.
" " mit 1	125	+	62,50	—	"	=	187,50	—	"
" " " 2 Kindern	160	+	80	—	"	=	240	—	"
" " " 3 "	190	+	95	—	"	=	285	—	"
" " " 4 "	220	+	110	—	"	=	330	—	"
" " " 5 "	250	+	125	—	"	=	375	—	"
" " " 6 "	280	+	140	—	"	=	420	—	"
" " " 7 "	315	+	157,50	—	"	=	472,50	—	"

In der Aussprache gab Bürgermeister Dr. Scher zu, der
Antrag Schöning sei gerechter. Er wurde denn auch einstimmig
angenommen.

Übernahme des Kinderheims Froburg in städtische Verwaltung.

Ein Antrag des Rats forderte Geldmittel (1100 Mk. und 12 200
Mk.) für das Klein-Kinderheim Froburg, das der freien Ver-
einigung der Leipziger Kinderbeschäftigten untersteht. Die
Ausschüsse beantragten, 1. der Vorlage zuzustimmen, 2. den Rat zu
eruchen, das Klein-Kinderheim Froburg in städtische Verwaltung
zu übernehmen.

Jetzt riefen die Gegner der Verstädtlichung auf, um den
Punkt 2. den die Ausschüsse auf Antrag unserer Genossen angenom-
men hatten, zu Fall zu bringen. Sie führten alle möglichen Gründe
an. So würde die „Liebesfähigkeit der privaten Kreise“ nachlassen.
Genossin P. H. sprach für die Übernahme des Heims in städtische
Verwaltung. Der Antrag der Ausschüsse wurde auch gegen 25
Stimmen angenommen. Die Feinde der Verstädtlichung hatten
bei dieser Gelegenheit kein Wort.

Billigere Brennstoffe für Kriegsbeschäftigte.

Eine Eingabe wünschte die Beschaffung von billigen Feuerholz
oder die Abgabe von Brekett zum Vorzugpreis an die Kriegs-
beschäftigten und deren Hinterbliebenen. Der Versteherauschuss
beantragte, die Eingabe dem Rat mit der Bitte zur Verstädtlichung
zu überweisen, den Schwer- und Kriegsbeschäftigten, deren
Bedürfnisse nachgewiesen sind, billigeres Brennmaterial zu
beschaffen. Der Herr Stadtverordneter (Diat.) beantragte,
auch den weniger arbeitsfähigen und übrigen bedürftigen Kriegs-
beschäftigten das Brennmaterial zu niedrigeren Preisen abzugeben.
Beide Anträge fanden keine Mehrheit. Hoffentlich vergißt man bei
dieser Gelegenheit nicht die Hilfbedürftigen, erwerbsfähigen
Kriegsveteranen.

Eine neue Oberrealschule im Osten.

Nach einem Antrag des Rats soll Ostern 1920 mit den von der
Oberrealschule abzutretenden 3. Parallelen als Stamm in dem
Schulplatz am Stephanienplatz eine neue Oberrealschule errichtet
werden. Vom gleichen Zeitpunkt an soll an der 3. Realschule unter
Weiterführung der jetzigen Obersekunda und Abweitung eines
Realschul-Klassenzugs von Sexta an eine Oberrealschule-Klassenzug
eingerichtet werden. Ferner sollen die erforderlichen Geldmittel
für Lehrkräfte und Lehrmittel bewilligt werden. Die Ausschüsse
beantragten, der Vorlage zuzustimmen, soweit sie die Errichtung einer
Oberrealschule im Osten betrifft, unter der Bedingung, daß die
Unterbringung dieser Oberrealschule im Gebäude der 11. Volksschule
am Stephanienplatz nur als Provisorium gilt, bis eine ander-
weitige Unterbringung im Osten möglich ist.

Genosse Freytag betonte, daß es der Fraktion der U. S. P.
schwer geworden wäre, der Vorlage zuzustimmen. Allein die sach-
lichen Gründe für die Errichtung der Oberrealschule hätten sie be-
stimmt, für sie einzutreten. Er möchte sich einmal unterstreichen,
daß es sich um ein Provisorium handle. Der Redner trat
dann für den Ausbau der Einheitschule ein und erklärte die Be-
stimmung des Rats zu den Volk- und höheren Schulen. Die Volksschulen
würden vom Rat zurückgezogen. In ihnen sei die Verminderung
der Stundenzahl wegen der Kohlennot größer als in den
höheren Schulen. Volksschulen würden für militärische sowie für
Mehrwahl in Anspruch genommen. Die höheren Schulen seien
Klassen- und Anstaltschulen. In die höheren Schulen würde jedes Kind auf-
genommen, für das das Schulgeld bezahlt würde. Eine Reform der
Schulwesen würde erst kommen, wenn eine Reform der Schul-
behörden erfolgt sei.

Diese Ausführungen veranlaßten die Herren Stadtrat Dr.
Kerstan, Professor Herz (Dem.) und Krimm (U. S. P.), ein
Wort auf das letzte Schulwesen auszusprechen. Der
Herr Stadtrat nahm sich natürlich des Rats an. Die Volksschulen
würden nicht vernachlässigt. Professor Herz meinte, die höheren
Schulen seien keine Klassen- und Anstaltschulen, und Herr Krimm
vertrat sich sogar an der Behauptung, die Realschulen seien — die höheren
Volksschulen! Sie würden aber vom Genossen Freytag an
der Hand einiger Zahlen angefertigt. So wies er nach, daß es
in Leipzig 100 000 Volksschul- und Fortbildungsschüler wie
Zehntausende gebe. Demgegenüber besuchten die höheren Schulen
10 000 Kinder und davon wären nur 10 Prozent Freischüler.
Also ein Prozent der Besucher der höheren Schulen rekrutierten sich
aus den ärmeren Kreisen. Auf diese Verhältnisse wiesen die
Herren nichts mehr zu erwidern.

Zur Durchführung der Einheitschule.

Es lagen vor eine Eingabe wegen Aenderung der Neuerteilung
der Volksschulbezirke und wegen Durchführung der Beschlüsse des
Stadtverordnetenkollegiums zur Neuregelung des Leipziger Volksschul-
wesens, eine Eingabe wegen Neuerteilung der Volksschul-
bezirke im Westen usw., eine Eingabe wegen Zuweisung einzelner
Schulgebäude an die Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen
usw. Der Schulausschuss beantragte, die Eingabe, soweit sie die
Durchführung der Einheitschule betrifft, dem Rat zur Verstädtlichung
sowie die Einteilung der Schulbezirke betrifft, dem Rat zur
Erwägung zu überweisen, die anderen Eingaben dem Rat zur
Erwägung zu überweisen. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Keine Unentgeltlichkeit der Vermittel.

Die Einführung der Unentgeltlichkeit der Vermittel an den
Volksschulen ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Trotzdem
stimmen gestern die Rechtssozialisten gegen sie; sie ver-
hindernden damit die Durchführung der Vermittelfreiheit in diesem
Jahre. So nehmen diese „Rechtssozialisten“ die Interessen des
Proletariats wahr. Unser Fraktion hat den Antrag wegen Ein-
führung der Unentgeltlichkeit der Vermittel an den Volksschulen
von Ostern 1920 an gestellt. Der Antrag hatte schon einmal zur
Debatte gestanden, war aber an den Schulausschuss verwiesen wor-
den. Dieser beantragte, ihn abzulehnen und den Rat zu er-
suchen, das Ministerium zur Schaffung klarer Verhältnisse zu ver-
anlassen, die Ostern 1921 die Einführung der Vermittelfreiheit in
den Volksschulen ermöglichen und bis dahin die schon vorhandenen
Maßnahmen weiter auszubauen.

Der Herr Prof. Herz erklärte, im Ausnahmefalle hätte man, von
einer Ausnahme abgesehen, prinzipiell gegen den Antrag nichts
einzuwenden gehabt. Nur wisse man noch nicht, ob der Staat über
die Stadt die Ausgaben trage. Auch sei es technisch unmöglich, bis
Ostern 1920 die Vermittelfreiheit durchzuführen.

Unser Redner, Genosse Pabst, trat für den Antrag unserer Fran-
ktion ein. In besonderen wendete er sich an die Herren Rechtssozia-
listen, die er ersuchte, dem Antrag zuzustimmen. Die Stadt müsse
hier vorangehen. Es handle sich um eine Ausgabe für Kulturzwecke.
Die Kosten machten sich deshalb immer bezahlt. Technisch sei der
Antrag durchzuführen. Man solle nicht wieder ein soziales Pfänder-
recht aufleben und zwischen den Kindern einen Unterschied machen.
Größere Planmäßigkeit müsse stattfinden. Angeschafft müßten die
Vermittel werden, es komme nur darauf an, wer sie bezahle. Jetzt
würden die Eltern der Kinder belastet. Gerechter sei es, wenn die
Allgemeinheit die Kosten trage.

Der Appell an die Rechtssozialisten war vergeblich. Herr
H. H. war gegen den Antrag unserer Fraktion, und zwar aus
„Praktischkeitsgründen“. Im wesentlichen trug er die Einwände
der Bürgerlichen gegen den Antrag vor. Man müsse mit den
realen Verhältnissen rechnen. Genosse Freytag be-
tonte, daß organisatorisch die Frage zu lösen sei, der jetzige Zustand
sei eine ungewisse Bestimmung der Eltern, die Kinder

fürchten. Sie müßte beseitigt werden. Auch pädagogische Gründe
sprächen für die Annahme des Antrags. Es half alles nichts. Nach
einigen Ausführungen des Stadtrats Kerstan (Diat.), der für den
Ausschuss der vorhandenen „Hilfsmaßnahmen“ eintrat, wurde der
Antrag unserer Fraktion mit 22 gegen 20 Stimmen abgelehnt.
Die Rechtssozialisten gaben den Ausschlag. Sie haben wieder ein-
mal zusammen mit den Bürgerlichen gegen das Proletariat,
gegen die Volksschule, gegen die Kultur entworfen.

Erhöhung des Straßenbahnlaris.

Der Rat hat folgenden Beschluß gefaßt:

Anfolge der bestehenden Taxierung auf allen Gebieten betragen
nach dem derzeitigen Stande auf Jahr berechnet die Ausgaben
der Straßenbahn jährlich 48 Millionen Mark, denen etwa
nur 10 Millionen Mark Einnahmen gegenüberstehen,
wenn der bisherige Fahrpreistarif weiter bestehen bleibt. Dieser
Fehlbetrag von etwa 38 Millionen Mark wird sich noch erhöhen um
diejenigen Summen, die die Angestellten und Arbeiter der Straßen-
bahn für die Zeit vom 1. Januar 1920 nachträglich erhalten sollen.
Wie sehr diese Belastung erhöht werden sollen, liegt zur Zeit noch nicht
fest. Nach dem, was die Direktion inzwischen bewilligt hat, würden
diese Lohnsteigerungen usw. aufs Jahr gerechnet mindestens sechs
Millionen Mark ausmachen, so daß also nicht bloß 8 Millionen Mark,
sondern 14 Millionen Mark Fehlbetrag für 1920 zu erwarten sein
würden, falls nicht schleunigst die nötigen Fahrpreiserhöhungen
erfolgen. Nun sind die Arbeiter mit den seitens der Direktion an-
gebotenen vorerwähnten Vorschlägen im Gesamtbetrag von
rund 6 Millionen Mark nicht zufrieden. Ueber ihre Mehrforderungen
schwebt zur Zeit ein schiedsrichterliches Verfahren. Inwieweit dieses
gegen die Straßenbahn ausfallen sollte, würden sich die 14 Millionen
Mark Fehlbetrag entsprechend erhöhen. Da nicht abzusehen ist,
wenn der bisherige Fahrpreistarif bestehen bleibt, und da
jede Tag, um den der erhöhte Fahrpreistarif später eingeführt wird,
für die Straßenbahn (Stadtbahn) einen Ausfall von mindestens
40 000 Mark bedeutet, so muß jetzt zunächst ein erhöhter Fahrpreis-
tarif eingeführt werden lediglich unter Berücksichtigung des zur Zeit
mit Sicherheit bevorstehenden Fehlbetrag von 8 + 6 = 14 Mill.
Mark. Um den Grundpreis von 20 Pfg. nicht allzusehr empör-
schwellen zu lassen, etwa gleich auf 50 Pfg. hat sich der Rat nach
dem Vorschlage des gemischten Straßenbahnausschusses entschie-
den, unter Abwechslung von den bisher beobachteten Grundpreisen
und nach dem Vorbilde anderer Großstädte, den nachstehenden Fahr-
preis zu beschließen:

- Vorjahr: Fahrkarten ohne Umsteigen 40 Pfg., Fahrkarten mit
Umsteigen 50 Pfg.,
 - Anfahrkarten für 11 Fahrten ohne Umsteigeberechtigung 1 Mk.,
mit Umsteigeberechtigung 5 Mk.,
 - Schülerkarten für Schüler bis zum 15. Lebensjahre 10 Mk.,
Zuschläge von 10 Pfg. werden erhoben a) für Fahrten mit
Fahrkartenticket nach 8 Uhr abends, b) für alle Fahrten an
Sonntagen,
 - Zuschlag von 1 Mk. wird erhoben für alle Fahrten mit Fahr-
kartenticket nach 11 Uhr abends bei Betriebsverlängerung über
den normalen Fahrplan hinaus.
- Danach sollen alle Zeitsfahrkarten aufgehoben sein, mit Aus-
nahme derjenigen für Schüler bis zum 15. Lebensjahre.
- Für die Anfahrkarte von der Stadtgrenze bis nach dem
Krankenhaus St. Georg, für die bisher ein besonderer Zuschlag
erhöhen worden ist, soll künftig nur der gewöhnliche Fahrpreis
ohne Zuschlag erhoben werden.
- Die Zustimmung der Stadtdirektion ist einzuholen.

Schutzmaßnahmen bei der Grippe.

Das Gesundheitsamt schreibt uns: Die Grippeerkrankungen
haben seit Mitte Januar in Leipzig wieder ganz erheblich zu-
genommen; sie verlaufen außerdem in vielen Fällen besonders
durch Komplikation mit Lungenerkrankung recht schwer. Auch die
Zahl der Grippeopfer hat sich wesentlich erhöht. Es wird
daher jedem empfohlen, sich nach Möglichkeit vor Ansteckung
und mindestens vor einem gefährlichen Verlauf der Krankheit zu
schützen. Zu diesem Zwecke wäre besonders folgendes zu beachten:

1. Man hüte sich vor Erkältungen. Stehe sich warm,
schütze sich vor Durchkühlung, auch der Füße. 2. Man treibe sorg-
fältige Körperpflege, spüle häufig den Mund, wenigstens
sehr und abends, mit reinem Wasser dem man ein Nördchen über-
manganfarbnes Kali zusetzt; man wasche sich vor jedem Essen die
Hände. 3. Man vermeide Krankenbesuche, lasse sich von
niemand ins Gesicht sprechen, sich nicht anhalten oder anmischen.
Besondere Vorkehrung ist in dieser Beziehung in den Straßenbahn-
wagen, im Gedränge, bei Versammlungen, z. B. im Theater usw.,
abgeben. 4. Bei den ersten Anzeichen der Krankheit, die gewöhnlich
mit allgemeinem Unwohlsein, Kopfschmerzen, Fieber, manchmal
auch Halsentzündung, beginnt, lege man sich sofort ins
Bett und mache, unterstützt durch reichliches Trinken heißen
Juleps, Brust- oder Lindenblättertee, eine Schweißkur. Vor allem
muß man die Arbeit unterbrechen und sie nicht vor völliger Wohl-
finden wieder aufnehmen; eher darf man auch das Bett nicht
verlassen. Die Kranken sind von den übrigen Familienangehörigen
möglichst abgetrennt zu halten. Ihr Essen und Trinkgeschirr ist
stets sorgfältig zu reinigen und darf von anderen Personen nicht
benutzt werden.

Sozialistischer Rede- und Lesabend. Freitag, abends 7/8 Uhr.

Vortrag des Genossen Dr. Geier im Auguste-Schmidt-Saal.
Arbeiter-Bildungsinstitut. Kursus Block (Geschichte) Freitag,
abends 7 Uhr, in der Braustr. 17. — Kursus Jansen (National-
ökonomie) Sonnabend, abends 7 Uhr, und Sonntag morgen, aus-
nahmsweise pünktlich 7/8 Uhr, in der Braustr. 17.

Kein Geschäftsabluß bei der Depositelung der Sparkasse.

Mit Rücksicht auf die Bekanntmachung der hiesigen Banken über
Schließung ihrer Depositelungen bis zum 10. März werden wir von
der städtischen Sparkasse gebeten, mitzutheilen, daß die Depo-
sitelung der Sparkasse im Stadthaus nicht geschlossen wird, sondern
täglich von 8 bis 1 Uhr Wertpapiere zur Verwahrung und Verwaltung
annimmt. Die Depositelung vermittelt auch den Verkauf und Ver-
kauf sämtlicher Wertpapiere.

Der gelogen hat, hat das Recht für sich! Sagte, nach dem Bericht
des Leipziger Tageblatts, der Ministerpräsident Gradnauer in
der Volkskammer. Herr Gradnauer wird's ja wohl wissen.

Reisebrotmarken sind von den Wärdern nach dem angedruckten
Werte zu verkaufen. Die Verabreichung des Reisebrotmarkens wird
bereits bei Ausbändigung der Reisebrotmarken durch die Kassenstelle
berücksichtigt.

Verbrechen oder Unglücksfall? Die Leser werden sich auf jene
Notiz an dieser Stelle erinnern, in der unter obiger Epithete
berichtet wurde, daß am 17. Dezember v. J. ein Knabe von dem Ge-
länder der Zeppelinbrücke von einem Mann auf das Eis hinab-
gestoßen worden sein sollte. Der Knabe wurde dort tot und seiner
Mutter, der behauptete, er wäre dem Knaben nachgesprungen, um
ihn zu retten, mit gebrochenem Rückgrat ins Krankenhaus. Die durch
die Staatsanwaltschaft angestellten weiteren Ermittlungen haben
nicht vermocht, volle Klarheit in die Sache zu bringen; der Mann be-
hauptet nach wie vor, die verbrecherische Tat nicht begangen zu
haben, das Gegenteil ist ihm nicht nachzuweisen gewesen. Das Ver-
fahren gegen ihn ist schließlich von der Staatsanwaltschaft wegen
Geisteskrankheit des Beschuldigten eingestellt worden.

Geoffener Brand am Mittwoch, nachmittags in der 4. Stunde,
in der Lackfabrik von Golch, P.-Platz, Spinnerstraße, aus.
Durch Entzündung von Gasen entstand in den Zedernräumen eine
Explosion. Unter Zerstörung von drei Schlauchleitungen konnte
die Feuerwehr, von der zwei Löschzüge eingesetzt waren, trotz der
starken Rauchentwicklung des Feuers bald Herr werden. Die an-
grenzenden Räume, welche mit Benzol und Benzinfabrikanten ange-
füllt waren, wurden von der Feuerwehr herab, leider erhielten

durch die Explosion zwei Arbeiter schwere Brandwunden. Die
Feuerwehr leistete ihnen die erste Hilfe und überführte sie nach
dem Diakonissenhaus. Nach zweistündiger Tätigkeit war jede wei-
tere Gefahr beseitigt.

Mus der Umgebung Leipzigs.

Engelsdorf. Der Erwerbslostenland bewachte sich bis
jetzt folgendermaßen: 1919: Januar 150, April 85, Mai 76, Juli 60,
August 63, September 27, November 31, Dezember 30, Januar 1920
22 Arbeitslose. Insgesamt wurden 128 000 Mk. Arbeitslosenunter-
stützung gezahlt. Die Gemeinde hat davon 21 348,49 Mk. selbst auf-
zubringen. Der Erwerbslosenausschuß bemühte sich auf Veranlas-
sung eines Besuchs der Arbeitslosen, billige Schuhe und Kleidung
zu beschaffen. Ein Posten Schuhe ist eingegangen, das Paar zu 20 Mk.
Kriegsveteranen und Kinder erhalten eine laufende Zulage von 20
Mk. pro Monat und Person. Für entlassene Kriegsbeschäftigte ist
eine Reichsbankstelle von 300—600 Mk. gewährleistet. Für Familien,
deren Ernährer sich noch in Gefangenschaft befinden, werden bis 650
Mk. je nach Bedürftigkeit gewährt. Bemerkenswert ist noch, daß die
Arbeitslosenausschüsse den Kartoffelverkaufspreis auf 28 Pfg.
pro Pfund festgesetzt hat.

Wesly. Eine eigenartige Auffassung seiner Sozialgerechtigkeit
hat der hiesige Pastor. Als die Witwe des tödlich verunglückten
Genossen Paul Aneisel zu ihm kam, um nach den Kosten für seine
sozialgerichtliche Tätigkeit beim Begräbnis ihres Mannes zu fragen,
bleibt er es für seine Pflicht, die Frau zu „beröken“, daß die von ihr
entrichteten Beiträge zum Arbeiterverband doch recht unbillig
ausgefallen seien. Denn ihr „Arbeitsgeber“, der Herr Ritterguts-
besitzer v. Goldammer sei doch ein sehr menschen- und arbeiter-
freundlicher Herr. Er würde seinen Leuten auch, ohne daß sie Mit-
glieder des unbilligen Verbandes seien, mit offenen Händen geben.
Aber noch unbilliger sei der Arbeiterverband, dem ihr verstor-
bener Ernährer angehört habe, denn dort sei die Mitgliedschaft noch
teurer und helfen könnte der Verband auch nicht in solchen Fällen,
wie dem ihrigen. Ganz anders sei die Kirche. Sie solle nur kommen,
wenn sie in Not wäre, er würde ihr gern helfen. Anstatt nun sofort
einen Beweis seiner Hilfsbereitschaft zu geben und der Frau den
Obolus für seine „Arbeit“ beim Begräbnis ihres Mannes zu er-
lassen, schickt er sie zum Kirchenamtler zum Flehen. Was es mit der
vom Pastor erwiesenen Arbeiterfreundlichkeit auf dem hiesigen
Mittelort aussieht, dafür heute nur einen Beweis: Der dort als
Inspektor tätige Bruder des Herrn v. Goldammer, der Oberleut-
nant v. G., brachte es neulich fertig, ein schwächliches Kumpfen von
10 Jahren bereit zu stellen, daß sein schwerer Rücken dabei in
Stücke ging. Und was seiner Arbeiterfreundlichkeit die Krone auf-
setzt: am nächsten Sonntag wurden dem Gepäckträger 3 Mk. für
den arbeitslosen Rücken vom Lohn gekürzt. Res. Herr Pastor,
wir nennen das nicht Arbeiterfreundlichkeit, sondern Junkerfröhen.
Und klammern Sie sich nicht um die Arbeiterverbände, von denen Sie
rein gar nichts verstehen.

Mörsau. Schulvorstandskommision. Die Wirtschaftli-
che Seite der Lehrer hat nachträglich bewilligt werden müssen. Zur
Erholung hilfsbedürftiger Kinder wurden 500 Mk. bewilligt. Der
neu-erwählte Elternrat setzt sich aus vier Mitgliedern der U. S. P.
und drei Bürgerlichen zusammen. Der Schulerweiterungsabba und
Platzierung dazu sowie die Anstellung weiterer hiesiger Lehrer
wurden bewilligt. Für die Übernahme kirchlicher Bauarbeiten in
der Schule werden von der Kirche pro Jahr 400 Mk. erfordert,
wenn nicht mehr als bisher Gebrauch gemacht wird. Der Haus-
haltplanantrag für 1919 wird „reemigelt“.

Rosenau. Die Wahl zum Elternrat brachte der Pflanz der
U. S. P. acht und der Gegenpartei vier Vertreter. Folgende Ge-
nossen wurden gewählt: Paul Kästel, Emil Bachmann, Eugen
Kerstan, Hermann Watsche, Albert Seinhart, Guano Köhler,
Paul Martin, Frau Richter. — Arbeiterfamilien wenden sich in
Schulangelegenheiten an einen von den Genannten.

Sächsische Angelegenheiten.

Zeitungsverbote und Schulkastriags vor der Volkskammer.

Am 18. Februar fand in der Volkskammer ein Antrag der
unabhängigen Sozialdemokratie zur Beratung, der von der säch-
sischen Regierung die Einwirkung auf die Reichsregierung ver-
langte, damit diese die Zeitungsverbote und die Schulkastriags auf-
hebe. Die Verhandlungen gestalteten sich zu einer Fortsetzung der De-
batten über den Belagerungsstatus, die am 11. Februar und am
20. Januar bei der Besprechung der unabhängigen Interpellation
stattgefunden haben. Einem Teil der Rechtssozialisten und auch bei
Bürgerlichen wurde es besonders ungenügend, als Genosse P. H.
er bei der Begründung des Antrags die schrankenlose Willkür-
herrschaft gegen die unabhängige Sozialdemokratie aufzeigte, die
von den Herren getrieben wird, die sich als die bescheidenen Ver-
treter und Verteidiger der „freien Republik“ aufspielen. Bewe-
ders unangenehm war den Rechtssozialisten der fleißige Shi-
weid, daß sich noch im Jahre 1917 Wert stark gegen den damaligen
Reichsminister Reichels gewandt hatte, als dieser die unabhängige
Sozialdemokratie als jenseits der Gesetze stehend bezeichnete. Jetzt
handeln die Rechtssozialisten ganz nach Reichels' Rezept.

Die Beweisführung des unabhängigen Redners war so ein-
wandfrei und die Abstrafung der Gewaltpolitiker war so gründlich,
daß der Ministerpräsident Dr. Gradnauer — um den Eindruck dieser
Rede zu verwischen — alle Repliken stützer Entzückung über die
hüben Unabhängigen und alle Löwe patriotisch-nationalistischer Be-
neuerung zog, was ihm vorher den Verfall und nachher den Dank
des Herrn Günther aus Plauen einbrachte. Dieser Herr Günther
hatte in seinen besseren Tagen immer noch Wert auf politischen
Kuhstall gelegt, am Mittwoch aber schimpfte er wie ein ordinäres
Stühweid über den „Quersantenwahnwitz der unabhängigen Blä-
ter“, worin er freilich nur dem Vorbild seines Bestmüßigen Genossen
Dr. Gradnauer folgte, der sich ebenfalls allerlei Schimpfwörter ge-
wöhnlicher Art gegen die unabhängige Sozialdemokratie gelehrt
hatte. So wirkten Rechtssozialisten und Bürgerliche einträchtig zu-
sammen, und es gelang ihnen auch, das Avocat der Auseinander-
setzung wesentlich herabzuzulassen.

Dr. Gradnauer wünschte, daß die Volkskammer den Antrag der
U. S. P. ablehne, weil seine Annahme schlechten Eindruck in Berlin
machen würde. Die Genossen Plehner und Kipinski fertigten Günther
und Gradnauer gründlich ab; das hinderte aber den Regierung-
sblock der Rechten und der offenen Reaktionsäre nicht, den Antrag
der U. S. P. gegen die Stimmen unserer Fraktion dem Rechts-
auschuss zu überweisen, wo er begraben sein soll. Auf diese Weise
sorgte der sächsische Regierungsblock dafür, daß die Dresdener Re-
sierung nicht in Berlin ansetzt. Der Regierungsblock der Rechts-
sozialisten und der Demokraten feiert Trümpfe, wobei freilich jeden
Tag mehr erkennbar wird, daß die Rechtssozialisten in dem Block
den letzten Rest von sozialistischem Anstrich eingebüßt haben.

Staat und Kirche.

Bürgerliche Blätter berichten: „Die Reichshauptmannschaft
Hautzen als konfessionell beherrschte (1) wendet der künftigen
Gestaltung des Religionsunterrichts in den Volksschulen

der Oberlausitz erhöhte Kautionspflichten. In einem Handschreiben fordert sie die Geistlichen der Lausitz auf, festzustellen, welche oben erwähnte Lehrer ihrer Parochie bereit sind, Religionsunterricht zu erteilen, und zwar a) im Sinne der Kirche, b) im Sinne der Zwäcker Pfaffen und c) konfessionslosen Unterricht.

Durch das neue Uebernahmsgesetz für Sachsen hat bekanntlich die Erteilung des Religionsunterrichts von Ostern 1920 ab auf diese Weise ist allerdings durch das rechtssozialistisch-zentralistische Kompromiß bei Schaffung der Reichsverfassung in Frage gestellt worden. Über selbst nach der Reichsverfassung können die Eltern nicht verpflichtet werden, ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, wie auch kein Lehrer gezwungen ist, Religionsunterricht zu erteilen.

Die Kreisbauernschaft Bautzen scheint sich mehr als kirchenbehörden zu fühlen, denn als Staatsbehörde. Dies wird erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß die rechtssozialistische Regierung als Kreisbauernschaft den trümmelnden Konferenzen und Exekutionen v. Kottb. Wallisch eingeleitet hat, gegen dessen Bestellung selbst bürgerliche Kreise Stellung genommen hatten.

Sächsischer Kraftwagen-Verkehr.

Seit Beginn des Jahres ist unter Beteiligung des Staates, der Bezirkswirtschaften und anderer beständiger Größe eine Kraftverkehrs-Gesellschaft ins Leben gerufen worden. Auch das Reich ist daran finanziell beteiligt. Die Gesellschaft soll vor allen Dingen die vom alten Herr gezeichneten Kraftwagen für die Gesamtheit nutzbar machen durch Unterhaltung von Kraftwagenlinien.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Dresden und unterhält zunächst in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Bautzen Betriebsleitungen, denen eine größere Zahl von Kraftwagen zur Verfügung steht. Die Schaffung neuer Betriebsleitungen ist beschlossene Sache und erfolgt nach Bedarf. Soweit möglich, werden diese Betriebsleitungen mit den bestehenden der staatlichen Kraftwagenverwaltung vereinigt, um den Betrieb zu vereinfachen. Auch die sonstigen Einrichtungen der Staatsbahnenverwaltung, Werkstätten und Maschinen werden für die Gesellschaft mit ausgenutzt.

Die Kreisbauernschaft Bautzen war bisher mit Kraftwagenverbindungen recht schlecht gestellt. Durch die Neuordnung tritt darin offensichtlich eine Besserung ein.

Chemnitz. Die Stadiverordneten haben beschlossen, den Beamten, Angestellten, Lehrern, häuslichen Arbeitern usw. neue Feuerungsanlagen zu gewähren und die Unterkunftsgebühren für Erwerbslose zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, allen Erwerbslosen, die in der Zeit vom 1. November 1919 bis zum 31. Januar 1920 mindestens 30 Tage volle Unterstützung oder mindestens 5 Wochen lang Teilerhaltung bezogen haben, eine einmalige Beschaffungsbeihilfe zu gewähren.

Glauchau. Im Keller eines leerstehenden Hauses wurde von zwei Knaben ein mit Ziegelsteinen bedeckter Topf gefunden, in dem sich eine größere Summe in 20-Mark-Stücken befand, die nach dem heutigen Papierwert ungefähr 40-50.000 Mk. beträgt.

Steinpleis. Eine Einwohnerversammlung sprach sich für Uebernahme des Bestattungswesens auf die Gemeinde aus.

Freiberg. Auf dem hiesigen Postamt wurde eine gefälschte Reichsbanknote über 100 Mark mit dem Buchstaben D und dem Ausgabedatum vom 17. April 1903 angehalten und beschlagnahmt.

Oelszig i. B. Die Stadt hat in den letzten 15 Monaten 2.600.000 Mark Erwerbslosenunterstützung gezahlt.

Reinewalde. Die Gemeinde will auf ihren Fluren nach Kohlen- und Erdbi. bohren lassen. Die Bohrarbeiten sind bereits im Gange.

Gewerkschaftsbewegung.

Auf welchem Wege.

In Essen haben zu Beginn dieser Woche Verhandlungen über die Steigerung der Kohlenförderung stattgefunden, an denen außer Arbeitern, Angestellten und Unternehmern des Bergbaus und der Eisenindustrie auch Mitglieder der Regierung teilgenommen haben, und zwar der Reichsminister Bauer, Reichsarbeitsminister Schilde, Reichspostminister Giesberts und Eisenbahnminister Deser. Ueber die Besprechung meldet Wolffs Bureau:

Reichsminister Bauer legte in eindringlicher Weise dar, daß vermehrte Arbeit das einzige Mittel sei, das Volk aus Armut und Elend zu retten. Leider könnte heute aber nur in recht bescheidenem Maße gearbeitet werden, weil nicht hinreichend Kohle verfügbar sei. Die Kohle sei der Schlüssel für unsere ganze wirtschaftliche Stellung. Es müsse die oberste Aufgabe der Regierung sein, daß die Friedens-erzeugung wieder erreicht werde. Das lasse sich nicht anders erreichen, als indem länger als sieben Stunden gearbeitet werde. Ob das Volk länger arbeiten solle, sei eine Frage der Zukunft. Von einschneidender Bedeutung sei aber im Augenblick, daß es gelinge, die jährliche Kohlenförderung um 40 bis 50 Millionen Tonnen zu steigern. Das sei die Aufgabe der Regierung, der ganzen Volksgemeinschaft. Nach dem Reichsminister legte Herr Stinnes (der bekannte Großindustrielle. Abg. d. R. V.) dar, daß die Mehrförderung von 30 Millionen Tonnen Kohle eine tägliche Mehrarbeit von 1 1/2 Stunden beanspruche. Diese müßten sich an die reguläre Schicht anschließen. Jede Tonne mehrgegener Kohle mache Knappen und teuren Schiffraum frei für die Beförderung von Getreide und anderen Lebensmitteln. Die Frage der Überstunden sei aber gleichzeitig eine Frage besserer Ernährung, die sofort in die Wege geleitet werden müsse. Ferner müßten auch die Transportarbeiter auf den Eisenbahnen, Wasserstraßen, Umschlagplätzen usw. entsprechend länger arbeiten, so daß eine geregelte Abfuhr möglich wäre. Die Ueberarbeiten sollten nicht mit 25 Prozent, sondern mit 100 Prozent Zuschlag auf die bisherigen Sätze bezahlt werden. In der Protokollvorlesung seien die Untertagearbeiter mit den Selbstversorgern gleichgestellt, sie müßten also zu normalen Landesspreisen 24 Pfund Brot und 4 Pfund Fett geliefert bekommen. Herr Stinnes machte weiter eingehende Vorschläge über die Verwendung der durch Ueberstunden gewonnenen Kohlen zum besten unserer Volkswirtschaft.

Die Vertreter der Gewerkschaften Impulsch (Christlich) und Hulsmann (Bergarbeiterverband) forderten vor allem bessere Ernährung für den Bergmann und erklärten, daß die Durchführung der geforderten Ueberstunden gegenwärtig eine zu große Belastung bedeute für die Organisationen derselben. Gegenüber dem Einwand, daß die anderen Berufsstände zuerst die Arbeitszeit verlängern sollten, antwortete Eisenbahnminister Deser, daß der Bergbau voranzuhlen müsse, weil er gegenwärtig die wichtigste Industrie sei. Es handele sich hier um keine Arbeitsgeber- und Arbeitnehmersfrage, sondern um eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Mit Nachdruck unterstrich diesen Gedanken der Reichsminister Giesberts. Wenn die Regierung ins Auge gefaßt komme, um die Bergleute um erhöhte Kohlen-erzeugung zu bitten, so sei das ein geschichtliches Ereignis. Gelinge es nicht, des Kohlenmangels here zu werden, so gehe das ganze Volk vor die Hunde. Auch die Eisenbahner müßten länger arbeiten. Der Reichsarbeitsminister Schilde (Robert Schmidt) ließ durch den Abgeordneten Osterhoff erklären, daß ihm kein Opfer an groß sei, um die Kohlenförderung zu steigern. Er sei sofort zu Verhandlungen bereit, wie eine bessere Ernährung herbeigeführt werden könne. Bei der weiteren Erörterung, an der sich Reichsarbeitsminister Schilde, die Abgeordneten Steger, Hu, Endke und Hesseff von Bismarck, Gahfell, Antonier, Gewerkschaftssekretär Spiegel, Generalkonferenzleiter v. Walter, Oberbergamt Schulz-Beise und Scheiner Bergarbeiterverband (vom Handelsministerium) beteiligten, wurde das für und Wider eingehend besprochen mit dem folgenden Ergebnis:

Daß über die Frage der Ueberarbeit sofort Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen. Reichsminister Bauer ließ im Schlußwort keinen Zweifel darüber, daß die Regierung die Frage der Mehrarbeit zu regeln gezwungen sei, wenn es zu keiner Verständigung komme. Reichskommissar Severing, der die Besprechung leitete, konnte zum Schluß feststellen, daß volle Einmütigkeit bestünde in dem Willen, dem deutschen Volke durch den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu einer besseren Zukunft zu verhelfen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß alles versucht werden muß, nicht nur die Kohlenförderung, sondern die Produktion insgesamt zu heben; ohne diese Hebung kommt das deutsche Wirtschaftsleben und das deutsche Volk nicht aus seiner furchtbaren Lage heraus. Die Schritte aber, wie sie die Reichsregierung unternimmt, können von keinem besonderen Erfolg sein, weil sie die Wünsche und Forderungen der Arbeiter nicht völlig außer acht lassen, die Forderung nach der Sozialisierung. Gerade Bergbau und Schwerindustrie und dazu das Transportwesen sind geeignete Objekte für die sofortige Einleitung der Sozialisierung. Von der ist aber bei den Verhandlungen mit keinem Sterbenswörtchen die Rede gewesen. Die Regierung hat im Gegenteil Personen zugezogen, die bei der Arbeiterkraft in allerhöchstem Mißtraut stehen: einen Großindustriellen Stinnes, den schärfsten Gegner der organisierten Arbeiterkraft, den Eisenbahnminister Deser, dessen Vorgehen gegen die Eisenbahnwerksstättenarbeiter in frischer Erinnerung ist, unter dessen Augen aus den Eisenbahnwerkstätten vorzugsweise die Funktionäre der Organisation entlassen werden; dazu Leute wie den Generalkonferenzleiter v. Walter, den Gewerkschaftssekretär Spiegel, den Reichskommissar Severing usw., die bei der Arbeiterkraft das Gegenteil von Vertrauen genießen. Außerdem hat der Reichsminister Bauer bemerkt, daß die Regierung auch vor Zwangsmahnahmen gegen die Bergarbeiter nicht zurückschrecken werde. Wie sie sich diese Zwangsmahnahmen denkt, hat er nicht gesagt. Aber glaubt die Regierung, damit zu ihrem Ziele zu kommen? Das einzige Mittel, dauernde Besserung des Wirtschaftslebens herbeizuführen, bleibt allein die Sozialisierung!

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Mit dem Wiedererscheinen der Leipziger Volkszeitung, dem Publikationsorgan der Leipziger Gewerkschaften, hat das Leipziger Gewerkschaftskomitee die Herausgabe der Gewerkschaftlichen Mitteilungen eingestellt.

Hoch die gewerkschaftliche Solidarität!

Da wegen des Verbots der Leipziger Volkszeitung, dem Publikationsorgan der Leipziger Gewerkschaften, die Gewerkschaftsmitglieder ohne Kenntnis der Vorstände in ihren Berufsorganisationen waren, hat das Leipziger Gewerkschaftskomitee eigene Mitteilungen heraus unter dem Titel: Gewerkschaftliche Mitteilungen. Die Menge des Stoffes dürfte schließlich zur täglichen Herausgabe die Belagerungszustands-Gewaltthäter an den Mitteilungen nicht ausreichen. Dafür bliebe es dem Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker vorbehalten, gegen die Mitteilungen mit einer Denunziation an die Militärbehörde vorzugehen. In seiner Nummer 29 vom 17. Februar weist der Korrespondent die Militärbehörde darauf hin, daß die Gewerkschaftlichen Mitteilungen „gewissermaßen als Volkszeitungsersatz“ und außerdem „täglich“ erscheinen.

Der Korrespondent kennt natürlich die Tragweite dieser lieblichen Denunziation ganz genau. Seine eventuelle Absicht, die Mitteilungen über die Aktion des Verbots springen zu lassen, ist nun freilich vereitelt, da das Publikationsorgan der Gewerkschaften, die Leipziger Volkszeitung, wieder erscheint und die weitere Herausgabe der Mitteilungen unendlich macht. Kennzeichnend bleibt aber die wackere Korrespondent-Zat als Ausdruck einer Anschauung, die in der Gewerkschaftsbewegung glücklicherweise wenig Boden haben dürfte.

Gewerkschaften und Betriebsratswahlen.

Die Wahlen zu den Betriebsräten stehen vor der Tür. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft ist es notwendig, sich mit dem Gesetz und der Wahlordnung zum Gesetz vertraut zu machen. Die Leipziger Buchdrucker u. S. hat dieses Betriebsratsgesetz und Wahlordnung, in einer 82 Seiten starken Broschüre herausgegeben zu dem billigen Preise von 25 Pf.

Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern die Anschaffung dieser Broschüre und verwelken gleichzeitig noch auf das in der Betriebsgenossenschaft Freiheit, Berlin, erscheinende Buch: Das Gesetz über Betriebsräte, erläutert von E. Anshäuser. Preis 3.50 Mk. Dieser Kommentar enthält neben sehr eingehenden Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen einen wertvollen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Betriebsrätenwesens in Deutschland und über das Entstehen des Betriebsrätengesetzes. Neben den Erklärungen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes wird immer wieder auf seine Vorgesichte verwiesen, um so die Wichtigkeit für die Durchführung der teilweise sehr unklaren gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Eine Sammlung geschichtlicher Dokumente, die mit dem ersten Erlass des Berliner Volksrates zur Neuwahl von Betriebsrätschleusen vom 15. November 1918 beginnt, auch alle anderen wichtigen Vereinbarungen im Wortlaut enthält und mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über die Räte abschließt, sowie die besondere übersichtliche Anordnung des Textes erhöhen den Wert dieses Sachverständigenbuches. Seine Anschaffung ist für jeden Funktionär der Berufsorganisationen, sowie für jeden Arbeiter oder Betriebsrat unerlässlich. Auch für die Durchführung der Wahlen für die Betriebsräte wird die Schrift wertvolle Dienste leisten.

Streik in der gesamten Herren- und Damenschneiderei.

Durch das mangelnde Entgegenkommen der Unternehmer in der Herrenschneiderei sind am heutigen Tage die Damenschneider und Schneiderinnen mit in den Streik eingetreten. Da sich der Lohn der gesamten Damenschneiderei nur dann festlegen läßt, wenn ein endgültiger Abschluß in der Herrenschneiderei vollzogen ist, konnte es auch hier kein Zurück mehr geben. Wenn der Kampf zur Eringung besserer Lohnverhältnisse in dieser Form geführt werden muß, so fällt die Verantwortung einzig und allein den Unternehmern zur Last. Die Leitung des Verbandes hat alles versucht, die Wöhne so zu regeln, daß sie anderen Ständen gleichgestellt werden. Die Unternehmer haben das abgelehnt. Einmütig traten daraufhin die Herrenschneider in den Streik. Um ihren Arbeitsvorkern nicht in den Rücken zu fallen, erklärten sich die in der Konfektions- und Bekleidungsbranche bei den Firmen Postenstamp u. Co., Vamburger u. Herz und der Betriebsgenossenschaft der Schneidemeister beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Sie erklärten einstimmig, die Arbeit nur dann anzunehmen, wenn die Wöhne in der Herrenschneiderei geregelt sind. Diesem Kampfe schlossen sich der Gewerkschaftsverein (Hirsch-Dünder) und der christliche Verband

an. Letzterer hat nun alles mit der Firma Postenstamp u. Co. verhandelt und ist am Mittwoch den Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen in den Rücken gefallen. Dieses Verhalten kennzeichnet so richtig den wahren Charakter des hiesigen Verbandes. Die übrige Kollegenchaft wird aber nur dann erst die Arbeit aufnehmen, wenn die Wöhne für die gesamte Schneiderei geregelt sind. Durch Einigkeit und Geschlossenheit wird es möglich sein, das zu erreichen, was die Arbeiterkraft für sich und ihre Familien zum notwendigen Lebensunterhalt braucht. Die Streikleitung.

Einen Streik der Solomittelglieder des Leipziger Stadttheaters meldet die auswärtige Presse. Wie wir feststellen konnten, ist die Meldung unzutreffend.

Betriebschließung? Nach einer Meldung der bürgerlichen Presse hat die Verwaltung der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik, vorm. W. von Pittler, A.-G., in Wahren-Leipzig bei der ordentlichen Hauptversammlung beantragt, den Aufsichtsrat und Vorstand zu ermächtigen, den Betrieb einzuschränken bzw. zu schließen.

Arbeiterkündigungen in der sächsischen Zigarettenindustrie.

Die sächsische Zigarettenindustrie beschäftigt umfangreiche Entlassungen von Arbeitern und Angestellten. Sie erklärt sich mit der vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Ermäßigung von 40 Prozent für die oberste Steuerklasse der Tabaksteuer nicht einverstanden und erhebt scharfen Widerspruch, daß die Zigarettenindustrie bei wichtigen Lebensfragen der Zigarettenindustrie ausschlaggebend sei. Die sächsische Zigarettenindustrie sei einseitig der Auffassung, daß die Produktionsmehrfachheit bei 40 Prozent Ermäßigung nicht gegeben ist. Sie sieht sich daher gezwungen, ihren Arbeitern und Angestellten auf den 1. März d. J. zu kündigen. Die Zigarettenindustrie müsse Ermäßigung der Steuerhöhe um 75 Prozent oder Dinausschiebung des Inkrafttretens der Tabaksteuer verlangen. Demnach sind es wieder die Knaestliken und die Arbeiter, die zu büßen haben, was andere einbrochten.

Schlichtverlängerung in Lugau-Deilnig.

Wie die V. P. A. aus Dresden erfahren haben die Organisationen des Lugau-Deilniger Kohlenreviers auf den Hinweis des Arbeitsministers, daß zur Behebung der Kohlennot die Bergarbeiter täglich eine Ueberstunde zu machen sollten, sich grundsätzlich dazu bereit erklärt. Sie werden hierfür dieselben Wöhne unter denselben Arbeitsbedingungen erhalten, wie die Bergarbeiter des Ruhrreviers, außerdem extra pro Woche und Kopf ein Pfund Brot und ein Pfund Speck. Es wird nun in den einzelnen Belegschaften darüber abgestimmt.

Unter Organisationen ist wo l Organisationsleitungen zu verstehen. Wie sich die Belegschaften für Verlängerung der Arbeitszeit stellen, werden die Bestimmungen zeigen.

Der Transportarbeiterstreik in Holland.

Haag, 17. Februar. (Meldung des Holländisch Neuwesbureaus.) Der Streik in Amsterdam und Rotterdam hat sich auf Hafenbauern fort. Auch in Blijssingen haben die Hafenarbeiter teilweise sich dem Streik angeschlossen. Voraussichtlich werden die Post- und Telegraphenverbindungen zwischen Holland und England ungefährdeter weitergehen können. Für Eisenbahnen nach England wird jetzt der Amsterdamer Hafen benannt. Während ursprünglich geplant war, daß sämtliche Verbände der Hafenarbeiter ein gemeinschaftliches Komitee für diesen Streik bilden sollten, haben die Verhandlungen des Amsterdamer „Handelsblad“ (aus dem hervorgeht, daß die linksstehenden Sozialisten der Bewegung einen politischen Charakter geben wollen, und zwar in Vereinbarung mit den Agenten der russischen Sowjetregierung) jetzt veranlaßt, daß die Bildung eines gemeinsamen Komitees unterbleibt. Wahrscheinlich bedeutet dies eine wesentliche Schwächung der Streikbewegung.

Wie behauptet wird, stehe die Ausweisung der Genossin Klara Zeitlin mit der Streiklage im Zusammenhang.

Der Prozeß Erzberger — Helfferich.

Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts Berlin I wird seit dem 14. Januar der Beleidigungsprozeß des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär und Stellvertreter des Reichsministers Dr. Helfferich verhandelt. Der Prozeß hat in weitestem politischen Kreise allgemeines Aufsehen erregt. Der Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Baumbach, die Anklage vertreten der Oberstaatsanwalt Krause und der Erste Staatsanwalt von Claussowich. Dem Minister Erzberger, der als Nebenkläger zugelassen ist, stehen der Geh. Justizrat Dr. von Gordon und Rechtsanwalt Friedländer zur Seite. Staatsminister Helfferich wird von Rechtsanwalt Aßberg verteidigt.

Die Anklage ist wegen einer Reihe von Artikeln erhoben, die Dr. Helfferich im Juli und August 1919 in der Kreuzzeitung und später zusammengefaßt als Broschüre unter dem Titel Wort mit Erzberger veröffentlicht hat. Die Vorwürfe, die Dr. Helfferich gegen seinen Amtsnachfolger erhoben hat, sind sehr schwer. Helfferich behauptet, daß Erzberger seine politische Tätigkeit mit persönlichen Geschäften verquitt habe. Erzbergers Politik habe sich nach seinem Ausscheiden aus dem Thronkonzern im Jahre 1917 vollkommen geändert. Erzberger sei an Helfferich herantreten, damit dem Thronkonzern das Eigentum an der wertvollsten Erzgrube des Reichs-Lugau-Bezirks von der Regierung angekauft würde, obwohl Erzberger wissen mußte, daß die Liquidation von französischem Eigentum auf französischem Boden willkürlich und unbillig war. Helfferich behauptet, daß Erzberger, solange er glaubte, durch einen deutschen Sieg persönliche Vorteile zu erzielen, sich als wilder Annexionsist betätigt habe und den Erwerb der Normannischen Inseln, aus denen der Thronkonzern Erzgruben hatte, forderte. Weiter behauptet er, daß Erzberger seine Tätigkeit als Zehntensichter zugunsten einer Privatgesellschaft mißbraucht habe, in deren Aufsichtsrat er kurz nach der Fällung des Schiedsspruchs gewählt worden sei. Erzberger sei der Typ des korrupten Parlamentariers. In politischer Hinsicht beschuldigt Helfferich Erzberger, daß er durch seine Intrigen bei der Einbringung der Friedensresolution 1917 die Widerstandszeit des deutschen Volkes schwer geschädigt habe. Durch Erzbergers Anbiederung sei der Geheimbericht des Grafen Czernin an Kaiser Karl im Ausland bekannt geworden, wodurch der schrankenlos gewordene Antisemitismus der jüdischen Reaktionen auf das äuferste gesteigert worden sei. Erzberger trage die Hauptschuld an dem Zusammenbruch Deutschlands.

Auf Verantraung durch den Vorsitzenden erklärte Dr. Helfferich, daß er die Verantwortung für die Artikel übernehme. Bei seiner Vernehmung behauptet er, Erzbergers gefasste politische Tätigkeit sei von Anfang an ein Verhängnis für das deutsche Volk gewesen. Erzberger müsse aus dem öffentlichen Leben scheiden, wenn eine Befriedung des deutschen Volkes ermöglicht werden sollte. Sade und Verlon seien im Falle Erzbergers nicht zu trennen. Schon im Jahre 1901 sei Erzberger während des Hereroaufstands in Südwest-Afrika der deutschen Regierung in den Rücken gefallen. Helfferich brachte die Verklagung Erzbergers bei einer Aufschneidung eines Beamten des Auswärtigen Amtes — Fall Wölplau — zur Sprache. Er beschuldigte Erzberger, seine Ministerkollegen anzuspionieren. Bei Arionausbruch habe sich Erzberger der Reichsleitung in Wroponnanhaken im neutralen und feindlichen Ausland zur Verfügung gestellt, was ihm aber nicht hinderte, gegen den Reichsminister zu intrigieren und Politik auf eigene Faust zu machen. Erzberger erziele erhebliche Reichsmittel ohne Verpflichtung zur Rechnungslegung zur Verfügung. Die Auslandsprovananda Erzbergers habe Deutschland sehr geschadet. Durch seine infamistische Werbung des Geheimberichts des Grafen Czernin habe Erzberger geradezu Vandalenverrat begangen, als dessen Auswirkung die politische Niederlage Deutschlands zu erblicken sei. Erzberger habe leichtsinnig die

deutsche Handelsflotte den Feinden ausgeliefert. Bei den Friedensverhandlungen sei es Erzberger gewesen, der, wie die Unabhängigen, den letzten Ausschuss des unterirdischen Kessels (I) gegen diesen Haub- und Gewaltrichten sabotierte und zu bedingungsloser Unterwerfung bereit war. Erzberger sei der Typ des politisch-parlamentarischen Geistes gewesen. Als Erzberger 1903, der früher Lehrer, später Journalist war, als neu gewählter Abgeordneter nach Berlin kam, galt er als verwegendes und lebte in den bescheidensten Verhältnissen. Wenn er auch durch seine Zentrum-Parlamentarismus-Korrespondenz beträchtliche Einnahmen erzielte, so war es ihm höchlich nicht möglich, aus diesen Einkünften innerhalb weniger Jahre ein stattliches Vermögen zu erwirken. Das große Vermögen Erzbergers sei innerhalb der Kriegsjahre entstanden, und zwar aus Geschäften auf politisch-parlamentarischer Grundlage. Erzbergers Aufwand, namentlich in sehr materiellen Dingen, sei nachgerade ein Gegenstand öffentlichen Aergernisses geworden, um so mehr, als Erzberger in öffentlichen Reden Sparsamkeit predigt und gegen Luxus, Verschwendung, Genußsucht und Wohlleben eifert. Nicht nur im Falle des Thysse-Konzerns und Perner Tiefbau-Aktiengesellschaft, sondern auch in andern Fällen habe Erzberger seine ehrenamtliche Stellung in einer wichtigen Kriegsorganisation mißbraucht, um sich gleichzeitig bei Stofflieferungen eine erhebliche finanzielle Bereicherung zu lassen. Er habe auch Einfuhrbewilligungen verkauft.

Erzberger erklärte in seiner Erwiderung, daß er gelegentlich des Doppelschiffes, in den der Minister von Pöhlitz verwickelt war, gegen die Kolonialpolitik der sozialistischen Regierung Front machen müßten, da die damalige Regierung die Eingehoren in unmenselicher Weise in die Welt des politischen und völkischen Lebens. Seine Tätigkeit als Chef der Reichspropaganda habe er auf Wunsch des Reichsmarineamts nur widerstrebend angenommen. Er habe nicht die gesamte Propaganda in Händen gehabt, es sei von verschiedenen militärischen Stellen und von der Reichsregierung Propaganda nach völkisch widerstrebenden Grundsätzen gemacht worden. Die Propaganda sei vor allem dadurch erschwert gewesen, daß im Inneren Deutschlands dauernd die surfbarsten Kämpfe zwischen der Obersten Seeresleitung und der Reichsregierung ausgefochten worden seien. Er lehne es ab, für die verfehlte Tätigkeit anderer die Verantwortung zu übernehmen. Helfferich habe durch seine Kriegeranleihepolitik den Namen des leichtfertigen Finanzministers wohl verdient. Bezüglich der persönlichen Beschuldigungen will Erzberger das Ergebnis der Beweisaufnahme abwarten. Die Angriffe Helfferichs seien unbegründet, die Unterlagen falsch. Seine Lebensführung, sein Aufwand sei bescheiden als der des Angehörigen Helfferich.

Die Vernehmung des Zeugen Geheimrat Professor Dittmar von den Eisenwerke Harbwerkes ergab, in wie strenger Weise die Großindustrie bestrebt war, sich durch Annexionen materielle Vorteile zu verschaffen und gleichzeitig die Bevölkerung einzureden, daß sie für nationale Interessen bluten müsse.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten und Erzberger. Helfferich hob hervor, daß Erzberger weitergegangen sei als jeder andere Anexionist, denn er habe sogar die Annexion der Norwegischen Inseln verlangt. Bei seinen guten Beziehungen zu dem Großindustriellen Thysse habe er sicher gewußt, daß Thysse an der norwegischen Affäre große Erlöse erwartete. Als Anexionist habe Erzberger einen „weltverschlingenden Appetit“ gezeigt. Nach der Prüfung seiner Beziehungen zum Thysse-Konzern habe sich Erzberger aus einem „blühenden Anexionisten“ in einen „blühenden Gegner des Anexionismus“ verwandelt. Mit aller Kraft sei Erzberger für die Ausbeutung der Erzgruben im Erzgebirge durch den Thysse-Konzern eingetreten. Im Reichsministerium habe man damals erwidert, daß man sich vor den Aufdringlichkeiten Erzbergers nicht wehren könne. Helfferich selbst will die Forderungen Erzbergers als eine „unehrliche Zumutung“ empfunden haben. Er war aber nach seinem Zustand bereit, zu prüfen, ob sich eine Uebertagung der Erzgruben an deutsche Firmen ermbölichen lasse. Die Frage der Liquidation französischer Eigentums während des Krieges sei aber sehr kompliziert gewesen. Deshalb habe er (Helfferich) auch Erzberger als Vertreter des Thysse-Konzerns abschlägig beschieden. Weiter legte Helfferich dar, daß er im Frühjahr 1910 einen Gesandtschaft vorberichtet habe, nach dem das Reich berechtigt sein sollte, auf die Ausfuhr von Eisen usw. Abgaben zu erheben. In den schärften Gegnern dieser Vorlage habe Erzberger gehört. Im Frühjahr 1918 aber, nach seinem Ausschcheiden aus dem Thysse-Konzern, habe er einen noch weitergehenden Antrag auf Erhebung derartiger Abgaben für alle Zukunft gestellt. Durch dieses Verhalten habe Erzberger mit erreicht, daß 644 Millionen nicht in die Kasse des Reichs, sondern in die Taschen der Interessenten gestossen seien.

Erzberger entgegnete, daß er Thysse seit 12 bis 13 Jahren kenne, daß sich nach und nach ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden herausgebildet habe. Er habe von Thysse „Informtionen“ und „wertvolles Material“ erhalten. Mehrere Vorteile habe ihm das Verhältnis nicht gebracht, nicht einmal ein Geschenk. Im März 1915 sei ihm dann von Thysse ein Aufftrag erteilt worden, nach dem Thysse habe ihm jährlich 40 000 Mk. geboten, nachdem er (Erzberger) eine Gewinnbeteiligung abgelehnt habe. Zumindesten, die er als Abgeordneter hätte zurückweisen müssen, habe er von vornherein abgelehnt; sie seien ihm auch nie angeteilt worden. Nach seinem Eintritt in den Ausschuss habe er sofort sein Amt als Berichterstatter zum Militärat niedergelegt. Seine Tätigkeit für Thysse habe „im allgemeinen Interesse“ (I) gelegen. Sein im Jahre 1914 an den Reichsanwalt gerichteter Annerionsbrief habe damals seiner Ueberzeugung entsprochen. Eine Gesinnungsänderung sei bei ihm eingetreten, nachdem die Wahrheit über die Warneschlacht bekannt geworden sei. Die bekannte Friedensresolution sei durchaus kein Hindernis für „einen territorialen Ausgleich“ gewesen. Die „Erwerbung“ des Erzgebirgs von Preussens-Langwey habe im Rahmen der Friedensresolution gelegen. Für eine Uebertragung französischer Eigentums an deutsche Firmen sei er nicht eingetreten. Er habe nur den Wunsch Thysse nach Ausbeutung der Erzgruben unterstützt. Seine Stellung in der Frage der Ausfuhrabgaben erklärt Erzberger damit, daß diese Angelegenheit erst mit dem Sinken der Salina spruchreif geworden sei. Die norwegischen Inseln seien als Pflanzstation für die Marine notwendig gewesen. Gegenüber dem Angeklagten erklärt Erzberger, daß er den Kampf gegen Helfferich im Juli 1917 aufgenommen habe, weil er damals erkannt habe, daß die Art Helfferichs, den Kaiser zu unterrichten, ein Unglück für das ganze Volk gewesen sei.

Auf eine Frage des H.-H. Alberg bestätigte Erzberger, daß er nach der Auslieferung der Handelsflotte einen Vollen Spag-Aktien gekauft hat. Er habe damit zum Ausdruck bringen wollen, daß er Vertrauen auf die Zukunft der deutschen Flotte habe. Im übrigen sei der Kauf erfolgt, ehe Erzberger Reichsfinanzminister geworden sei.

Der Direktor Raab vom Thysse-Konzern sagte als Zeuge aus, daß man Erzberger als besonders geeignet und befähigt gehalten habe, die Interessen der Eisenindustrie im Parlament zu vertreten. Vor allem habe man von ihm erwartet, daß er die Beschaffung von Erzgruben fördern werde. Die Erzgruben des Erzgebirgs von Langwey-Briey hätten ausgedehnt werden sollen, die Uebertragung sei nicht beabsichtigt gewesen. Diese Auffassung habe auch Erzberger gehabt. Im übrigen seien Erzberger von allen Thysse'schen Eingaben an die Regierungsstellen übermittelte worden, damit Erzberger die darin enthaltenen Forderungen habe vertreten sollen.

Auf verschiedene Fragen, in welcher Beziehung der Thysse-Konzern und Erzberger zu der damals entfalteten regen Agitation für die Erwerbung des Gebietes von Langwey-Briey gestanden habe, konnte der Zeuge keine näheren Angaben machen. Erzberger selbst bestritt, daß er die Führung dieser Propaganda gehabt habe, er gab aber zu, Mitteilungen gegeben zu haben. Direktor Raab bemerkte noch, daß man in Industriekreisen über Erzbergers Vorschlag zugunsten der Ausfuhrabgabe empört gewesen sei. Man habe sein Vorhaben allgemein als einen Schaden für sein Ausschneiden aus dem Konzern aufgefaßt.

Im Anschluß an diese Auseinandersetzung stellte H.-H. Alberg einen Beweis Antrag, durch den bewiesen werden soll, daß Erzberger davon Kenntnis gehabt habe, daß Deutschland seine Flotte wiederbekommen solle. Es soll damit nachgewiesen werden, daß Erzberger ihm von amtlicher Seite zugegangene Informationen beim Kauf der Spag-Aktien benutzt habe.

Ueber die Frage, weshalb seinerzeit der von Dr. Helfferich ausgearbeitete Entwurf über Ausfuhrabgabe gescheitert sei, wurde auch der zehnte preussische Justizminister Dr. Siebelum vernommen. Er bezeugte, er sei damals von Ministerialdirektor Dr. Müller gefragt worden, wie sich seine Partei zur Einführung von Ausfuhrabgaben stellen würde. Er habe geantwortet, daß er eine gesetzliche Festlegung nicht für opportun halte. Siebelum aber, auf dem Verwaltungsweg Abgaben auf den Export erhoben werden, so wolle er in seiner Funktion dahin wirken, daß diese keinen Widerspruch erhebe. Erzberger, mit dem er auch über diese Angelegenheit gesprochen habe, habe seinen Standpunkt geteilt. Den Eindruck, daß Erzberger damals wegen seiner Stellung zu den industriellen Kreisen keine gesetzliche Festlegung der Abgabe wollte, habe er nicht gehabt.

Unterstaatssekretär Dr. Müller hat seinerzeit im Auftrage Helfferichs auch mit Erzberger über die Zollfrage verhandelt und von diesem, nachdem dieser Informationen eingeholt hatte, eine abschließende Antwort erhalten. Er hat aber nicht gesehen, daß

Erzberger andre als sachliche Gründe für die Ablehnung gehabt hat. Helfferich bemerkt zu dieser Aussage, er habe seinerzeit, als ihm die abschließende Antwort Erzbergers mitgeteilt wurde, gesagt: „Thysse!“ Der Zeuge konnte sich aber darauf nicht entsinnen. Auf Befragen erklärte der Zeuge noch, daß die Regierung dann durch Verhandlungen mit der Industrie die Einführung von Ausfuhrabgaben durchgesetzt habe. Er habe deshalb auch die späteren Vorwürfe Erzbergers gegen die Regierung, daß diese ihre Pflicht verkannt habe, für ungerechtfertigt gehalten.

Nach der Aussage des Ministerialdirektors Dr. Neuhaus vom Handelsministerium ist von Thysse u. a. auch eine Eingabe eingegangen, in der verlangt wurde, vorweg die Uebertragung des Erzgebirgs von Langwey und Briey zu gestatten. Die Eingaben seien als Vorschläge für den Friedensvertrag aufgefaßt worden. In einer der Eingaben wurde von „Schadenersatz“ und von der Möglichkeit eines Austauschs und der Einverleibung des Erzgebirgs von Langwey-Briey für die deutsche Erzindustrie gesprochen. Durch Einverleibung Belgiens und des letzten französischen Gebiets müsse der Export wesentlich gesteigert werden. Bei der Verteilung hierbei feststellte, war Erzberger damals, im September 1915, schon Mitglied des Erzgrubenvorstands der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, die diese Eingabe gemacht hatte. Der Zeuge selbst hat mit Erzberger nicht verhandelt, aber Staatssekretär Richter sei händelnd zu ihm gekommen und habe gesagt, es sei unerheblich, in welcher Weise das Reichsamt des Innern mit Thysse'schen Angelegenheiten befaßt werde. Der Zeuge hat auch gehört, daß sich Erzberger mit Nachdruck für die Thysse'schen Interessen eingesetzt habe. Auf Befragen erklärt er weiter, daß er als Abgeordneter unter keinen Umständen so gehandelt haben würde wie Erzberger.

Es folgten im Anschluß an diese Aussagen noch längere Auseinandersetzungen über die Frage, ob Erzberger vor der Abfassung der Eingaben von deren Inhalt Kenntnis gehabt habe. Erzberger bestritt entschieden, daß er die Eingabe wegen der Einverleibung von Belgien und Nordfrankreich gekannt habe. Festgestellt wurde dabei, daß sich diese Eingabe nicht bei den Gerichtsdokumenten befindet.

Auf eine Frage des Verteidigers Dr. Alberg, ob er die Korrespondenz nicht gesammelt habe, erklärt Erzberger, daß er nach seinem Ausschcheiden aus dem Ausschussrat, lange vor dem Prozeß, die gesamte Korrespondenz vernichtet habe.

Der frühere Staatssekretär Freiker von Stein hat die Meinungsänderung Erzbergers über die Ausfuhrabgabe nicht als eine Folge des Austritts aus dem Thysse'schen Ausschussrat angesehen. Unterstaatssekretär Richter bezeugt, daß Erzberger wiederholt bei ihm gewesen sei. Darüber, ob Erzberger als Abgeordneter seine Pflicht verletzt habe, könne man verschiedener Meinung sein. Ein ähnliches Verhalten wie bei Erzberger sei ihm sonst bei keinem Abgeordneten vorgekommen.

Unaufgeklärt blieb zunächst das Verhältnis Erzbergers zu der Handelsengesellschaft Tropo. Es wurde festgestellt, daß Erzberger im Handelsregister als Beirat der Gesellschaft aufgeführt ist. Erzberger erklärte jedoch mit aller Bestimmtheit, daß ihm die Gesellschaft vollständig unbekannt sei. In einer späteren Sitzung wurde festgestellt, daß die Mitglieder der Gesellschaft, die hauptsächlich im Osten Geschäfte machen wollten, Wert darauf legten, einen bekannten Kaufmann als Beirat zu haben. Deshalb ist Erzberger eingetragen worden, ohne daß man ihn um Erlaubnis gefragt hat, ein Verfahren, das der Oberstaatsanwalt als unerlaubt bezeichnete. Der Erste Staatsanwalt hat gegen den Geschäftsführer ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Nach dem am 20. Januar erfolgten Aitental auf Erzberger fragte der Vorsitzende, ob die Parteien trotz des Aitentals auf Erzberger verhandeln wollen. Wenn man auch den Nebenkläger Erzberger formell entbehren könne, so sei es doch unmöglich, den Prozeß ohne den Zeugen Erzberger zu Ende zu führen. Oberstaatsanwalt Krause reichte an, bis zur Wiederherstellung des Ministers in den einzelnen Terminen die Akten zum Berger-Fall zu verlieren und am Freitag die angelegte Beteiligung Erzbergers an der Tropo-Gesellschaft durch Vernehmung des Justizrats Neumann und der Vorsitzendenmitglieder dieser Gesellschaft aufzuklären. Geheimrat von Gorden gibt im Namen Erzbergers die Erklärung ab, daß die Verhandlung nicht vermag, sondern nur vorläufig bis Freitag unterbrochen werden solle. Der Angeklagte Helfferich erklärte, er könne den Kampf erst wieder aufnehmen, wenn Erzberger wieder körperlich und geistig dem Austrag einer solchen Angelegenheit gewachsen sei. Die Verhandlung wurde unter allgemeinem Einverständnis auf den 30. Januar verlag.

In der Sitzung am 30. Januar wurde zunächst erörtert, welche Fälle in Abwesenheit Erzbergers verhandelt werden können. Nachdem dann die Tropo-Angelegenheit erledigt worden war, wurde die Verhandlung auf den 8. Februar verlag.

Lichtspiele

Alberf Halle

Ab morgen, Freitag, 20. Februar!

Sherlock-Holmes

in dem spannenden Filmschlager

Die rätselhafte Sphinx

4 sensationelle Akte.

Der blasse Albert

oder

Der König der Taschendiebe.

Detektiv-Kriminal-Tragödie in 3 Akten.

„Mexikanische Rache“

Original-Wildwestfilm.

Versäumen Sie nicht, sich diesen hervorragenden Spielplan anzusehen.

Anfang: Sonntags 3 Uhr
Wochentags 1/2 4 Uhr - Bis 7 Uhr Jugendvorstellung

„Opium“ NERVEN

Das Aufsehen erregendste, gewaltigste Tendenz-Drama der Gegenwart in 7 Akten von nie dagewesenen Sensationen

Im **Königs-Pavillon**
Promenadenstrasse 8
und im **Kasino-Bichtspiele**
Neumarkt

Freitag 20. Februar Uraufführung!

Robert Reinerts II.
Monumentalfilm nach

Im **Kasino-Bichtspiele**
Neumarkt



Ballhaus „Pantheon“

Dresdner Str. 20
Fernspr. 15957

Freitag u. Sonntag
Große Ballfeste

Halt!

Nur Frau Witteles zahlt, wie Sie wissen, immer noch jeden hohen Preis für Ihre alten Sachen: Wäsche, Herrensachen, Damensachen, einzelne Möbelstücke, ganze Wirtschaft, Gold und Silber, Verlobungsringe, Ketten, Teppiche, alle alten Gegenstände am Kleiderbörse, Vorknappstr. 12
Frau Witteles
Tel. 18250 - Tel. 18150

und nicht an die Material-Medation, sondern an die Expedition b. Leipz. Volkszeitg. zu richten

Trauringe massiv Gold.

Gustav Kaniss
Fauchner Strasse 6.

Konfer-Zirkel

einige Anm. erwünscht
Max Thiele, Schnorrstr. 10, I.

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle

Bursstr. 22/24, gegenüb. d. Thüringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern ausser Zeitschriften und Schulbüchern.

SANDALEN

Braune Rindleder

mit guter Ledersohle

25/6	27/30	31/35	36/39
39.—	42.50	48.—	57.—

soweit Vorrat!



Nordheimer

Kaufe Spieldosen

trichterlos, Grammophon, Bandoneons, Lauten, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Zithern mit Mechanik. Richter, Reichsstr. 19, I.

9 Mark

Zahl ich für 1 Kilo Phonograph.-Walzen, ob neu oder zerbrochen.

12 Mark

für 1 Kilo Grammophon-Platten, auch Druck sofort gegen Nachnahme senden an F. Schmidt Nürnberg, Rene Gasse 18.

Kaufe und tausche alte u. zerbrochene Schallplatten, Phonographenwalzen. Beste höchste Preise. Richter, Reichsstr. 19, I.

Achtung, Felle

Ziegen	bis M. 178
Marder	bis M. 8
Marder	bis M. 2125
Züchle	bis M. 410
Züchle	bis M. 580
Maulwurf	bis M. 22
Rasen	bis M. 38
Rasen	bis M. 24
Kanin	bis M. 22
Kalb	naß, per Rilo 64
Rind	naß, per Rilo 29
Schafwolle	ungew. 5.50 p. Ro gew. 6.75 p. Ro

für Händler Engrospreise

Rosner

Reichsstr. 24, im Hof des Goldhahngehäusen.

Bis zu 23.50 M. f. Kaninfelle
Bis zu 160 M. f. Ziegenfelle

zahl. B. Krause, Lindenau, Burgauenstr. 12*

Wir überbieten jedes Angebot

in

Hasen, Kanin

und in allen anderen rohen Fetten u. Häuten

Steigmann & Weintraub

Salzstraße 21 (Vassage).

Hohe Preise zahle für

Züchle	425 M.
Marder	2200 M.
Züchle	650 M.
Maulwürfe	28 M.
Rasen	bis 35 M.
Rasen	bis 25 M.
Ziegen	170 M.
Kanin	bis 20 M.

Kaufe auch leicht getragene Bisamperle.

Goldberg

Mitglied des A. H. U. B. Schmeißerstraße 10, str.

Wir kaufen

Häute - Felle

und zahlen für:

Füchse	bis 650.— M.
Ziegen	185.—
Marder	3175.—
Illisse	425.—
Hasen	25.50
Robe	58.—
Kanin	28.—
Katzen	42.—
Schaffelle	12.50
Maulwürfe	28.—
Hamster	6.—

Rabinowicz & Co.

Nikolaistraße 28/32
Nur 2 Treppen
(Hauptstuhl) : Telefon 3109
Nicht in den Laden gehen.

Kanin-, Hasen-Ziegenfelle

kaufte zu höchsten Preisen
Lind., Obermannstr. 4, Laden.

Alle rohen Felle

kaufte zu höchsten Tagespreisen
Ritterstr. 26, Laden.*

Fell-Einkauf

Hasen-, Kanin-, Ziegen- sowie alle Art. Felle zu bestmög. Preis.
Albin Wagner, Querstr. 27
Fernsprecher 2855.

Felle jeder Art

kaufte zu höchsten Preisen laufend
Windmühlenstr. 22, Lad., Wien
sowie Rantische Gasse 7, II.*

Radfahrer! Achtung!

Wir protokollieren alle abgefahrenen Radreifen.

Prima Gummilauffläche

Reifen werden wie neu. Ein Versuch überzeugt. Keine Reifensorge mehr. Stets Lager in neuen Fahrrad-Decken und -Schlächchen.

Preuss & Rauer

Vulkanisier-Anstalt
Leipzig-Anger — Tel. 60925 — Zweinaundorfer Str. 11.

Blitz

Größte und billigste Reinigungs-, Wende-, Reparatur- und Aufbügelanstalt

Petersstraße 17, 1.

Preisliste:

	Anfängen	Retagen
Herren-Jacketanzug	Mk. 2.00	Mk. 2.75
Herren-Rockanzug	2.75	3.25
Herren-Jackett	1.25	1.50
Herren-Hose	0.75	1.00
Herren-West	0.50	0.80
Herren-Paletot	2.00	2.75
Damen-Kostüm	3.00	4.30
Damen-Jackett	2.00	2.75
Damen-Kostümrock	1.25	2.00

Infolge der Teuerung auf diese Preise 100 Prozent Aufschlag.

Zur besonderen Beachtung:

Für unsere Herren- und Damen-

Maßschneiderei

trotz der allgemeinen Teuerung mäßige Preise.

Wenden: Umarbeiten! Umfärben!
Spezialität: Kunststopferei für Kleidungsstücke, Teppiche, Gardinen, Portieren, Läuferstoffe usw.

Beststelle mit Matr. zu verl. P. Sobits, Raurstraße 5, pt. Kinderbett m. gut. Matr. zu verl. Lindenau, Reichsstr. 87, pt. r.

Nähmaschinen

für Haushalt und Gewerbe, Repar.-Werkstelle für Nähmaschinen all. Systeme u. auch für Pelznähmaschinen. Schnelle Friedigung. Erfahrene : Dele : Nadeln.

Carl Rost

Zugulststr. 26. Tel. 11927.
Eingang Dresdner Straße.

Kerbid

jech. Quant., jof. Feuerbar
markenfrei ky 4 Mk.
Beyer, Ranft Steinn 83.
Telephon 7207.

2 Riemenschilder, 8 Miet. I., 2 Heide-Landschaften, einige Schaulst. u. d. v. d. Spieg. vrt Eldonstr. 41, (Kra. D. v. r.)

Heu

vertaucht G. Koch
Lanerhofstr., Ladestr. V.
Tragende Klotze zu verl. Lind., Cranachstr. 17, III. r.

Tauben

größte Auswahl am Plage. *
Volk., Josthofstr. 41.

Grosse Auswahl in Sing- und Zier- vögeln, Zier- fischen, Aquarien, Terrarien, Pflanzen, exotische Vogel- kaffee, alle Utensilien zur Kanarienzucht und Pflege. Prima Futter für alle Vogel- arten, Fischfutter.

Leipzig-Gohlis

A. Haffner, Wendestraße 3.



ULLSTEIN-MODEN ALBUM

mit den neuesten Frühjahrs- und Sommermoden sowie die dazugehörigen ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER

erhältlich bei

M. Joske & Co.

Leipzig-Plagwitz.

Nähmaschinen

(neue u. geb.) auch Teilzahl. Reparaturen auch an von mir nicht gekauften Nähmaschinen. Schnelle Friedigung. Erfahrene : Dele : Nadeln.

Carl Rost

Zugulststr. 26. Tel. 11927.
Eingang Dresdner Straße.

Nähmaschinen

(neue u. geb.) auch Teilzahl. Reparaturen auch an von mir nicht gekauften Nähmaschinen. Schnelle Friedigung. Erfahrene : Dele : Nadeln.

Carl Rost

Zugulststr. 26. Tel. 11927.
Eingang Dresdner Straße.

Kaufgefuche

Leim kauft jeden Posten
Dumborger Str. 19, Tischlerei

Achtung! Neu. Mil.-Stief.

Schub. Mant. Hof. a. ein. St. Hof. St. zu höchst. Preis Spott. Neufst. Eisenbahnstr. 18, S. II. r.

Mil.-Mantel

Blusen u. Westen, neue Mil.-Stiefel u. Schuhe, Sam. Uebergied. Bett. u. Leibwäcke. Verhauenscheine — laute alles Klein, Rantische Gasse 6, pt.*

Leihhausschleife

201/2 n. Mil.-Stiefel u. -Schuhe für Klinik, Rantische Gasse 6, I.

Mil.-Mantel, -Rock, -Hose u. Drilling-Sachen

zu laute. gerucht. Täubchenweg 58, I. I.*

Kaufe

Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche. Richter, Reichsstr. 19, I.

Gedr. Küchenstrant, ev. einig. Ruch.-Möbel, Bettst. m. Matr. verkauft Rodstr. 48, S. pt. r.

Glascheiben

aller Art, im Ausschnitt billig. Spiegelgläser jed. Größe u. Qualität. Reparaturen Aquarien- und Momentenlaser

A. Glascher

Laudauer Str. 26 Tel. 18890.

Kaufgefuche

Leim kauft jeden Posten
Dumborger Str. 19, Tischlerei

Achtung! Neu. Mil.-Stief.

Schub. Mant. Hof. a. ein. St. Hof. St. zu höchst. Preis Spott. Neufst. Eisenbahnstr. 18, S. II. r.

Mil.-Mantel

Blusen u. Westen, neue Mil.-Stiefel u. Schuhe, Sam. Uebergied. Bett. u. Leibwäcke. Verhauenscheine — laute alles Klein, Rantische Gasse 6, pt.*

Leihhausschleife

201/2 n. Mil.-Stiefel u. -Schuhe für Klinik, Rantische Gasse 6, I.

Mil.-Mantel, -Rock, -Hose u. Drilling-Sachen

zu laute. gerucht. Täubchenweg 58, I. I.*

Kaufe

Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche. Richter, Reichsstr. 19, I.

Gedr. Küchenstrant, ev. einig. Ruch.-Möbel, Bettst. m. Matr. verkauft Rodstr. 48, S. pt. r.

Fahrräder, Decken und Schläuche.

gebrauchte und neue. deutsche u. ausl. Fabrikate, Fahrradzubehör aller Art. Größte Auswahl, bill. Preise.

Fahrrad-Beyer

Rantische Gasse 33

1 Spielhose, Polyphon mit 18 Platten u. Wanduhr zum verl. U. Köfener Str. 8, III

Schön. Grammophon. m. Platt. verkauft Rodstr. 48, S. pt. r.

Kaufgefuche

Leim kauft jeden Posten
Dumborger Str. 19, Tischlerei

Achtung! Neu. Mil.-Stief.

Schub. Mant. Hof. a. ein. St. Hof. St. zu höchst. Preis Spott. Neufst. Eisenbahnstr. 18, S. II. r.

Mil.-Mantel

Blusen u. Westen, neue Mil.-Stiefel u. Schuhe, Sam. Uebergied. Bett. u. Leibwäcke. Verhauenscheine — laute alles Klein, Rantische Gasse 6, pt.*

Leihhausschleife

201/2 n. Mil.-Stiefel u. -Schuhe für Klinik, Rantische Gasse 6, I.

Mil.-Mantel, -Rock, -Hose u. Drilling-Sachen

zu laute. gerucht. Täubchenweg 58, I. I.*

Kaufe

Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche. Richter, Reichsstr. 19, I.

Gedr. Küchenstrant, ev. einig. Ruch.-Möbel, Bettst. m. Matr. verkauft Rodstr. 48, S. pt. r.

Möbel

moderno
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Gediegene Arbeit
Solide Preise

Josef Hirsch

Zeitlerstraße 6b.

Fahrrad-Schlauch u. Mantel

sucht Täubchenweg 58, I. links.

Silber u. Lögow

anf. Rantich. 30, I. r.

Geige m. Bogen u. Kasten

1. K. Rantich. 30, I. r.

Kupfer

bl. u. isolierte Leitung kauft als Selbstverbraucher
Renner, Lindenau, Friedr.-Muust-Str. 2

!! FELLE !!

für Marder 2225 Mk. per Stck.
„ Züchle 425 „ „ „
„ Füchle 600 „ „ „
„ Maulwürfe 23 „ „ „
Kanin, Rasen, höchste Tagespreise für Kalb, naß 32.— Mk. per Pfd.
„ Rind, naß 14.50 „ „ „
zahl das Fell- und Rauchwaren-Haus
S. Wahrenberg, Uferstr. 3, III. Tr.

Lassen Sie sich nicht durch

!! ZAHLEN !!

irre führen. — Höchste Preise für sämtliche

!! FELLE !!

zahl

Wagner, Brühl 21, III.

Felle

Rohe Kanin, Hasen, Illisse, Marder usw. kauft zu allerhöchsten Tagespreisen

Kryceminsky

Plauensche Straße 2

Die höchst. Tagespreise für alle Arten Felle erziel. Sie bei Franke, Robot 44.*

Kaninfelle!

Bitte wir direkt an und einzuschicken, da wir sie selbst versetzen, zahlen höchste Preise. *
Deutsches Kanin-Verwertungsges. m. b. H. Leipzig, Ritterstr. 86.

Kanin bis 13 M

Billware zu Höchstpreis, Belg. arbeit. a. Art. bill. J. F. Bassinski. Kürschner, Lindenauer Markt Nr. 20, Gumboldt-Str. 41, Laden

Felle

Kanin, Hasen, Sten u. ffr. Reubala, Grenstr. 5, II.

Felle aller Art kauft z. allerhöchst. Preisen

Max Ritschke, Teleph 8115. Ritterstr. 11, II. u. Reichstr. 40/32.

Altmetall

Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink kauft zum Selbstverbr. W. Froike Bo. Konradstr. 64, Tel. 60432.

Quacksilber p. kg 90-150
Kupfer „ „ 15-33.50
Messing „ „ 6.50-13.50
Zink „ „ 4.50-7.00
Blei „ „ 5.00-8.00
Eisen „ „ 0.70-1.30

Getunapapier, Klard. u. Dio. kauft Jordan, Gonnwitz. Ritterstr. 19, Gartenh. pt.*

Zigaretten

deutsche englische

für Händler u. Gastwirte liefert Zigaretten-Grosshandlung
Leipzig, Katharinenstr. 17.

Zeitungsmaulatur

jeben Posten kauft Kaufhaus Ador, Albertstr. 65.*

Bermilchte Anzeigen

Steuer-

Vertretung und Beratung
Steuerbüro Graf
Grimaltscher Stehweg 14, II.
Leipziger Leihinstitut für Frack-, Gehrock-

Smokinganzüge, Zylinderhüt. Sela, Zeitler Str. 3, I., Ecke Albertstr., im Bankgeb.*

Bandoneon, mit u. A-Dur, gegen gute Geige einzutauschen, ev. auch mit Klav. P. Lindenau, Zähr. Str. 6, III. I.

Auspulstern o. Sojas u. Mair. Lind., Gohlisstr. 51, III. I.

Empfehle mich zum Umfragen von Damen- u. Kindergarder. P. Gohlis, Böhmestr. 5, pt. I.

Nähmaschinenreparaturen, auch im Hause. Postl. gerucht. Glanzel, Nech. St. B. Str. 1.

Veere Stube m. Kochgel. gef. Off. L. 48 Rik. Obermannstr. I.

Gemütliche Schlafstelle oder möbliertes Zimmer von sehr anständigen Wirtin gef. Off. Off. u. L. 50 Rik. Obermannstr. I.

Tausche Wohnung, Str. 2, 2. u. 3. Et. u. gl. a. n. d. R. b. h. b. n. a. Co. Off. u. L. 100 Rik. Lindenau, Obermannstr. I.

Tausche Kl. Wohnung, Stube, Ka u. Küche, im West. ang. gleiche ob. an Off. L. 49 Rik. Obermannstr.



Möbeltransporte

Hans Eitner

Begr. 1866.
Leipzig, Rostkerstr. 11/12.
Stadt- u. Fern-Transporte.
Nur gute Ausführung.
Aufbewahrung.
Fernruf 18500 u. 20310.

Wohnungen

Veere I. St. Stube u. L. 8, u. verm. Lind., Böhmestr. 8, I. I.

Für die Meise ab 25. R. r. ruhiges Zimmer im Zentrum der Stadt gerucht. Julius Schwarz, Hamburg 5

Welt. Herr suchte leere Stube, möbl. f. Off. L. 12 G. v. d. St.

Gemütl. Zimmer

Sucht Herr von außerhalb für die Meise gef. Angebote P. 18 Exped. d. Blattes.

Kleine Inserate

Wenden auf Postanweisungen geschrieben werden. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 5 Mark 20 Pfg.

Astoria

Windmühlenstraße 81

Fernruf 18195/96

Der mit großer Spannung erwartete Film:

Die Marchesa d'Armiani

Drama in 4 Akten — In der Hauptrolle:

Pola Negri

gelangt bestimmt Freitag, den 20. Februar, zur Uraufführung

Heute letzter Tag:

Die Dame mit dem schwarzen Handschuh

Colosseum

Königsplatz 12-18

Fernruf 18195/96

Ab Freitag:

Carmen

Drama in 6 Akten, frei nach Prosper Mérimée, für den Film bearbeitet von Hans Alth

Hauptrolle:

Pola Negri

Außerdem: Harry Liedtke

Heute letzter Tag:

Die Herrin der Welt o. 8. Teil

Univerjum

Königsplatz 6 (Café Bauer)

Fernruf 18195/96

Freitag, den 20. Februar 1920:

Erstaufführung:

Spitzen

oder:

Die Geheimnisse aus dem Liebesleben einer bekannten Gräfin aus Berlin W

Nach dem bekannten Roman von Paul Lindau

Heute letzter Tag:

Albert Bassermann

Warum noch frieren? Wir kaufen uns Wollsachen von Eulitz

Herren-Sweater, mit Haloland, Wolle	Mk. 29.75
Blusenschoner, reine Wolle, weiss	36.75
Blusenschoner, reine Wolle, farbig	44.75
Damen-Westen, Handarbeit	25.75
Schulter-Kragen, reine Wolle, verschiedene Farben	29.75
Umhangtuch, dunkel kariert, Wolle	44.75
Schals, Wolle, gerauht	14.75
Kragenschoner, Kunstseide, moderne Farben	14.75
Leibbinde, seidartig, kamelhaarfarb.	5.45
Leibbinde reinwollener Flanell, grau	9.45
Herren-Handschuhe, haltbare Qualität, grau gestriekt	4.95
Damen-Handschuhe, gestriekt, sehr warm, farbig	5.55
Fußwärmer, Wolle	2.95



Strumpf-Eulitz

Zigaretten!

Erstklassige Qualitätsmarke aus garantiert reinem orientalischen, goldgelbem Tabak
F-Band ohne Mundstück
1000 Stück 200.— Mk.
Luxusausführung 255.— Mk.
Nachnahmeversand nicht unter 500 St.
Jeder Versuch führt unbedingt zu Nachbestellungen.
M. Gutmann
Berlin O. 27
Alexanderstraße 22.

en gros und detail



Holzschuh- u. Pantoffelfabrik

Reif & Dorn.
Spezialität:
Echt Lederschnürschuhe mit Holzsohle.
Holzschuh-Bereitstellung.
Holzschuhe u. Pantoffeln
Verkaufs- u. Annahmestellen:
Hauptgeschäft L.-Stötteritz,
Wasserurmstraße 10. Zweigstellen L.-Ang., Wölffauerstr. 88 und L.-Soll., Wurauerstr. 48.

Möbel

gut und billig
Liefert an Kriegsarbeiter und Wunderversorgte
Frauendorf 1914.
Ständ. Ausst. Gottschestr. 80.
Geöffnet 2-8 Uhr wochentags.
Geschäftsstelle Zentralstr. 8.

10 Akte



Königliche berechnete Erstaufführung der Stuart Webbs-Serie 10/20
Morgen Freitag Uraufführung für Sachsen

Der gefürchtete Meister-Detektiv Stuart Webbs hält die spannenden Zuhörer gefesselt

durch die Erzählung seines tollkühnen Abenteurers
Die Schuld des Andern

Hierzu in Erstaufführung
3 raffiniert inszenierte Akte

Schicksalsschläge Tragödie einer Ehe
In der Hauptrolle: **Hilde Wolter**

Kammer-Lichtspiele, Windmühlenstr. 7, Am Königsplatz
Einlass 3 1/2 Uhr — Beginn 4 Uhr

Terrasse L. Kleinzschocher.
Telephon 40634.
Morgen Freitag von 6 Uhr an:
Grosser Walzer- u. Operetten-Ball
Sonntags von 4 Uhr an **BALL**
Schöner solider Verkehr.
Grosser und kleiner Saal für Vereine noch einige
Sonnabende frei.

PAUNSDORF
Neuer Gasthof Jd. Freitag: Der beliebte
Haus - Ball
Inhaber: Friedrich Müller.

Gansfouci
Heute ab 7 1/2 Uhr... Ball
Sonntag ab 7 1/4 Uhr

Sie ersparen viel!
In Wachsreste u. Reste
für alle Zwecke. Wappen,
in Steinlagen, Marktsch.
In Wohnwägen, Abreize,
Buntglaspapier und alle
einzelnen Artikel.
Tapeten etc.
Breite für jeden erscheinlich.
B. Nestler, Eisenbahnstr. 99
(L. W. V.) Ecke Gellabeststr.,
vorher 14 Jahre Eisenbahnstr. 90 N. 8 M.

Düngkalk
in verschiedenen Sorten sowie
andere chemische
Düngemittel
offert für kommenden Bedarf
Rudolf Müller, L.-Plagwitz
Jent Werselius-er-Strasse 3.

Die Industrie sucht
Ideen und Erfindungen.
Erfinder
erhalten Anreize zum Er-
finden in unserer Broschüre
kostenlos.
Pigott & Mühscher
Breslau 5/248

**SOZIALISTISCHE
SCHRIFTEN**

WALLY ZEPLER
Sozialismus und Frauenfrage
3,50 Mark

Aus dem Inhalt:
Edmund Fischer: Die Frauen-
frage / Oda Oiberger: Polemisches
über Frauenfrage und Sozialismus /
Dr. Hope Bridges Adams-
Lehmann: Die Arbeit der Frau /
Wally Zepler: Das psychische
Problem in der Frauenfrage / Wally
Zepler: Beruf und weibliche Psyche
/ Hedwig Dohm: Die Idealisten
des Antifeminismus.

**BERLIN W 10
PAUL CASSIRER VERLAG**

Blusen- Fabrikation
Einzelverkauf **P. Schmitz**
Nikolaistr. 5
in Specks Passage
und Roudnitz
Comeniusstr. 19, p.
Da eigene Fabrikate billigste Preise.
Durchgehend
geöffnet.

**Zisitra-
Duft**
Hervorragendes
Hautpflege-Mittel
beseitigt alle Unreinheiten und erzeugt
weiches und weisses Teint

Zugleich andauerndes, neuestes
Mode-Parfüm!

Käuflich in allen einschlägigen Geschäften
Depot für Kleinhandl.:
Krehschmar & Kupka
Seitzg.-N., Rathausstraße 5.

Gynäkologus
Gornhaut und Wargen beseitigt das Bestenmittel
Kukiol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt
Kukiol ist in Apotheken und Drogerien zum
Preis von 1.60 Mk. erhältlich. Gnaroblaner Gebrüder Lodde.

Beim Landgericht und Amtsgericht
Leipzig zugelassen
Rechtsanwalt Dr. Alfred Beerholdt
Leipzig, Dessauer Straße 16.
Fernsprecher 11222 u. 9883 Nebenanschl.
Sprechzeit 1-4 Uhr.

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Neben von William Makepeace Thackeray.

Ungekündetes Kapitel.

Worin Rebekkas Gatte auf kurze Zeit zum Vorgesetzten kommt.

Jeder sentimentale Leser (und wir wünschen keinen andern) muß über das Bild erstent gewesen sein, womit der letzte Akt unseres kleinen Dramas schloß; denn was kann es Schöneres geben, als das Bild Amors auf den Knien vor Venus.

Als jedoch Amor vor Venus das entscheidende Bekenntnis, daß sie schon verheiratet sei, hörte, sprang er von seiner demütigen Attitüde auf dem Teppich mit solchen Ausdrücken auf, daß die arme Venus erschreckter war, als in dem Augenblicke, da sie ihr Geständnis machte. „Verheiratet? Sie scherzen!“ rief der Baronet nach dem ersten Ausdruck der Wut und Verwunderung. „Sie machen sich über mich lustig, Bekken; wer würde hier daran denken, Sie ohne einen Schilling Vermögen zu heiraten?“

„Verheiratet, verheiratet!“ sagte Rebekka mit von Tränen erstickter Stimme, und mit an ihre stets bereiten Augen geblitztem Aufsehen, und vor Schwäche an das Kammerglocken gelehnt, ein Bild des Schmerzes, welches das verführerische Herz hätte schmelen können. „O Sir Pitt, lieber Sir Pitt, halten Sie mich nicht unbandbar gegen alle die Wohlthaten, die Sie mir erwiesen haben. Nur Ihre Großmutter ist imstande gewesen, mir mein Geheimnis zu entreißen.“

„Zum Teufel mit der Großmutter!“ brüllte Sir Pitt. „Mit wem sind Sie verheiratet? Wo hat sich die Sache zugetragen?“

„O, lassen Sie mich mit Ihnen auf das Band zurückkehren, Sir, lassen Sie mich so treu wie früher über Ihr Wohl wachen! O trennen Sie mich nicht von dem teuern Queens Crawley!“

„Hat Sie der Bursche verlassen?“ sagte der Baronet, dem, wie er glaubte, ein Licht aufging. „Nun Bekken, kommen Sie zurück, wenn Sie wollen. Man kann nicht denselben Kuchen zweimal essen. Auf alle Fälle habe ich Ihnen mein christliches Anerbieten gemacht. Kommen Sie als Gouvernante zurück — Sie sollen die Herrschaft führen, wie Sie Lust haben.“

„Sie reichte ihm eine Hand hin und weinte herzbrechend; ihr Loden fielen über ihr Gesicht und das Kammerglocken, auf welches sie daselbst gelehrt hatte.“

„So ist der Salunk durchgegangen, he?“ sagte Sir Pitt mit einem verächtlichen Versuche, sie zu trösten. „Schadet nichts, Bekken, ich will für dich sorgen.“

„O Sir, es würde mein Stolz sein, nach Queens Crawley zurückzugehen, und für die Kinder und Sie zu sorgen, wie früher, da Sie sagten, daß Sie mit den Dienstleistungen Ihrer kleinen Rebekka zufrieden seien. Wenn ich an das Auserbleiben denke, welches Sie mir haben gemacht, so erfüllt sich mein Herz mit Dankbarkeit, das kann ich Ihnen versichern. Ich kann nicht Ihre Gemächin sein, Sir. Lassen Sie mich — lassen Sie mich Ihre Tochter sein!“

Hiernit fiel Rebekka auf das Traagschiff auf ihre Knie, nahm Sir Pitts hornige schwarze Hand zwischen ihre beiden (die sehr hübsch weiß und atlasweich waren), blickte mit unendlichem Pathos und Zutrauen in sein Gesicht — als sich die Thür öffnete und Fräulein Crawley hereinsetzte.

Frau Birkin und Fräulein Briggs, die ganz zufällig, bald nachdem der Baronet und Rebekka in das Sprechzimmer getreten, an die Tür deselben gekommen waren, hatten ebenfalls zufällig durch das Schließelloch den alten Herrn vor der Gouvernante auf den Knien liegen sehen und den großmütigen Antrag gehört, welchen er ihr gemacht hatte. Er war kaum seinem Munde entschlüpft, als Frau Birkin und Fräulein Briggs die Treppe hinaufgeeilten, in das Zimmer gestürzt waren, wo Fräulein Crawley in ihrem französischen Romane las und der alten Dame die erlautliche Mitteilung gemacht hatten, daß Sir Pitt auf den Knien liege und Fräulein Sharp einen Heiratsantrag mache. Und wenn man die Zeit, in welche die Briggs und Birkin nach dem oberen Zimmer eilten, die Zeit für Fräulein Crawley zum Erstaunen und Fallenlassen ihres Werkes von Vigault le Brun — und die Zeit, in der sie die Treppe herabkommen konnte, berechnet, so wird man finden, wie ungemein wahr und genau diese Geschichte ist, und daß Fräulein Crawley genau in dem Augenblicke, als Rebekka ihre demütige Postur angenommen hatte, hereintreten mußte.

„Die Dame liegt auf den Knien, und nicht der Herr,“ sagte Fräulein Crawley mit verächtlichen Blicken und eben solcher Stimme: „Man hat mir gesagt, daß Sie auf den Knien lägen, bitte, knien Sie noch einmal nieder, damit ich auch das hübsche Paar sehen kann.“

„Ich habe eben Sir Pitt Crawley geblickt,“ sagte Rebekka, aufstehend, „und ihm gesagt — daß ich nie Lady Crawley werden kann.“

„Ihn abgewiesen?“ sagte Fräulein Crawley, verwunderter als je. Die Briggs und Birkin an der Thür öffneten die Augen des Erstaunens, und die Lippen der Bernundernung.

„Ja, ausgeschlagen,“ fuhr Rebekka mit betrübter, tränenvoller Stimme fort.

„Und soll ich meinen Ohren trauen, daß Sie ihr wirklich die Ehe angetragen haben, Sir Pitt?“ fragte die alte Dame.

„Jawohl,“ sagte der Baronet, „das hab ich getan.“

„Und sie hat Sie ausgeschlagen, wie Sie sagt?“

„Jawohl,“ wiederholte Sir Pitt lachend.

„Es scheint auf jeden Fall nicht Ihr Herz zu brechen,“ bemerkte Fräulein Crawley.

„Nicht im geringsten,“ erwiderte Sir Pitt mit einer Gesäßheit und guten Laune, die Fräulein Crawley fast wahnsinnig vor Verwunderung machte. „Daß ein alter Herr von Stande vor einer armen Gouvernante auf die Knie fallen, und in ein Gesicht quätschen konnte, weil sie sich weigerte, ihn zu heiraten, daß eine vermögenslose Gouvernante einen Baronet mit einem Einkommen von vierhundert Pfund Sterling ausschlagen konnte — das waren Geheimnisse, welche Fräulein Crawley nicht zu bevellen imstande war. Es übertraf alle Bewundrungen und Intrigen in ihrem Lieblingschriftsteller Piquant le Brun.“

„Es freut mich, daß du es für einen guten Spaß hältst, Bruder,“ fuhr sie fort, sich schwanzend durch die Finsternis ihres Erstaunens tastend.

„Damos,“ sagte Sir Pitt, „wer hätte das gedacht? Welch ein schönes Teufelchen! Welch ein kleiner Fuchs sie ist!“ murmelte er, vorzugslos vor sich hin lachend.

„Wer würde das gedacht haben?“ fragte Fräulein Crawley, mit dem Fuße stampfend. „Warten Sie etwa auf die Scheidung des Prinzregenten, Fräulein Sharp, daß Ihnen unsere Familie nicht gut genug ist?“

„Meine Haltung, als Sie hereinlamen,“ entgegnete Rebekka, „sah nicht so aus, als ob ich die Ehre verachtete, welche mir dieser gute edle Mann zu erwirken gedacht hätte. Glauben Sie, ich habe kein Herz? Haben Sie mich allein gestellt, und die arme Waise, das alleinstehende Mädchen, so gut behandelt, und soll ich nichts fühlen? O meine Freundin! O meine Wohltäter, soll nicht meine Liebe, mein Leben, meine Pflichtenpflichten versuchen, das mir erwiesene Vertrauen zu verpöhlen? Sprechen Sie mir sogar Dankbarkeit ab, Fräulein Crawley? Es ist zu viel — mein Herz ist zu voll.“ Und sie kam so pathetisch auf einen Stuhl nieder, daß die meisten gegenwärtigen Zuhörer von ihrer Krone vollkommen erweicht waren.

„Sie mögen mich heiraten, oder nicht, Bekken, so sind Sie doch doch ein gutes, kleines Mädchen, Bekken, und ich bin Ihr Freund,

denken Sie daran,“ sagte Sir Pitt, setzte seinen sturmwundenen Fuß auf, und ging hinaus — zu Rebekkas großer Erleichterung; denn offenbar war ihr Geheimnis Fräulein Crawley unentgeltlich geblieben, und sie hatte den Vorteil eines kurzen Dassenstillstandes erlangt.

Ihr Taschentuch vor die Augen haltend, und die ehrliche Briggs, welche ihr sonst gefolgt sein würde, zurückwinkend, ging sie in ihr Zimmer, während diese und Fräulein Crawley in großer Aufregung zurückblieben, um das seltsame Ereignis zu besprechen und die nicht weniger bewegte Birkin in die Küchenregionen hinabtauchte, und die ganze männliche und weibliche Bewohnerschaft daselbst damit bekannt machte. Sie war von der Wichtigkeit des Ereignisses so durchdrungen, daß sie mit der Wendigkeit noch einen Brief abgeben ließ, enthaltend ihre demütigen Grüße an Frau Bute Crawley und die Familie im Pfarrhause und Sir Pitt ist dagewesen, und hat Fräulein Sharp die Ehe angetragen, was sie selbst aus dem Auge geschlagen hat.“

Die beiden Damen in dem Speisezimmer (wo das würdige Fräulein Briggs einzelt war, wieder einmal zu einer vertraulichen Unterredung mit ihrer Schwesterin zugelassen zu werden) verwunderten sich nach Herzenslust über Sir Pitts Antrag und Rebekkas Abweisung desselben, wobei die Briggs äußerst scharfsinnig vermutete, daß irgendein Hindernis in Gestalt einer früheren Liebe vorhanden sein müsse, da sonst kein vernünftiges junges Frauenzimmer einen so vorteilhaften Antrag abgewiesen haben würde.

„Sie würden ihn selbst angenommen haben, nicht wahr, Briggs?“ fragte Fräulein Crawley gütig.

„Würde es nicht ein großes Privilegium sein, Fräulein Crawley Schwester nennen zu dürfen?“ entgegnete die Briggs demütig antwortend.

„Nun, wenn man alles bedenkt, so würde Bekken keine schlechte Lady Crawley gemacht haben,“ bemerkte Fräulein Crawley (die durch das Ansehen des Antrages befehligt, und jetzt, wo sie nicht zu Opfern aufgefordert wurde, sehr liberal und großmütig war). „Sie hat vielen Verstand (bedeutend mehr in ihrem kleinen Finger, als Sie, meine arme liebe Briggs in Ihrem ganzen Kopfe). Ihre Manieren sind, seit ich sie gebildet habe, vorzüglich. Sie ist eine Montmorency; und gutas Blut ist ein Vorzug, obgleich ich für meinen Teil ihn verachte; und sie würde ihre Stelle unter dem großmütigen, bummeln Dampftrichter-Volke bei weitem besser ausgefüllt haben, als die unglückselige Eisenhändlerstochter.“

Die Briggs stimmte wie gewöhnlich bei; worauf man sich in Vermutungen über die frühere Liebe erging. „Ihr armen freundlichen Kreaturen habt immer so ein törichtes Geschmäckle,“ sagte Fräulein Crawley. „Sie wissen, daß Sie selbst einmal in einem Schreibstisch verknallt waren (wollen Sie nicht — Sie heißen den ganzen Tag, und er wird davon nicht wieder ausbleiben) und wahrheitlich ist unser unglückseliges Bekken auch töricht und sentimental gewesen — irgendein Apotheker oder Hausverwalter, oder Maler oder junger Pfarrer, oder irgendetwas der Art.“

„Armes, armes Ding!“ sprach die Briggs (die vierundzwanzig Jahre zurück und an den heftigsten jungen Schreibstisch dachte, dessen gelbe Lede und in ihrer Unselbstlichkeit schone Briefe sie in ihrem alten Schreibstisch aufbewahrte), „armes, armes Ding,“ sagte die Briggs. „Sie war wieder eine zwanzigjährige Dirne von achtzehn Jahren und sah in der Abenddämmerung, und der heftige Schreibstisch und sie sangen zusammen aus demselben Niederbuche.“

„Nach einem solchen Benehmen von Rebekkas Seite,“ sagte Fräulein Crawley entschlossen, „sollte unsere Familie etwas tun. Suchen Sie zu erfahren, wer der Gegenstand Ihrer Wut ist, Briggs, ich will ihm einen Loden einreichen, oder mein Porträt bei ihm bestellen, wissen Sie; oder mit meinem Vetter, dem Bischof sprechen, und ich will Bekken austreten und ihr die Hochzeit ausrichten, Briggs, und Sie sollen das Fräulein machen, und Brautjungfer sein.“ Die Briggs erklärte, das würde töricht sein, und schwor, daß ihr teures Fräulein Crawley stets gütig und großmütig sei und ging in Rebekkas Schlafzimmer hinaus, um sie zu trösten, und über den Antrag und die Abweisung und die Ursache davon zu plaudern, und Fräulein Crawleys großmütige Absichten anzudeuten, und ausfindig zu machen, wer Fräulein Sharps Herz unterjocht habe.

Rebekka war sehr freundlich, äußerst liebevoll und gerührt — erwiderte der Briggs Anerbietungen von Zärtlichkeit mit dankbarer Wärme — gab zu, daß ein geheimes Verhältniß existiere — ein törichtes Geheimnis — wie schade, daß Fräulein Briggs nicht eine halbe Minute länger am Schließelloch geblieben wäre! Rebekka hätte vielleicht mehr gesagt; aber fünf Minuten nach Briggs Antritt in Rebekkas Zimmer erschien Fräulein Crawley selbst darin — eine unerhörte Ehre! — Ihre itarduld hatte sie überwältigt. Sie mochte die langsam Operationen ihrer Geandern nicht abwarten, so daß in Person, und die Briggs aus dem Zimmer, bildete ihre Zurückenheit mit Rebekkas Berechnen aus, und verlor die einzelnen Umstände der Unterredung und der früheren Vorgänge zu erfahren, welche Sir Pitts erstaunliches Anerbieten herbeigeführt hatten.

Rebekka sagte, daß sie schon lange eine Ahnung der Vorliebe, womit sie Pitt beehrte, gehabt habe (denn er pflegte seine Gesühle auf äußerst freimütige und rüchloslose Weise kund zu geben); um aber nicht Privatgründe anzudeuten, womit sie für den Augenblick Fräulein Crawley nicht behelligen wollte, seien Sir Pitts Alter, Stand und Gewohnheiten von der Art, daß sie ein Ehehindernis ganz unumgänglich machten, und Vorne eine Dame bei der geringsten Selbstachtung und Decenz in einem Augenblicke, wo die verdorbene Frau des Liebhabers noch nicht unter der Erde sei; wohl auf berartige Vorschläge hören?

„Nun, meine Liebe, Sie würden ihn nicht ausgeschlagen haben, wenn nicht noch jemand anders dabei beteiligt wäre,“ sagte Fräulein Crawley, so leicht zur Sache kommend. „Sagen Sie mir die Privatgründe, welches sind die Privatgründe? Es ist jemand dabei beteiligt. Wer hat Ihr Herz geküßt?“

Rebekka schlug die Augen nieder, und gestand, daß es wirklich so sei. „Sie haben richtig vermutet, teure Lady,“ sagte sie mit lächerlicher, ältlicher Stimme. „Sie wundern sich, daß ein so armes und freudloses Mädchen eine Zuneigung gefaßt habe, nicht wahr? Ich habe noch nie gehört, daß die Armut ein Säugmittel dagegen sei; ich wünschte, es wäre der Fall.“

„Mein armes, liebes Kind!“ rief Fräulein Crawley, die stets bereit war, sentimental zu werden. „So wird denn Ihre Liebe nicht erwidert? Ist Ihr Kummer geteilt? Erzählen Sie mir alles, und gestatten Sie mir, Sie zu trösten.“

(Fortsetzung folgt.)

Richard Dehmel †.

In dem Räume, der am 8. Februar im Alter von 36 Jahren für immer die Augen schloß, verlor sich das Schicksal einer Generation — er brückt wie kein andrer das Wesen der Neues suchenden, sich im Leben und der Gesellschaft neu orientierenden bürgerlichen Intelligenz des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts an. Einer Intelligenz, die tastend bald, bald klärend von den alten Wegen bürgerlicher Weltanschauung und Politik sich entfernte und doch an den Grenzen dieser bürgerlichen Welt zerbrach und — farb. Wie alle wirkliche Kunst, sammelte auch die Richard Dehmels die Tendenzen und Kämpfe seiner Zeit in ihrem Brennpunkt. Daß er nur einen Teil ihrer geschichtlichen Lebensströme fassen und wiedergeben konnte, daß die soziale Kritik, der Rebellen-

trog als künstlerisch gestaltetes Massensymptom ihm nur in wenigen glücklichen Stunden erfassbar ward, das zeigt Dehmels Begrenzung, wenn er uns auch in diesen Stunden einige der schönsten Arbeiterlieber gab.

Wie Gerhart Hauptmann, Arno Holz, Karl Henckell stand Richard Dehmel dem sozialen Kampf unserer Zeit in seinen jungen Jahren nicht fern. Revolutionärer Trotz spricht aus dem Gesicht Maske, Mühseligkeit, die Gloriole des Selbsttums strahlt aus der Balaube vom Arbeiter, der Flugblätter über den Stumpf schaffte und dabei umkommt, „Nur Zeit, wir wittern Gewitterwind“ hat sich einen Ehrenplatz erworben in Arbeiterheimen und -Herzen. Aber als die Arbeiterbewegung in die Breite ging, der rednende Sekretär und Tagespolitiker preisende Agitator die öffentliche Bühne beherrschte, da schloß diesem gährenden Kopf doch das innere Land zur sozialen Bewegung, das ihn auch in dieser Form das Wirken großer Ideen hätte erkennen lassen. Sein Verhältnis zur Arbeiterklasse war ein rein intellektuelles gewesen. Richard Dehmel blieb ein Rebel — innerhalb der bürgerlichen Welt. Er ward der Vorbild der Individualismus, des Schauspielers der Unzulänglichkeit — ein organ: er Zug geht auch durch diese Schaffensperiode des Dichters, noch bevor er sich dem Invektivismus verhielt. Um es mit Friedrich Engels zu sagen: auch für ihn wurde die Geschlechtsliebe zum Drazapfen seiner Poesie. Nebenbei gehen Dokumente prächtigen verlässlichen Freiheitsgefühls, der Kampf der jungen gegen die alte Generation, fand in ihm seinen Sänger, wie sich am Klarsten ausdrückt in dem Lied An meinen Sohn, mit der Aufforderung:

Und wenn dir einst von Sohnespflicht,
Mein Sohn, dein alter Vater spricht:
Gehorh ihm nicht, gehorh ihm nicht!

Mit der Entwicklung des Imperialismus bot sich der jungen bürgerlichen Intelligenz ein neues, über die Gegenwart hinausweisendes Ziel: neue Hoffnungen tauchten auf; tatfröhlich, allerdings auch brutal orientierten sich die Geister. Während Arno Holz als Eingänger in der Heide seine Revolution der Form zurechtbastelte, während Gerhart Hauptmann, der einjährige Schöpfer der Weber, in Neuronantik verbandete, Seelenzerfaserungs- und Delabenzdramen schrieb, während ein Weibelnd schmalhaarige Blumen auf den Ritzhauen kapitalistischer Unkultur pflanzte, ward Dehmel mit dem Imperialismus zum Politiker. Er war es schon vor dem Krieg. Bekannt ist der Gesang auf einen Hamburger Schiffbauergewaltigen. Sein schmarzweiches Klottenkloß vom August 1914 war nur eine verschleierte zweite Auflage. Richard Dehmel, der lange Zeit als Deutschlands klarster Stern unter den Lebenden strahlte, nach dem Willkür gestorben war, erhob sich seinen Deut über das allgemeine Niveau der ersten deutschen Kriegsdarsteller. Und er, der früher von sich geschrieben hatte:

Ich hab ein großes Vaterland,
Ichn Völkern schuldet meine Stirn
Ihr bürgerlichen:
Ich habe nie das Volk erkannt,
aus dem mein reinster Wert erkant —

er zog hinaus, als Kriegsdienstwilliger, fünfzigjährig. Wer trotzdem, das hebt ihn über all das Schreibegehirn herabgeschlimmt. Was Ludwig Frank unter dem Vorkriegern, war Richard Dehmel als Pöbel: ein christlicher Mensch, dem es nicht geht, andre in den Tod zu senden, sondern der selbst einsehen wollte mit seiner Person. Und wie jener, hat auch er daran. Weil Dehmel immer ein Volksmensch war, fiel ihm drauhen bald die Binde von den Augen. Schon 1915 las man plötzlich von ihm die bange Frage:

Wollt ihr so das tödliche Ziel vollenden?
Sagt, euch fragt ein ruhig sterbender Mann.
Die Geschäfte schweigend.

Run schweigt auch er. Man hörte von Dehmel noch, daß er irgendwo auf Etappe sei, nachdem er im Schützengraben krank geworden war. Seinen Sohn Luz mußte er im Feld begraben, er setzte ihm ein schmales Pändgen der Infanterierei als Denkmal. Es enthält Dehmels wenige Kriegsgedichte. In Tagebuchaufzeichnungen schildert er die Stappentätigkeit.

Im November 1918 war Dehmel Mitglied des Hamburger Soldatenrats. Nicht lange, Richard Dehmel war innerlich zertrübt. „Aber die weiße Fahne wird über der roten sein,“ schrieb er in einem Gedicht. Dann las man seinen Namen noch einmal unter einem Aufruf guter Menschen und schlechter Musikanten aus dem Kreise von Eugen Diebrich in Jena.

Richard Dehmels Feiler gab einen reinen Klang. Er war einer der wenigen Neueren, die geistiger Lebensgefühl zum Ausdruck bringen konnten, ohne die geschlossene Form zu zerbrechen. Wo sie sich auflöst bei ihm, geschieht es aus Formgefühl, das von ihnen wirkt. Heute, wo Gerhart Hauptmann lebendig tot über die Bretter schleicht, galt Dehmel als Repräsentant einer Generation, die mit ihrer Kunst in der kapitalistischen Welt verankert war, in ihrer Jugend aber und in späteren seltenen Stunden das jenseitige Welt sah und befang.

Im Vorkriegsjahr ist Richard Dehmel gestorben. Just zu einer Zeit, wo sein Lied den Lebenden Wahrheit ward, das Lied, um dessen willen das kämpfende Proletariat den toten Rebellen grüßt:

Es segt der Sturm die Felder rein,
Es wird kein Mensch mehr Hunger schrein.
Mühle, Mühle, mühle!

Rückblick auf das Theater.

Das Schauspielhaus bewies wieder mehrmals, daß ein sehr mächtiges Stück durch hochwertige Wiedergabe schenkwert gemacht werden kann. Söderberg zeichnet in seiner Gert und eine Frau, die bei keinem Mann Ruhe findet, und begeht den Fehler, diese Frau tragisch zu nehmen. Einen solchen sozial-pathologischen Typus blies man natürlich nur kritisch behandelnd. Die Steiner, Langfelder, Siedel voten, unter des letztern Regie, meisterhafte Szenen. — Schüherts Kinde und ertrag die zeigt die Wirkung des Scheiterns einer Förstlerin auf ihre Kinder. Nur diese Kinder treten auf, und da über die andern Personen nur berichtet wird, ohne Motivierung ihrer Handlungen, die doch sogar in einer Erzählung, geschweige denn im Drama nötig wäre, so wirkt alles unglaubwürdig. Dramaturgisch magisch ist es auch, fast die gleichen Entdeckungen und Erfahrungen nacheinander durch alle drei Kinder machen zu lassen. Atmosphäre und Friede Schranz waren sehr echt, bei Neubauer mehr die Regie als die darstellerische Leistung. — Von Wildgans erschien Dies irae, eine überaus verfliegene Gey, Eltern- und Sohnesdramme, der man glauben soll, daß ein Sohn deshalb zerbricht, weil seine Eltern ihn „nicht gewollt“ haben. Bitte, wieviele Eltern haben ihre Kinder gewollt? Weinache ebensowenig wie umgekehrt. Wildgans ist einer jener Dichter, die an den Symptomen des sozialen Verfalls herumächteln, hauptsächlich an den Familienproblemen, weil ihnen die gesellschaftlichen Grundlagen ein Buch mit siebenmal siebenzig Siegeln sind. Auch hier gab es, unter Stehweg, immerhin schenkwerte Szenen.

Das Theater in der Elsterstraße, das früher, als Kammerspiele, wirkliche Kammerspiele in Grund und Boden spielte

